

# 10.2016

## AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	11
Konsum, Gesundheit & Verbraucherschutz	14
Landwirtschaft & Gentechnik	15
Naturschutz & Biodiversität	17
Tierschutz & Ethik	19
Umweltpolitik & Umweltrecht	20
Verkehr & Tourismus	25
Wasser & Meere	27
Wirtschaft & Ressourcen	28

## VERBÄNDE



DNR intern	29
Aus den Verbänden	30
Ehrenamt	31
Preise & Ausschreibungen	31

## SERVICE

Termine	32
Impressum	32

## ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	33
Schwerpunkt: Littering, Plastikmüll	

## THEMEN DES MONATS

Landwirtschaftspolitik

### Wie nachhaltig handeln Konzerne?

**Nur mit einer Bodenmarktpolitik zugunsten der Bauern ist eine umweltfreundliche Bewirtschaftung möglich**

Seite 2

Verbraucher- und Ressourcenpolitik

### Nachhaltigkeit als Geschäftsmodell

**Immer mehr Firmen praktizieren eine nachhaltige Unternehmensstrategie, die sogenannte CSR**

Seite 4

Emissionshandel 2020

### Auswirkungen auf Stahlindustrie

**Worst-Case-Szenarien der Konzerne beruhen auf einseitigen Voraussetzungen**

Seite 6

Interview: Barbara Hendricks über Integriertes Umweltprogramm

### „Wir fordern eine neue Umweltpolitik“

**Wie eine sozial und ökologisch verträgliche Zukunft aussehen kann, steht im Integrierten Umweltprogramm des BMUB**

Seite 23

## Landwirtschaftspolitik

# Wie nachhaltig handeln Agrarkonzerne?

Nur mit einer Bodenmarktpolitik zugunsten der Bauern ist eine umweltfreundliche Bewirtschaftung möglich

**Die Agrarministerkonferenz hat 2015 einen Bericht zur „Landwirtschaftlichen Bodenmarktpolitik“ diskutiert, in dem empfohlen wird, wie sich die Flächenkonzentration vermeiden lässt. Weil die Bundesländer dies nicht realisieren, haben Holdings leichtes Spiel, ihre Interessen durchzusetzen. Um die bäuerliche Landwirtschaft vor Ort zu stärken, ist es notwendig, die entsprechenden Vorschläge der Agrarexperten umzusetzen. ■ VON JOBST JUNGEHÜSLING**

Im Sommer hat der landwirtschaftliche Großbetrieb KTG AGRAR Insolvenz angemeldet. Seitdem findet eine intensive Diskussion über die agrarstrukturellen Wirkungen von Unternehmensverbänden im ländlichen Raum statt. Keine große Rolle spielte dabei bisher die Frage, ob die Bewirtschaftung von in diesem Fall 45.000 Hektar (ha) Ackerland unter Umweltaspekten anders zu beurteilen ist als die Bewirtschaftung durch einzelne Landwirte.

Bislang findet Landwirtschaft in Deutschland überwiegend in Einzelbetrieben mit ortsansässigen Besitzern statt. Der Durchschnittsbetrieb bewirtschaftet 64 ha, in Ostdeutschland 252 ha. Vor etwa zehn Jahren haben Unternehmen begonnen, Einzelbetriebe aufzukaufen und diese von einer Zentrale aus zu steuern, es entstehen sogenannte Agrar-Holdings. Einige Unternehmen bewirtschaften 20 oder 30 Agrarbetriebe mit mehreren 10.000 ha Fläche. Hinzu kommen häufig Tochtergesellschaften in anderen Branchen und im Ausland. Diese Unternehmensform wird von keiner amtlichen Statistik in Deutschland erfasst. Damit sind die Firmen einer wissenschaftlichen Beurteilung auch im Hinblick auf Nachhaltigkeit und Umwelteffekte weitgehend entzogen.

Zwei Hofnachfolger von einem 800- und einem 1.000-Hektar-Betrieb stellten kürzlich die Frage, ob für sie eine Ausbildung zum Betriebsleiter noch sinnvoll sei, oder ob selbstständige Betriebe ein Auslaufmodell seien. Zu der Entwicklung hat Andreas Tietz im Thünen-Report 35 Anfang 2016<sup>(1)</sup> eine neue Analyse für Ostdeutschland vorgelegt. Danach wurden seit 2007 in den untersuchten Regionen 12 Prozent der Betriebe verkauft. Fast zwei Drittel der Betriebe und Flächen erwarben überregional aktive Investoren. Ein Großteil dieser Investoren stammt aus den alten Bundesländern (67

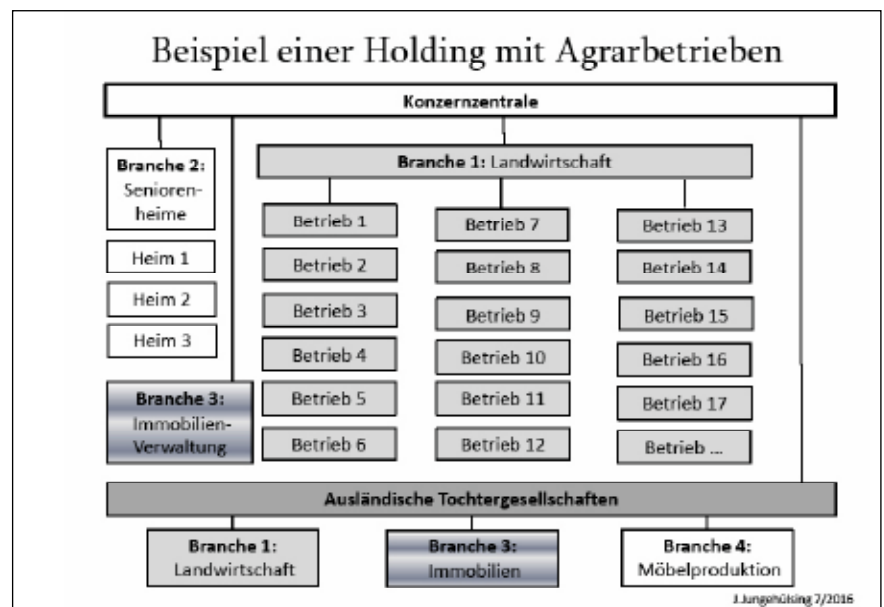
Prozent) oder dem europäischen Ausland (9 Prozent). Die von diesen Unternehmen bewirtschaftete Fläche hat seit 2007 um 42 Prozent zugenommen. Diese Zahlen dürften die tatsächliche Aktivität unterschätzen, weil Brandenburg nicht untersucht wurde und Personengesellschaften nicht erfasst werden konnten.

## Nachteile für die Agrarstruktur

Für eine Beurteilung einer solchen Filiallandwirtschaft aus agrarwirtschaftlicher Sicht sind ihre ökonomischen Leistungen, die Auswirkungen in den Regionen und der Einfluss auf die ortsansässigen Nachbarbetriebe wichtig. Ob Konzerne die besseren Landwirte sind, ist angesichts der relativ kurzen Existenz dieser Unternehmen und der beruflichen Herkunft mancher Investoren schwer zu beurteilen. Dagegen spricht jedenfalls, dass immer öfter

geführte und mit über 700 ha überdurchschnittlich große Betriebe übernommen werden. So wandert ein Betrieb dann allenfalls von einem „guten Wirt“ zum anderen, die Produktivität hebt das kaum. Die Umwandlung von Einzelbetrieben mit ortsansässigen Eigentümern in Konzerne mit Filialbetrieben ist daher kein herkömmlicher Strukturwandel, verursacht durch technischen Fortschritt oder die „Wanderung zum besseren Wirt“, sondern dies ist ein fundamentaler Strukturwechsel.

Was bedeutet das für die ländlichen Räume? Wenn höher qualifizierte Arbeitsplätze in die Konzernzentralen verlagert und Facharbeiter durch ausländische Saisonkräfte ersetzt werden, sinken die Zahl qualifizierter Arbeitsplätze in der Region ebenso wie die Einkommensteuereinnahmen. Wenn Gewinne aus den Dörfern an die Konzernzentralen überwiesen werden, ändert das die



Wirtschaftskraft vor Ort. Und je erfolgreicher kreative Steuerberater die steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten der vielen Standorte, der verschiedenen Branchen und der ausländischen Tochterbetriebe nutzen, um so stärker sinkt das Steueraufkommen. Zwar ist die Unternehmensform nicht per se nachteilig für die Agrarstruktur, aber bei den inzwischen erreichten Größen und deren spezifischem Verhalten auf den Faktormärkten, etwa dem Arbeitsmarkt, überwiegen die Nachteile.

### Wirtschaften Holdings nachhaltig?

Damit ein Bewirtschafter eine Fläche dauerhaft umweltverträglich bewirtschaften kann, sind folgende Voraussetzungen notwendig:

- ▶ Die Fläche ist längerfristig im Eigentum derselben Person,
- ▶ der Bewirtschafter lebt in der Nähe seiner Flächen und kennt die landwirtschaftlichen und ökologischen Rahmenbedingungen in der Region,
- ▶ die Mitarbeiter verfügen über mehrjährige Erfahrung bei der Bewirtschaftung der Flächen und leben in der Region,
- ▶ die Mitarbeiter verfügen über eine Ausbildung, die sie in die Lage versetzt, die gute fachliche Praxis, die Umweltvorschriften und bei Bedarf die Regeln von Agrarumweltprogrammen einzuhalten.

Holdings streben nicht unbedingt dauerhaftes Eigentum an Agrarflächen an. Dies wird aus dem Umgang der KTG AGRAR mit Boden in den letzten Jahren deutlich: Je nach Situation des Konzerns wurden Flächen gekauft und nach wenigen Jahren wieder an andere Investoren verkauft, allein 2014 in Litauen 4.000 ha und 2015 in Deutschland 2.449 ha. Hier ging es nicht um die nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, sondern um die Realisierung von Spekulationsgewinnen und die Gestaltung von Konzernbilanzen. Zwar liegt die Einhaltung der gesetzlichen Mindeststandards im Eigeninteresse auch der Agrar-Holdings. Aber es ist ökonomisch nicht interessant, diese Mindeststandards wesentlich zu überschreiten. Bei Regelverstößen kann es vorkommen, dass überlastete Kommunalverwaltungen den Aufwand scheuen, dies zu verfolgen: Welche Saisonarbeitskraft hat die Pflanzenschutzspritze falsch bedient, welcher Lohnunternehmer war beauftragt, zu welchem

Konzern gehört der Einzelstandort überhaupt und welcher Mitarbeiter in der Zentrale war beteiligt oder verantwortlich? Es ist üblich, dass Verwaltungsmitarbeiter Aufwand und Erfolgsaussichten bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten abwägen. Und es ist nicht unwahrscheinlich, dass das Management einer Holding aus nicht erfolgten Sanktionen mit der Zeit Schlussfolgerungen zieht.

Wie sieht es mit der freiwilligen Teilnahme an Maßnahmen aus, die über die „gute fachliche Praxis“ hinausgehen? Die Beteiligung an sogenannten hellgrünen Maßnahmen mit eher niedrigen Auflagen und Prämien mit interessanter Anreizkomponente dürfte sich in manchen Fällen für einen Konzern rechnen. Die Beteiligung an Vertragsnaturschutzmaßnahmen mit differenzierten Anforderungen an die Einzelfläche wird dagegen in die standardisierte Flächenbewirtschaftung einer Holding selten hineinpassen. Auch die Fluktuation von Saisonarbeitskräften und Mitarbeitern in den Zentralen dürfte die mehrjährige Umsetzung von Vertragsnaturschutzaufgaben eher behindern. So musste in diesem Frühjahr ein Landwirt einen fremden Schlepperfahrer von seinem Acker schicken, nachdem dieser bereits zur Hälfte mit Rüben bestellt war. Der Fahrer hatte die GPS-Daten zum Einsatzort von seiner Zentrale falsch verstanden.

Aber auch wenn die GPS-Daten nicht wechselt werden, hält sich das Interesse der Investoren am Boden und an den Dörfern in Grenzen, sagte der Bauernchef des Kreises Märkisch-Oderland Holger Lampe: „Zweimal im Jahr sind irgendwelche Dienstleister angerückt. Die haben eine halbe Stunde auf dem Feld gearbeitet und dann waren sie wieder weg.“ Bei längerfristigen Projekten mit Umweltbezug besteht die Möglichkeit, sich auf Gemeindeebene zu engagieren, beispielsweise durch regelmäßigen Austausch in einem Landschaftspflegeverband mit Landwirten, Naturschützern, Jägern und Verwaltung. Das wird aber den Kapitaleigentümer in München oder das Management in Hamburg ebenso wenig interessieren wie den Lohnunternehmer im nächsten Landkreis oder die Saisonarbeitskraft aus Ungarn. An ihnen läuft das Leben vor Ort vorbei.

Viele Faktoren und Regelungen fördern die Umwandlung in Filialbetriebe: Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank

(EZB) begünstigt seit Jahren die Kapitalverlagerung auf Immobilien. Die EZB pumpt Monat für Monat 80 Milliarden Euro in den Markt. Bis März 2017 sind das 1,7 Billionen Euro, die auch in Agrarflächen fließen. Die Konzerne schöpfen alle Subventionen ab, die auf ortsansässige Betriebe durchschnittlicher Größe ausgerichtet sind. Für diese Strategie ist KTG AGRAR nur ein Beispiel von vielen. Weitere Faktoren sind Einsparmöglichkeiten bei der Grunderwerbsteuer oder der Ertragsteuer, die einen Familienbetrieb in der Hildesheimer Börde vor Neid erblassen lassen. Mit Anteilskäufen werden zusätzlich das Grundstückverkehrsgesetz und das Landpachtverkehrsgesetz ausgehebelt, da diese nicht erfasst werden. Gerade bei der Insolvenz der KTG AGRAR wird deutlich, dass die Bundesländer nicht in der Lage sind, ihre agrarstrukturellen Vorstellungen am Bodenmarkt umzusetzen.

2014 hatte die Agrarministerkonferenz Experten beauftragt, sich mit aktuellen Problemen auf dem Bodenmarkt zu beschäftigen. Die Arbeitsgruppe hat in ihrem Bericht „Landwirtschaftliche Bodenmarktpolitik: Allgemeine Situation und Handlungsoptionen“<sup>(2)</sup> im März 2015 Ziele wie eine „breite Streuung des Bodeneigentums“, die „Vermeidung marktbeherrschender Positionen auf regionalen Bodenmärkten“ sowie den „Vorrang von Landwirten beim Flächenerwerb“ vorgeschlagen. Umgesetzt sind diese Vorschläge bislang in keinem Bundesland. Dies wäre aber erforderlich, um eine zu hohe Eigentumskonzentration zu vermeiden und eine Agrarstruktur mit aktiven, ortsansässigen Landwirten zu erhalten.

### Links

- ▶ (1) [www.thuenen.de/media/publikationen/thuenen-report/Thuenen-Report\\_35.pdf](http://www.thuenen.de/media/publikationen/thuenen-report/Thuenen-Report_35.pdf)
- ▶ (2) [www.kurzlink.de/bmel-boden-03.2015](http://www.kurzlink.de/bmel-boden-03.2015)

Der Agraringenieur Jobst Jungehülsing ist Mitarbeiter im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 18529-4450,  
E-Mail: [jobst.jungehuelsing@bmel.bund.de](mailto:jobst.jungehuelsing@bmel.bund.de)



## Verbraucher- und Ressourcenpolitik

# Nachhaltigkeit als Geschäftsmodell

Immer mehr Firmen praktizieren eine nachhaltige Unternehmensstrategie, die sogenannte CSR

**Seit dem Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 wird von der Wirtschaft eine neue strategische Ausrichtung gefordert. Sie soll sich nachhaltig aufstellen, um Ressourcen zu schonen, Abfall zu vermeiden und Armut zu bekämpfen. Diese neue Unternehmenspolitik wird auch Corporate Social Responsibility (CSR) genannt – auf Deutsch etwa unternehmerische soziale Verantwortung. Wie weit dies schon umgesetzt wird, war Thema einer Konferenz in Köln. ■ VON ANJA PAUMEN**

Die Corporate Social Responsibility stellt ein Unternehmen vor neue Herausforderungen. Die Idee der nachhaltigen Ausrichtung muss von allen mitgetragen werden, von der Konzernspitze über die Beschäftigten bis zu sämtlichen Zulieferern und Vertriebspartnern. Der Bedarf an Qualifizierung ist groß. Wirtschaftsschulen in Europa und den USA haben das Fach CSR in ihr Lehrprogramm aufgenommen und Weiterbildungseinrichtungen bieten Schulungen an. Die nächste Generation der Mitarbeiterschaft und des Managements lernt neu zu denken, was künftig auch als „Gewinn“ zu verzeichnen ist.

Die Cologne Business School, Gastgeberin der diesjährigen CSR-Konferenz in Köln, lehrt CSR als integrierten Bestandteil in sämtlichen Fächern der Betriebswirtschaftslehre. Die Idee von CSR ist aus den USA gekommen und dann mit zunehmender Aufmerksamkeit für die globalen Umweltprobleme auch weltweit gesellschaftsfähig geworden, berichtete der Lehrstuhlinhaber für Internationale Wirtschaftsethik und CSR an der Cologne Business School René Schmidpeter: „Erst kam der Shareholder-Value-Ansatz<sup>(1)</sup> und dann kam man darauf, dass sozioökonomische Faktoren in das Kerngeschäft integriert werden müssen. Das Ziel ist, ein neues Geschäftsmodell gemeinsam mit allen Stakeholdern<sup>(2)</sup> zu entwickeln, das sowohl unternehmerische als auch gesellschaftliche Ziele miteinander vereinbart.“ Die spezielle Auslegung von CSR hänge immer vom jeweiligen Kulturraum und vom Kontext ab. Wie die konkreten Maßnahmen eines Unternehmens dann aussehen, habe daher mit der Branche zu tun, wo das Unternehmen sitzt, wo seine Absatzmärkte und gegebenenfalls Zu-

lieferländer liegen. Wenn das Unternehmen etwa Rohstoffe aus einem Land im Süden der Erde bezieht, sind dort die Umweltauswirkungen der Förderung und die Arbeitsbedingungen genauso zu berücksichtigen wie die Energie- und Ressourcenbilanzen der Produktion, die Recyclingfähigkeit, die Entsorgung eines abgelaufenen Produktes und der Transport zu den Absatzmärkten. All das schließt das Konzept der CSR mit ein. Die Cologne Business School richtete die internationale CSR-Konferenz bereits das dritte Jahr in Folge gemeinsam mit dem Global Corporate Governance Institute aus Kanada aus. Nach den Konferenzorten London und Peking trafen sich in diesem Jahr 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 50 Nationen am Rhein. Managerinnen und Manager sprachen über ihre praktischen Erfahrungen und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stellten neueste Studien vor.

### Vom Rohstoff bis zur fertigen Ware

Der geschäftsführende Vorstand von Fairtrade Deutschland Detlev Grimmelt berichtete aus der Praxis. Der Verein ist durch das grün-blaue Verbrauchersiegel bekannt. Vergeben wird das Siegel an Hersteller, die nach von Fairtrade definierten und von unabhängigen Gutachtern überprüften Standards produzieren. Die festgelegten Bedingungen sollen die Existenz der Kleinbauern in Entwicklungsländern sichern und ihnen den Weg zu einer nachhaltigeren Anbauweise erleichtern. Diese Bauern liefern die Rohstoffe wie Bananen, Schokolade oder Kaffee für die verkaufsfertigen Produkte mit dem Siegel.<sup>(3)</sup> Das Fairtradesiegel ist laut Verein eines der bekanntesten weltweit. Immer mehr Hersteller möchten das Verbrauchersiegel

haben, sagte Grimmelt. Vor einigen Jahren waren das hauptsächlich kleinere und mittlere Unternehmen. Mittlerweile wollen auch die großen, multinationalen Konzerne das Siegel verwenden. Grimmelts Meinung nach liegt das am Druck sowohl der Kunden als auch der Mitarbeiter. Nachwuchskräfte würden immer häufiger Fragen stellen wie diese: „Was macht Ihr Unternehmen eigentlich für eine nachhaltige und bessere Zukunft?“

### Globale Mission

Auch die Bierbaum-Proenen GmbH orientiert sich nach eigenen Angaben an CSR. Der Kölner Hersteller von Berufsbekleidung ist Mitglied der Fair Wear Foundation. Diese Initiative will durch Betriebsprüfungen in den Entwicklungsländern sicherstellen, dass sich die Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie weltweit verbessern. „Die Prüfer gehen in die Betriebe und kontrollieren, wie viele Stunden die Menschen arbeiten, ob es rechtsverbindliche Arbeitsverträge gibt, ob diese Rechte auch in den Betrieben für alle sichtbar aushängen und ob der Mindestlohn eingehalten wird“, erklärte der Geschäftsführer von Bierbaum-Proenen Harald Goost. Die eigene Produktionsstätte in Tunesien und die Nähereien der Produktionspartner in China, Vietnam oder Pakistan hätten hervorragende Bewertungen bekommen. Der tunesische Betrieb mit 260 Näherinnen habe 2015 sein 20-jähriges Jubiläum gefeiert. „Daran sieht man auch, dass wir an langfristigen Entwicklungen in diesen Ländern interessiert sind“, so Harald Goost. Denn gerade für die Produktionspartner in den Entwicklungsländern seien langfristige Verträge notwendig, um soziale Standards einhalten zu können.

René Schmidpeter nannte mehrere Gründe, warum kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) wie die Bierbaum-Proenen GmbH leichter das CSR-Konzept verfolgen können als größere. KMU seien häufig familiengeführte Betriebe, die sich immer schon für die Menschen in der Nachbarschaft einsetzen, etwa in Form von Spenden für Vereine oder andere soziale Aktivitäten. In diesen Unternehmen finde man den klassischen mittelständischen Unternehmertyp, der sich schon immer gefragt habe, wie er vor Ort einen Mehrwert schaffen kann. Einfach weil er eine tiefere Verwurzelung dort habe. Bei großen, multinationalen Unternehmen wie Aktiengesellschaften ist das naturgemäß anders. Erschwerend komme hinzu, so René Schmidpeter, dass Großkonzerne oft alte Managementkonzepte hätten, bei denen soziale und ökologische Aspekte eben nicht im Fokus standen. Dazu gehört etwa der Shareholder-Value-Ansatz. Wenn diese Unternehmen auf CSR umstellen wollten, sei der Veränderungsprozess umso größer.

## CSR nützt Unternehmen

Vielleicht sind das auch die Gründe, die bei einem Misserfolg von CSR-Maßnahmen eine Rolle spielen. Roger Wolf vom European Research Centre des Club of Rome stellte eine Untersuchung über Negativbeispiele aus der globalen Wirtschaft vor. Dazu zählt er den deutschen Autobauer und Global Player VW. Der Volkswagen-Konzern war einer der Ersten, der jährlich einen Sustainable Report, einen Bericht zur Nachhaltigkeit, herausbrachte und bis Mitte 2015 auch international als ein Vorzeigeunternehmen in Bezug auf Nachhaltigkeit galt.<sup>(4)</sup> Aber angesichts des Dieselskandals, der im Herbst 2015 aufgedeckt wurde, ist das nicht länger haltbar. Normen zu Abgaswerten absichtlich zu unterlaufen, ist ein bewusst in Kauf genommener Schaden an der Allgemeinheit, um „Gewinne“ nach der rein finanziellen Bedeutung wie beim Shareholder-Value-Ansatz zu erhöhen. Hält sich hingegen ein Unternehmen an seine selbst auferlegten zusätzlichen Verpflichtungen für die CSR-Strategie, hat das gleich mehrere Vorteile. Über Werbung und Kampagnen lässt sich die Vorreiterrol-

le ebenso vermarkten wie über überprüfbare Nachhaltigkeitsiegel à la Fairtrade. Neue Studien belegen, dass die Unternehmen auch ihre Kosten deutlich reduzieren – durch eine höhere Energie- und Ressourcenausnutzung, besseres Recycling sowie eine stärkere Mitarbeitermotivation.

Der Titel der diesjährigen CSR-Konferenz lautete: „Sustainability as New Business Paradigm“, auf Deutsch: „Nachhaltigkeit als neues Geschäftsparadigma“. Ein Paradigmenwechsel bezieht aber immer einen Wechsel oder eine Veränderung eines ganzen Wertesystems mit ein. Es ist kein Teilwechsel, sondern einer der Gesamtperspektive. Das gelte genauso für CSR, betonte Wirtschaftsethiker René Schmidpeter. Hin und wieder eine Nachhaltigkeitsberatung für Mitarbeiter oder Führungskräfte anzubieten, das funktioniert nicht. Schmidpeter: „CSR ist nichts für die Marketingabteilung, das muss in die Strategieabteilung. Nur so bleiben die Unternehmen zukunftsfähig.“ CSR, das Konzept zur Ausrichtung des Unternehmens auf soziale, ökologische und ökonomische Ziele gleichermaßen, sei demnach ein unternehmerischer Akt.

## Anmerkungen und Links

- ▶ (1) Bei diesem Konzept steht der Wert der Anteilseigner oder Aktionäre im Fokus der Unternehmenspolitik.
- ▶ (2) Stakeholder sind alle mit einem Projekt oder Geschäft verbundenen Interessengruppen, Akteure oder Anspruchsberechtigte.
- ▶ (3) Weitere Infos zu Verbrauchersiegeln: Rainer Friedel u. Edmund A. Spindler (Hg.): Zertifizierung als Erfolgsfaktor, Springer Gabler Verlag, Wiesbaden 2016
- ▶ (4) UN Global Compact International Yearbook 2015

Die Biologin Anja Paumen ist Wissenschaftsjournalistin und Autorin. Gemeinsam mit Jan-Heiner Küpper veröffentlichte sie 2015 das Buch: *It's the Planet, Stupid!* Sieben Perspektiven zum Klimawandel, oekom verlag München.

Kontakt:  
Tel. + 49 (0)3573 / 3654128,  
E-Mail:  
anja.paumen@t-online.de



## Nachhaltigkeit

# A-Z



## L wie Lebensgeschichten

Minimalismus, Downshifting, Konsumverweigerung – dem materiellen Überfluss entsagen liegt voll im Trend. Wie sieht eigentlich das Leben von Menschen aus, die genügsam(er) leben? Marion Leng, Kirstin Schild und Heidi Hofmann erzählen die Lebensgeschichten von 16 Schweizer(inne)n ganz unterschiedlicher Couleur – vom Pensionär über die Doktorandin bis zum Forstingenieur. Was alle verbindet, ist eine Lebensführung, in der Themen wie Zeit, Geschwindigkeit, Konsumbegrenzung, Gerechtigkeit, Beziehung zur Natur oder Gemeinschaft eine besondere Bedeutung haben.

M. Leng, K. Schild, H. Hofmann  
**Genug genügt**  
Mit Suffizienz zu einem guten Leben  
142 Seiten, broschiert mit farbigen  
Illustrationen, 19,95 Euro,  
ISBN 978-3-86581-815-7

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.

 **oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

## Emissionshandel nach 2020

# Auswirkungen auf Stahlindustrie

Worst-Case-Szenarien der Konzerne beruhen auf einseitigen Annahmen

**Mit besorgniserregenden Zahlen meldete sich im Frühjahr die deutsche Stahlindustrie zu Wort: 30 Milliarden Euro weniger Wertschöpfung und 380.000 weniger Arbeitsplätze könne der europäische Emissionshandel im Jahr 2030 bewirken. Die Zahlen stammen aus einem Gutachten von Prognos im Auftrag der Wirtschaftsvereinigung Stahl, das die möglichen Auswirkungen des Emissionshandels untersucht hat. ■ VON SWANTJE FIEDLER UND CHRISTIAN FREERICKS, FÖS**

Zu ähnlich pessimistischen Ergebnissen wie die Prognos-Analyse kam eine Studie von Ecofys im Auftrag von EUROFER, dem europäischen Dachverband der Stahlindustrie: Der Emissionshandel werde die Stahlindustrie zwischen 2021 und 2030 mit 34 Milliarden Euro an CO<sub>2</sub>-Kosten belasten. Solche Schätzungen müssen immer mit einer Reihe von Annahmen getroffen werden. Das Forum Ökologisch-soziale Marktwirtschaft (FÖS) hat die Studien unter die Lupe genommen und kommt zum Ergebnis, dass die genannten Zahlen eher als Horrorszenarien gelten müssen.<sup>(1)</sup>

## Kostenlose Umweltverschmutzung und finanzielle Vorteile für die Industrie

Mit dem europaweiten Handelssystem von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten wird seit 2005 der Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen begrenzt, indem die Marktteilnehmer pro Tonne Schadstoff ein Zertifikat einlösen müssen. Überschüssige Zertifikate können gewinnbringend verkauft werden. In der Theorie lässt sich durch Verknappung der Zertifikate der Marktmechanismus zur Steuerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes nutzen: Weniger Angebot oder mehr Nachfrage treiben den Preis für Verschmutzungsrechte nach oben. Dadurch bekommen Unternehmen einen Anreiz, in klimaschonende Technologien zu investieren und ihre Umweltbelastung zu verringern. In der Praxis hat der EU-Emissionshandel bisher jedoch keine wirksamen Preisanreize hervorgebracht. Im Gegenteil: Statt weniger, teurer Zertifikate gibt es sie massenhaft und zu Dumpingpreisen. Das liegt zum einen an unvorhersehbaren Ereignissen wie der Weltwirtschaftskrise, zum anderen aber auch an zu schwachen

Minderungszielen und einer zaghaften Klimapolitik zugunsten der energieintensiven Industrie. Diese muss die Zertifikate nicht am Markt kaufen, sondern erhält sie größtenteils kostenlos. Begründet wird dies mit der Sorge, die Unternehmen könnten sonst in andere Länder ohne Emissionshandel abwandern („Carbon Leakage“). Die kostenlose Zuteilung war bisher aber so umfangreich, dass die Industrie im Zeitraum von 2008 bis 2014 überschüssige Zertifikate im Wert von über acht Milliarden Euro erhielt.<sup>(2)</sup>

## Emissionshandel nach 2020: Nur zaghafte Reform in Sicht

Derzeit wird in Brüssel darüber debattiert, wie die kostenlose Zuteilung von Emissionsberechtigungen in der nächsten Phase des Emissionshandels im Zeitraum 2021 bis 2030 fortgeführt werden soll. Im Sommer 2015 stellte die Europäische Kommission verschiedene Optionen zur Diskussion. Der konkrete Vorschlag bringt nur geringe Veränderungen, schiebt die Dekarbonisierung größtenteils auf die Zeit nach 2030 und passt nicht zu den selbst gesteckten Klimazielen. An der Praxis der freien Zuteilung soll sich kaum etwas ändern: Die Liste der „gefährdeten Branchen“ mit Gratiszertifikaten wird zwar reduziert. Die Unternehmen auf der Liste verursachen aber immer noch 94 Prozent der industriellen Emissionen. Um die Klimaziele zu erreichen, sinken auch die Gesamtmenge der verfügbaren Zertifikate und die kostenlose Zuteilung für einzelne Produkte (Benchmarks) kontinuierlich über die Zeit. Trotzdem sollen weiterhin 40,4 Prozent der Zertifikate kostenlos sein. Hier zeichnet sich bereits ein Konflikt ab: Einerseits sollen viele Unternehmen weiterhin kosten-

lose Zertifikate bekommen, andererseits soll die Gesamtmenge sinken. Der kleinere Kuchen muss also zwischen (fast) genauso vielen Unternehmen aufgeteilt werden. So ergeben sich die genannten Horrorszenarien im Auftrag der Stahlindustrie: Sie sind Extrem Szenarien, die davon ausgehen, dass „der Kuchen viel zu klein für alle ist“.

## Stahlindustrie argumentiert mit Horrorszenarien

Ecofys kommt in seiner Studie zum Ergebnis, dass die europäische Stahlindustrie im Jahr 2030 die Hälfte der benötigten Zertifikate kostenlos erhält und dies zu hohen Zusatzkosten und Arbeitsplatzverlusten führt. Wie realistisch sind die Horrorszenarien?

- ▶ Die Studien gehen davon aus, dass die Stahlindustrie auf recht hohem Niveau weiterwachsen wird. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Überkapazitäten in der Produktion ist dies sehr fragwürdig. Zudem setzen die Autorinnen und Autoren voraus, dass die Produktion kaum klimafreundlicher wird, sodass der Bedarf an Zertifikaten hoch ist. In Kombination mit weiteren Annahmen ist das Ergebnis eine hohe „Unterausstattung“ mit Zertifikaten. Vereinfacht gesagt: Ausgangspunkt ist ein ungebremstes Wachstum ohne ernsthafte Klimaschutzanstrengungen. Da ein solches Szenario kaum mit den Klimaschutzziele vereinbar ist, muss die Stahlindustrie letztlich rund die Hälfte der benötigten Zertifikate zu kaufen ...
- ▶ ... und das zu einem unrealistisch hohen Preis: Gerechnet wurde mit rund 20 Euro je Tonne CO<sub>2</sub> im Jahr 2020

und rund 40 Euro im Jahr 2030. Diese Annahme stützt sich auf eine frühere Schätzung von Thomson Reuters Point Carbon, die ihre Preisprognosen mittlerweile nach unten korrigiert haben. Die Kohlenstoffmarktexperten des britischen Thinktanks Sandbag rechnen eher mit 10 Euro. Welche CO<sub>2</sub>-Preise tatsächlich in einigen Jahren realisiert werden, ist derzeit kaum absehbar und von vielen Faktoren abhängig. Bei all den politischen und konjunkturellen Unsicherheiten verwundert es, dass nur dieser eine Preispfad verwendet wurde.

► Selbst wenn viele Zertifikate zu einem hohen Preis gekauft werden müssten, stellt sich immer noch die Frage, zu welchen Kostenbelastungen dies in den Unternehmen führen würde. Die Europäische Kommission gibt an, dass in der Stahlindustrie rund 60 Prozent der CO<sub>2</sub>-Kosten auch an die Kunden weitergereicht werden können. Prognos hingegen geht wegen der starken internationalen Konkurrenz davon aus, dass die Kosten komplett von den Unternehmen geschultert werden müssen und sie auch keine sogenannte Strompreiskompensation bekommen. Letztere ist in Deutschland faktisch schon seit 2013 umgesetzt. Außerdem: Auch außereuropäische Giganten der Stahlindustrie wie China haben das UN-Klimaschutzabkommen von Paris ratifiziert. Eine realistische Prognose sollte Klimaschutzmaßnahmen im außereuropäischen Ausland berücksichtigen, um die Wettbewerbsintensität bewerten zu können.

Die Ergebnisse beider Studien sind alarmierend und müssen ernst genommen werden. Wie sich bei näherem Hinsehen herausstellt, wird hier aber eine rosige Konjunktur für die Stahlindustrie mit einer scheinbar nicht zu stemmenden Zusatzbelastung durch das reformierte Zertifikatesystem kombiniert: Erstens produziert die Stahlindustrie kaum klimafreundlicher und muss daher mehr Zertifikate zukaufen, zweitens sind diese sehr teuer und drittens können die Kosten nicht an die Kunden weitergereicht werden. Nur mit diesen einseitigen Annahmen kann

der Emissionshandel in Summe 1,6 Milliarden Euro an Zusatzkosten für die deutsche Stahlindustrie verursachen, die zu einem Verlust von 380.000 Arbeitsplätzen in den vor- und nachgelagerten Branchen führen würde. Die Ergebnisse sind somit Worst-Case-Szenarien.

### Tiered Approach: Den Kuchen anders aufteilen

Inwiefern der Kuchen der kostenlosen Zuteilung tatsächlich zu klein für alle ist, hat vor allem damit zu tun, wie er verteilt wird. Bisher schlägt die Europäische Kommission vor, alle Branchen der Carbon-Leakage-Liste gleich zu behandeln und zusätzlich auch noch weiteren Industrien einige Zertifikate kostenlos zu geben. Ursprünglich hatte sie auch andere Optionen ins Spiel gebracht: Mit einem gestaffelten Ansatz – dem sogenannten Tiered Approach – würden die Branchen in unterschiedliche Risikostufen unterteilt. Dahinter steht der Gedanke, dass manche Branchen mehr Treibhausgase verursachen und stärker im internationalen Wettbewerb stehen als andere. Damit wäre auch von einem größeren Risiko für die Verlagerung der Produktion ins Ausland auszugehen. Die Risikostufen bestimmen dann, welchen Anteil eine Branche vom kostenlosen Kuchen bekommt: je höher das Risiko, desto mehr Zertifikate gratis. Solch ein Ansatz würde der Stahlindustrie voraussichtlich zugutekommen, weil ihr im Vergleich zu anderen Branchen in der Regel ein größeres Risiko der Abwanderung unterstellt wird. Industriebereiche mit weniger Wettbewerb würden hingegen nicht mehr in so großem Umfang „überversorgt“ und hätten bessere Anreize, ihre Emissionen zu verringern. Mehrere Nicht-EU-Länder und -Regionen haben dieses System bereits erfolgreich umgesetzt.

Zu beachten ist dabei, dass der Tiered Approach nur die Verteilung des Kuchens zwischen den Branchen beeinflussen würde, aber die Gesamtmenge kostenloser Zertifikate nicht verändert. Für wirksame Anreize in Richtung Dekarbonisierung muss das CO<sub>2</sub>-Preissignal gerade in den Branchen mit den höchsten Treibhausgasemissionen ankommen.

Der Tiered Approach ist daher nur ein kleiner Schritt, um die Verkleinerung des Kuchens zu vereinfachen. Wenn Klimaschutz ernst genommen wird, müssen bereits jetzt die Weichen gestellt werden, klimaschädliche Materialien und Technologien schrittweise zu ersetzen. Das wird nicht passieren, solange wirksame Investitionsanreize absichtlich durch kostenlose Emissionsberechtigungen von den Unternehmen ferngehalten werden. Wie wichtig Deutschland und den anderen europäischen Ländern der Klimaschutz in Energiewirtschaft und Industrie ist, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Dann wird in diversen Brüsseler Ausschüssen und Gremien verhandelt, ob der Emissionshandel ab 2021 ernsthaft zum Klimaschutz beitragen soll.

### Anmerkungen

- (1) Fiedler S. und Freericks. C (2016): Auswirkungen des Emissionshandels nach 2020 auf die deutsche Stahlindustrie. Ausblick auf die kostenlose Zuteilung von Emissionsberechtigungen, Berlin: [www.foes.de/pdf/2016-09\\_FOES\\_ETS\\_nach\\_2020\\_Stahlindustrie.pdf](http://www.foes.de/pdf/2016-09_FOES_ETS_nach_2020_Stahlindustrie.pdf)
- (2) CE Delft: De Bruyn, S. et al. (2016): Calculation of additional profits of sectors and firms from the EU ETS, Delft: [www.cedelft.eu/publicatie/calculation\\_of\\_additional\\_profits\\_of\\_sectors\\_and\\_firms\\_from\\_the\\_eu\\_ets/1763](http://www.cedelft.eu/publicatie/calculation_of_additional_profits_of_sectors_and_firms_from_the_eu_ets/1763)

Swantje Fiedler ist stellvertretende Geschäftsführerin und Leiterin Energiepolitik beim FÖS. Seit 2009 ist sie beim FÖS tätig.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 7623991-50,  
E-Mail: [swantje.fiedler@foes.de](mailto:swantje.fiedler@foes.de),  
[www.foes.de](http://www.foes.de)



Christian Freericks arbeitet seit 2016 als wissenschaftlicher Referent Energiepolitik beim FÖS.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 7623991-54,  
E-Mail: [christian.freericks@foes.de](mailto:christian.freericks@foes.de),  
[www.foes.de](http://www.foes.de)



## ABFALL, CHEMIE &amp; EMISSIONEN

Lebensmittelabfälle**Menge halbieren!**

■ Schätzungsweise ein Drittel der weltweiten Nahrungsmittelproduktion wird nach Angaben der EU-Kommission nicht verbraucht. Im Rahmen der Nachhaltigen Entwicklungsziele peilt die EU eine Halbierung der Lebensmittelabfälle bis zum Jahr 2020 an. Das EU-finanzierte Projekt „Food use for social innovation by optimising waste prevention strategies“ (FUSIONS) will dazu beitragen, Lebensmittelabfälle auf allen Ebenen der Lebensmittelversorgungskette zu reduzieren.

Als Teil des Projekts wurde eine europäische Plattform für unterschiedliche InteressenvertreterInnen eingerichtet, die „EU Platform on Food Losses and Food Waste“. Organisationen aus der Zivilgesellschaft konnten sich bis zum 27. Mai 2016 um eine Mitgliedschaft bewerben. Jetzt wurden die Organisationen, die als Mitglieder der Plattform akzeptiert wurden, veröffentlicht. Insgesamt 37 Organisationen aus dem Privatsektor wurden als Mitglieder der „EU Platform on Food Losses and Food Waste“ akzeptiert, die Liste der Organisationen steht auf der Webseite der EU-Kommission zur Verfügung. [Quelle: uwd, es]

► [www.kurzlink.de/EU-Essensabfall-PF](http://www.kurzlink.de/EU-Essensabfall-PF)

EU-Abfallrahmenrichtlinie**Kommission will ökotoxische Bewertung verschärfen**

■ Wenn Abfallströme zwischen EU-Mitgliedstaaten gefährliche Stoffe enthalten, sollen diese nach dem Willen der EU-Kommission besser erfasst werden. Dazu hat sie im August einen Überarbeitungsvorschlag des Anhangs III der Abfallrahmenrichtlinie veröffentlicht. Die Änderungen betreffen insbesondere die Gefahreneigenschaft HP 14, auch bekannt als ökotoxische Ei-

genschaft eines Stoffes. Bisher gibt es unter der Abfallrahmenrichtlinie kein standardisiertes Verfahren zur Überprüfung dieser Eigenschaft bei Abfällen.

Deshalb schlägt die Kommission vor, die Klassifizierung von Abfällen, die giftig für die Umwelt sein können, an das Verfahren zur Chemikalienklassifizierung der Verordnung über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (CLP-Verordnung) anzupassen. Dazu stellte sie vier verschiedene Kriterien auf. Abfall gilt beispielsweise als ökotoxisch, falls er einen ozonabbauenden Stoff über den Grenzwert von 0.1 Gewichtsprozent enthält.

Die Änderungen sollen im Oktober angenommen werden. Der neue Anhang III wäre dann im Sommer 2017 für alle Mitgliedstaaten bindend. [es]

► Änderungsvorschlag der Kommission:  
[www.kurzlink.de/EC-wasteannex-aender](http://www.kurzlink.de/EC-wasteannex-aender)

Plastikmüll**Vision: Europa ohne Kunststoffverschmutzung**

■ Ein Bündnis von über 90 Nichtregierungsorganisationen hat eine globale Initiative gestartet, um den Plastikverbrauch sowie die Verschmutzung durch Plastik einzudämmen. An die EU appellierten sie, diese Probleme im Kreislaufwirtschaftspaket anzugehen. Die NGOs sprechen von einer Vision mit zehn Prinzipien, die eine Zukunft frei von Plastikverschmutzung zum Ziel hat. Sie kritisieren, dass Regierungen bisher keinen systematischen Wandel zur Verringerung des Plastikkonsums angegangen sind. So setzt die Industrie unvermindert weiter auf dieses Material.

Das Bündnis sieht insbesondere die EU im Zugzwang. Zero Waste Europe forderte die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, im Kreislaufwirtschaftspaket den gesamten Produktionszyklus von Plastik von der Gewinnung bis zum Ende der Lebensdauer zu berücksichtigen. [es]

► [www.breakfreefromplastic.org](http://www.breakfreefromplastic.org)

Gefahrenabfälle**10 Millionen Euro Strafe**

■ Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hat Griechenland eine Strafe für den nicht ordnungsgemäßen Umgang mit gefährlichen Abfällen erteilt. Das Land hat weder einen Abfallwirtschaftsplan umgesetzt noch verfügt es über Beseitigungsanlagen. Die Summe des Strafgeldes von zehn Millionen Euro steigt um 30.000 Euro pro Tag, wenn Griechenland weiterhin gegen die Abfallrahmenrichtlinie verstößt. Bereits 2009 bei Inkrafttreten dieser Richtlinie sowie der Deponie-Richtlinie wurde Griechenland aufgrund der schlechten Entsorgung seiner gefährlichen Abfälle verurteilt. So musste der EU-Mitgliedstaat seit September 2009 bereits 8.096 Euro pro Tag zahlen. [es]

► [www.kurzlink.de/EuGH-GR-hazwaste-fin](http://www.kurzlink.de/EuGH-GR-hazwaste-fin)

Verpackungsgesetz**Umweltverbände kritisieren Entwurf als Rückschritt**

■ Keine Wertstofftonne, keinen Schutz mehr für die Mehrwegquote – das sind die für Umweltverbände enttäuschenden Ergebnisse des aktuellen Entwurfs des Verpackungsgesetzes des Bundesumweltministeriums (BMUB) vom August.

Ursprünglich wollte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks ein Wertstoffgesetz veröffentlichen, doch dieses ist nun zu einem einfachen Verpackungsgesetz verkommen. Der Umweltdachverband DNR und die Umweltorganisationen BUND, NABU und DUH haben in einem gemeinsamen Forderungspapier bemängelt, dass der Entwurf weder die Ausweitung der Wertstofffassung durch Einführung einer Wertstofftonne noch wirksame Maßnahmen zur Abfallvermeidung und Verbesserung der Recyclingqualität berücksichtigt. Durch die bundesweite Wertstofftonne könnten 450.000 Tonnen an zusätzlichem Recyclingmaterial pro Jahr gewonnen werden.

Auch die Abfallvermeidung werde nicht durch das Gesetz gestärkt. Die ersatzlose



Streichung der Schutzquote für Mehrweggetränkeverpackungen werten die Umweltorganisationen als Kapitulation von Hendricks vor der einwegorientierten Getränkeindustrie und den Discountern.

Zudem ist die Recyclingquote von Kunststoffverpackungen gesenkt worden – von bisher 72 auf 63 Prozent. Somit fehlen auch hier Anreize für eine Verbesserung der Recyclingqualität und des Ökodesigns bei Verpackungen.

Das Gesetz soll Ende Oktober ins Kabinett und bis Ende des Jahres durch den Bundestag gebracht werden. [es]

► [www.dnr.de/downloads/stellungnahme-dnr-bund-duh-nabu\\_oekologisches.pdf](http://www.dnr.de/downloads/stellungnahme-dnr-bund-duh-nabu_oekologisches.pdf)

## Elektroschrottrücknahme

### Handel hinkt hinterher

■ Seit Ende Juli sind große Elektro- und Onlinehändler verpflichtet, kleine elektronische Geräte kostenfrei zurückzunehmen. Erste Untersuchungen von Umweltverbänden zeigen jedoch, dass dies nur schleppend anläuft.

Sowohl der NABU als auch die Deutsche Umwelthilfe (DUH) haben die Angebote verschiedener Großhändler für die Rücknahme von Elektroartikeln untersucht. Nach dem neuen Elektrogesetz müssen Elektrofachhändler mit einer Verkaufs- beziehungsweise Lagerfläche über 400 Quadratmeter Elektroartikel, die eine kürzere Kantenlänge als 25 Zentimeter haben, kostenlos zurücknehmen. Bei größeren Geräten gilt dies nur, wenn der Kunde oder die Kundin auch ein neues gleichartiges Gerät kauft.

Die Ergebnisse beider Organisationen sind ernüchternd: Besonders beim Onlinefachhandel fehlt teilweise gänzlich die Information für Kundinnen und Kunden, wie sie die Artikel zurückschicken können. Teilweise wird die Rücknahme durch zusätzliche Gebühren erschwert. Auch lange Wartezeiten oder ein hoher Packaufwand schrecken ab.

„Der Handel sabotiert die Sammlung von Elektroschrott, wie sie die Umwelt-

und Verbraucherschutzpolitik vorgibt. Es ist ein Skandal, dass neben Amazon und Ikea auch andere große Handelsunternehmen mit hohem Umweltanspruch wie Obi oder Karstadt die gesetzlichen Vorgaben nicht erfüllen“, kritisierte DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch. Der NABU plädiert dafür, dass die zuständigen Behörden die Umsetzung der Rücknahmepflicht streng kontrollieren.

Ziel der neuen Regelung ist es, deutlich mehr Elektroschrott zu sammeln und ihn fachgerecht zu entsorgen. Bis zum Jahr 2019 sollen es in der EU mindestens 65 Prozent sein. Deutschland lag im Jahr 2013 nur bei 42,2 Prozent. Viel zu viele Elektrogeräte werden noch illegal oder falsch entsorgt, beispielsweise über den Restmüll. [es]

► [www.kurzlink.de/NABU-elektroG-handel](http://www.kurzlink.de/NABU-elektroG-handel)  
 ► [www.kurzlink.de/DUH-elektroG-Handel](http://www.kurzlink.de/DUH-elektroG-Handel)

## Bioabfälle

### Sammlung läuft schleppend

■ Seit Januar 2014 sind Länder und Kommunen angehalten, die flächendeckende Sammlung von Bioabfällen zu gewährleisten. Der NABU wies darauf hin, dass Landkreise und kreisfreie Städte teilweise noch gar nicht an der Umsetzung dieser Vorschrift des Kreislaufwirtschaftsgesetzes arbeiten.

Vor allem untätige Kommunen in den neuen Bundesländern, in Bayern und Niedersachsen sträuben sich. Trotz Handlungsaufforderung der Umweltorganisation werden beispielsweise in Brandenburg nur drei Kilogramm Bioabfall pro Einwohner pro Jahr gesammelt. Im Bundesdurchschnitt gibt es ein Abfallaufkommen von 57 Kilogramm.

Warum verzögert sich die Einführung der Biotonne so stark? Nach Einschätzung des NABU liegt es zumeist am fehlenden Willen der Landkreise sowie dem mangelnden Durchsetzungswillen der Landesministerien. Wer mit gezielter Abfallberatung den Bürgern erklärt, was sich aus Bioabfällen machen lässt, nämlich Energie und die Nährstoff- und Humusressource Kompost, wird weniger Restmüll sammeln und kann

## Hallo Nachbar, wie geht's?



»Willkommensstädte sind die Orte, in denen wir selber leben möchten.«

Daniel Fuhrhop

Deutschland entwickelt sich zum Einwanderungsland. Müssen wir jetzt schnell und billig bauen? Nein, denn es stehen genug Gebäude leer. Daniel Fuhrhop präsentiert Wohnkonzepte und Ideen für die Stadt von morgen und gelungene Integration.

Daniel Fuhrhop

### Willkommensstadt

Wo Flüchtlinge wohnen und Städte lebendig werden



oekom verlag, München  
 224 Seiten, Hardcover  
 17,95 Euro  
 ISBN: 978-3-86581-812-6  
 Erscheinungstermin:  
 22.08.2016  
 Auch als E-Book erhältlich

[oekom.de](http://oekom.de)

**oekom**

entsprechend Kosten bei der Restmüllabfuhr reduzieren. Im gleichen Moment fallen wertvolle Abfälle zur nachhaltigen und klimaschonenden Energieerzeugung und Kompostherstellung an, die vermarktet werden können. Dass die Ministerien in Anbetracht dessen nicht durchgreifen, ist genauso untragbar wie die mangelnde Weitsicht der Kommunen“, sagte NABU-Umweltexperte Sascha Roth. [es]

► [www.kurzlink.de/NABU-Biotonne-Umsetzung](http://www.kurzlink.de/NABU-Biotonne-Umsetzung)

Klage gegen Chemikalie

## Entscheidung der Kommission auf dem Prüfstand

■ Die EU-Kommission hatte drei Unternehmen im April genehmigt, die hormonell wirksame Chemikalie DEHP für weitere vier Jahre in recyceltem PVC einzusetzen. Die Umweltorganisation ClientEarth drohte im August mit einer Klage dagegen.

ClientEarth forderte die Kommission auf, die Entscheidung zu der verlängerten Zulassung von DEHP zu überprüfen. Durch die Genehmigung habe die Kommission nicht gesetzeskonform gehandelt, da nicht alle erforderlichen Informationen in dem Verlängerungsantrag von den Firmen vorgestellt worden seien.

Laut ClientEarth wiesen Firmen nicht nach, dass die Vorteile des Gebrauchs von DEHP im Vergleich zu den Risiken und Gefahren überwiegen. Auch ein Beweis über sicherere Alternativen, die technisch und ökonomisch machbar seien, wurde nicht erbracht.

Der Ausschuss des Chemikalienregisters REACH hatte im März DEHP als hormonell wirksame Chemikalie sowohl für die Umwelt als auch für den Menschen klassifiziert. Bisher galt DEHP nur als umweltschädlich.

Bereits im November 2015 hatte sich das EU-Parlament in einer nicht bindenden Resolution gegen das Recycling von DEHP ausgesprochen. [es]

► [www.kurzlink.de/ClientEarth-DEHP-Klage](http://www.kurzlink.de/ClientEarth-DEHP-Klage)

Gefahrenstoffe

## Klassifizierung von 47 Chemikalien geändert

■ Die EU-Regelung CLP zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen schützt Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Umwelt vor gefährlichen Chemikalien. Ende August hat die Kommission neue Stoffe in die Liste aufgenommen und die Klassifizierung von bereits eingetragenen Substanzen geändert.

Dies betrifft insgesamt 47 Chemikalien, 26 davon erhalten eine neue Einstufung, zum Beispiel Blei in Pulverform. Auch bereits bestehende Klassifizierungen wurden geändert. Auf Drängen der Mitgliedstaaten im Februar ist der Weichmacher Bisphenol-A (BPA) um eine Gefahrenstufe angehoben worden. BPA gilt nun als giftig für die menschliche Fortpflanzung.

Als nächsten Schritt könnte BPA als besonders besorgniserregender Stoff (SVHC) eingestuft werden. Dann müssten alle Produkte in der EU, die BPA enthalten und bereits auf dem Markt sind, einen Autorisierungsprozess durchlaufen. Frankreich hat bereits zwei Anträge gestellt, um BPA als SVHC zu klassifizieren.

Die Änderungen der Liste gelten ab dem 1. März 2018. [es]

► [www.kurzlink.de/EC-CLP-amend-47chem](http://www.kurzlink.de/EC-CLP-amend-47chem)

Schiffsabgase

## Kreuzfahrtschiffe verschmutzen weiter die Luft

■ Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) hat den europäischen Schiffsverkehr unter die Lupe genommen und ein Kreuzfahrtranking für 2016 aufgestellt. Die Ergebnisse sind wieder enttäuschend. Es wird weiterhin zu viel Schweröl eingesetzt.

Die Schiffsabgase führen zu extremen Umwelt- und Gesundheitsbelastungen. 80 Prozent der Schiffe in Europa haben keine ausreichende Abgasreinigung installiert.

Die Schadstoffe wie Ruß, ultrafeine Partikel und Stickoxide gelangen so ungefiltert in die Luft.

„Seit Jahren verkünden die Reeder vollmundig, umweltfreundlicher werden zu wollen. Doch außer polierten PR-Texten kommt bisher kaum etwas Substantielles in der Praxis an. Das ist Greenwashing in Reinform und angesichts der verursachten Schäden nicht hinnehmbar“, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller.

Besonders kritikwürdig sei es, dass die technischen Möglichkeiten beispielsweise die Stickoxidemissionen stark mindern könnten. Der NABU unterstellt der Schiffsbranche einzig aus Profitgründen, keine höherwertigen Kraftstoffe einzukaufen und die Abgastechnik nicht nachzurüsten.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) warnt seit Längerem davor, dass Schiffsabgase krebserregend sind. [es]

► [www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/verkehr/nabu\\_kreuzfahrtranking\\_2016.pdf](http://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/verkehr/nabu_kreuzfahrtranking_2016.pdf)

Lachgas

## Deutsche Chemie will Emissionen stoppen

■ Ziel des Bundesumweltministeriums (BMUB) ist es, die Emissionen des klimaschädlichen Lachgases bis zum Jahre 2020 zu stoppen. Nun ist der Verband der Chemischen Industrie (VCI) einer Initiative des BMUB beigetreten.

Die Nitric Acid Climate Action Group wurde auf der Klimakonferenz in Paris 2015 vom BMUB gegründet. Lachgas hat eine 264-fach höhere Treibhausgaswirkung als Kohlendioxid. Es wird vor allem zur Herstellung von Salpetersäure verwendet, die wiederum Grundlage vieler Düngemittel ist.

Der VCI wird nun eine beratende Funktion einnehmen. So haben das BMUB und der VCI vor, in entsprechende Anlagen eine Minderungstechnik für Lachgas einzubauen. Diese Technik ist bereits entwickelt und verhältnismäßig günstig. [es]

► [www.kurzlink.de/BMUB-Lachgas-Paris](http://www.kurzlink.de/BMUB-Lachgas-Paris)

## GLOBALISIERUNG &amp; EINE WELT

Wirtschaft und indigene Rechte

## Was tun deutsche Konzerne zum Schutz Indigener?

■ Die globale Bewegung für die Rechte indigener Völker Survival International hat im Sommer den Bericht „Warnhinweis: Kann Spuren von Menschenrechtsverletzungen enthalten“ veröffentlicht. Darin sind die Ergebnisse einer Befragung von 100 deutschen Unternehmen zu deren Maßnahmen für den Schutz der Rechte indigener Völker enthalten.

Ob Baumwolle aus Äthiopien, Zuckerrohr aus Brasilien oder Urlaub in Indien – weltweit tragen wirtschaftliche Aktivitäten zur Verletzung der Rechte indigener Völker bei. Auch deutsche Unternehmen sind daran beteiligt, indem sie beispielsweise Rohstoffe von fragwürdigen Zulieferern beziehen oder an umstrittenen Projekten auf indigenem Land mitverdienen. Für die Betroffenen sind die Folgen katastrophal, denn sie verlieren ihre Heimat, ihre Identität und manchmal ihr Leben.

Zwar sind es meist die nationalen Regierungen, die ihren Schutzpflichten gegenüber der indigenen Bevölkerung nicht nachkommen, dennoch stehen auch deutsche Unternehmen in der menschenrechtlichen Verantwortung. Vor allem das Recht indigener Völker auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) zu Projekten, die indigenes Land betreffen, verletzen Konzerne immer wieder. Dem Bericht zufolge bestehen in Deutschland systematische Mängel bei der Umsetzung der Sorgfaltspflicht. Die Verfasserinnen und Verfasser fordern von den Unternehmen, effektive Maßnahmen einzuführen, um die Verstöße gegen die Rechte Indigener zu stoppen. An die Bundesregierung ging der Appell, das ILO-Übereinkommen 169, das die Rechte der indigenen Bevölkerung regelt, zu ratifizieren. [mbu]

► Bericht Survival International (PDF): [www.kurzlink.de/survival-report-2016](http://www.kurzlink.de/survival-report-2016)

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: [www.forumue.de](http://www.forumue.de)

## KLIMA &amp; ENERGIE

Klimaabkommen

## Schnelle Ratifizierung – langsame EU

■ Nachdem die USA und China im September während des G20-Gipfels in Hangzhou gemeinsam das Pariser Klimaabkommen ratifiziert haben, erhöht sich der Erwartungsdruck auf die EU. Entgegen ihrem Bekunden wird der EU aber voraussichtlich keine frühzeitige Ratifizierung gelingen.

Die EU-Kommission hat mittlerweile eingeräumt, dass eine Ratifizierung durch die EU auch möglich sei, bevor jeder einzelne Mitgliedstaat seine Ratifizierung abgeschlossen habe. Sie hatte im Juni einen Gesetzesvorschlag zur Ratifizierung vorgelegt, der nun noch von EU-Rat und -Parlament absegnen werden muss. Allerdings müsse auch das Klima- und Energiepaket für 2030 von allen Mitgliedstaaten absegnen werden, bevor der Ratifizierungsprozess abgeschlossen werden kann, berichtet der Umweltnachrichtendienst ENDS. Dieser Prozess allein wird mindestens ein Jahr dauern.

Frankreich, Österreich und Ungarn sind die bisher einzigen EU-Länder, die ihre Ratifizierung abgeschlossen haben. Deutschland wird das Abkommen voraussichtlich im November dieses Jahres ratifizieren. Damit das Pariser Klimaabkommen in Kraft tritt, müssen mindestens 55 Staaten, die gemeinsam für mindestens 55 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, das Abkommen ratifiziert haben. Bisher haben 26 Staaten das Abkommen ratifiziert, die zusammen für 39 Prozent der Emissionen verantwortlich sind. Davon fallen 38 Prozent auf die zwei weltweit größten Emittenten USA und China. Die EU ist für zehn Prozent der globalen Emissionen verantwortlich. [ck]

► [www.kurzlink.de/Politico](http://www.kurzlink.de/Politico)  
 ► [www.kurzlink.de/Euractiv](http://www.kurzlink.de/Euractiv)

G20-Gipfel

## Hangzhou mit wenig Hang zum Klima

■ Abgesehen von der Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens durch die USA und China am Rande des G20-Treffens (siehe oben), hatte der erste Gipfel nach der erfolgreichen Pariser Klimakonferenz wenig zu bieten: Erneut haben sich die Regierungschefs der zwanzig größten Industriestaaten nicht auf ein Auslaufdatum für Subventionen von fossilen Energien geeinigt. Die G20 haben sich zwar bereits 2009 für eine mittelfristige Abschaffung der Subventionen entschieden, konnten sich seitdem aber nie auf ein Datum einigen – anders als die G7, die 2025 als Auslaufdatum anvisiert haben.

„Um mit den Klimazielen aus Paris in Übereinstimmung zu bleiben, müssen alle G20-Staaten, einschließlich der EU, alle fossilen Subventionen bis 2020 einstellen“, mahnte Wendel Trio, Direktor des Europabüros der Klimaschutzorganisation Climate Action Network (CAN). Die EU müsse nun mit entsprechenden Reformen vorangehen, gerade im Hinblick auf den nächsten G20-Vorsitz, den Deutschland übernehmen wird. [ck]

► [www.kurzlink.de/G20](http://www.kurzlink.de/G20)

Emissionshandel

## CO<sub>2</sub>-Preis im Brexit-Sturzflug

■ Der ohnehin schon zu niedrige Börsenpreis für Emissionszertifikate des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS) ist mit dem Brexit-Referendum im Juni nochmals deutlich gesunken. Seit das Ergebnis des Referendums bekannt gegeben wurde, ist der Kurs für CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte um 17 Prozent gefallen – so viel wie seit zwei Jahren nicht mehr. Damit liegt er mit 4,80

Euro deutlich unter der Fünf-Euro-Marke. Um eine das Klima schützende Wirkung zu haben, müsste der CO<sub>2</sub>-Preis mindestens zwischen 30 und 50 Euro liegen. Manche UmweltökonomInnen halten sogar 80 bis 120 Euro für nötig. Sollte Großbritannien im Zuge des Austrittsprozesses auch aus dem Emissionshandel aussteigen, könnte dies ein noch größeres Überangebot an Emissionszertifikaten zu Folge haben, was den Preis umso mehr senken würde. Nichtregierungsorganisationen und einige EU-Mitgliedstaaten fordern schon seit Langem, überschüssige Zertifikate aus dem Emissionsmarkt zu entfernen. [ck]

- [www.kurzlink.de/carbonmarketwatch](http://www.kurzlink.de/carbonmarketwatch)
- [www.eu-koordination.de/umweltnews/news/klima-energie/3804-2016-07-05-08-55-09](http://www.eu-koordination.de/umweltnews/news/klima-energie/3804-2016-07-05-08-55-09)

#### DNR-Factsheet I

### Reform des ETS

■ Im Herbst wird der Vorschlag der EU-Kommission zur Reform des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS) im EU-Rat und -Parlament weiterverhandelt. Der 2015 veröffentlichte Vorschlag wird in einem aktualisierten DNR-Factsheet erläutert. Auch die damit verbundenen Debatten über Carbon Leakage und die Forderungen von Umweltverbänden werden übersichtlich zusammengefasst. Um das ETS zu einem ambitionierten und effektiven Klimaschutzinstrument zu machen, müssten unter anderem überschüssige Emissionszertifikate gelöst und die jährliche Reduktionsrate erhöht werden. Der derzeitige Vorschlag steht nicht im Einklang mit den 2015 in Paris verabschiedeten globalen Klimazielen. [ck]

- [www.eu-koordination.de/PDF/ets-factsheet.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/ets-factsheet.pdf)

#### Biomasse I

### US-Holzpellets schaden Klima

■ Ein Bericht der EU-Kommission zeigt die negativen Umweltauswirkungen von steigenden Holzpellet-Importen aus den

USA. Dies sei symptomatisch für eine unzureichende europäische Forst- und Energiepolitik, sagte die Umweltschutzorganisation Fern.

2015 importierte die EU fünf Millionen Tonnen Holzpellets aus dem Südosten der USA. Die stark wachsende Massenproduktion von Holzpellets für den EU-Markt sei nicht nachhaltig, kritisiert der EU-Kommissionsbericht. Der Holzeinschlag bedrohe die dortige Artenvielfalt und widerspreche den umweltpolitischen Zielen der EU.

Die Umweltschutzorganisation Fern stellt in einem Fallstudienbericht die Nutzung von Holzpellets generell infrage: „Jeder, der sich mit Wäldern befasst, weiß, dass die Verbrennung von Bäumen zur Energiegewinnung weder nachhaltig noch CO<sub>2</sub>-neutral und grün ist.“ Europas Motivation, Biomasse als erneuerbare Energiequelle zu verstehen und zu verbrennen, beruhe auf der Annahme, dass Holz nachhaltig produziert werde und dass alle gefällten Bäume durch Neupflanzungen ersetzt würden, um den CO<sub>2</sub>-Verlust wiederauszugleichen. Allerdings gibt es keinerlei EU-weite Regelungen, die dies sicherstellen könnten. [ck]

- [www.kurzlink.de/Holzpellets](http://www.kurzlink.de/Holzpellets)
- [www.fern.org/sites/fern.org/files/upinflammes\\_internet.pdf](http://www.fern.org/sites/fern.org/files/upinflammes_internet.pdf)

#### Biomasse II

### Zertifizierung schwach, Energieziele gefährdet

■ In einem Sonderbericht von Ende Juli moniert der Europäische Rechnungshof das Vorgehen der Europäischen Kommission zur Zertifizierung nachhaltiger Biokraftstoffe. Die Schwachstellen könnten demnach die Erneuerbare-Energien-Ziele im Verkehrssektor für das Jahr 2020 gefährden.

Nach der Erneuerbare-Energien-Richtlinie dürfen die EU-Mitgliedstaaten bis zu zehn Prozent der Energie im Verkehrssektor aus Erneuerbaren gewinnen, diese müssen aber komplett aus als nachhaltig zertifizierten Biokraftstoffen stammen. Die Zertifizierungen laufen über freiwillige Systeme, dessen Anerkennung und

Überwachung durch die Europäische Kommission aber unzureichend seien. So habe die Kommission keine Überprüfung der Risiken in der Biokraftstoffherstellung verlangt. Zu solchen Risiken gehören Zwangs- oder Kinderarbeit, Landbesitzkonflikte, schlechte Arbeitsbedingungen und Gefahren für Gesundheit und Sicherheit. Auch sei nicht ausreichend sichergestellt, ob die Biokraftstoffe tatsächlich den Umwelanforderungen entsprechen und aus Abfällen stammen. [ck]

- [www.kurzlink.de/EU-Rechnungshof](http://www.kurzlink.de/EU-Rechnungshof)

#### Biomasse III

### NGO-Empfehlungen für nachhaltige Bioenergie

■ Anlässlich eines erwarteten Vorschlags der EU-Kommission zur Nachhaltigkeit von Bioenergie haben elf zivilgesellschaftliche Organisationen Anfang September Empfehlungen veröffentlicht, die zeigen, unter welchen Bedingungen Bioenergie umweltverträglich und nachhaltig produziert werden kann.

Zu den Kernforderungen des Papiers gehört das Ende von Biokraftstoffen, die aus Nahrungsmitteln und sogenannten Energiepflanzen gewonnen werden. Stattdessen soll die Nutzung von Biomasse auf die Verwertung von Reststoffen, Nebenprodukten und Abfällen beschränkt werden. Auf diese Weise könnten negative Umweltfolgen wie verstärkter Holzeinschlag oder Biodiversitätsverluste vermieden werden. Erst kürzlich hat die EU-Kommission selbst einen Bericht veröffentlicht, der beispielhaft zeigt, wie der Import von Holzpellets aus den USA zur Energieproduktion in der EU Nachhaltigkeitsprinzipien und Klimaschutz widerspricht (siehe oben). Die Kommission wird voraussichtlich Ende des Jahres den neuen Vorschlag zur Nachhaltigkeit von Bioenergie vorlegen. [ck]

- [www.kurzlink.de/Bioenergie](http://www.kurzlink.de/Bioenergie)
- [www.eu-koordination.de/umweltnews/news/klima-energie/3856-2016-08-11-09-47-33](http://www.eu-koordination.de/umweltnews/news/klima-energie/3856-2016-08-11-09-47-33)

## Nationale Klimaziele

### EU-Vorschlag zu schwach

■ Die EU-Kommission hat Mitte Juli ihre Gesetzesvorschläge für die Lastenteilungsverordnung (ESR) sowie für die Emissionen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) vorgestellt. Demnach bleibt LULUCF getrennt zu den Bereichen des ESR, eine begrenzte Flexibilität ist jedoch zugelassen: Bis zu 280 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> können als Ausgleich vom LULUCF-Sektor angerechnet werden.

Die Verordnung zur Lastenteilung gibt den Mitgliedstaaten nationale Emissionsreduktionsziele für alle Emissionen außerhalb des Emissionshandels, die zusammen zur Erreichung des 2030-Ziels der EU beitragen sollen. Ausgangspunkt zur Berechnung der Emissionen ist ein Durchschnitt der Jahre 2016–2018. Nichtregierungsorganisationen hatten zuvor gefordert, ein differenziertes System einzuführen. Denn diejenigen Mitgliedstaaten, die ihr 2020-Ziel nicht erreichen, wie etwa Luxemburg oder Österreich, werden dafür belohnt, dass sie bei den Emissionsreduktionen hinterherhinken.

„Die Bundesregierung muss sich in den Verhandlungen für eine europäische Klimapolitik im Einklang mit den Ergebnissen von Paris einsetzen“, forderte DNR-Präsident Kai Niebert. „Dafür ist ein Anheben des 2030-Ziels für Treibhausgasemissionen unum-

gänglich. Bleibt es bei dem aktuell schwachen Ziel, müssen wir ab 2030 plötzlich die jährlichen Anstrengungen verdreifachen – das ist weder wirtschaftlich sinnvoll noch politisch realistisch. Das Aufschieben muss ein Ende haben.“

Der Lastenteilungssektor in der EU macht 60 Prozent der Treibhausgasemissionen der EU aus und deckt die Bereiche Landwirtschaft, Verkehr und Gebäude ab. Der Umgang mit LULUCF-Emissionen ist bis 2020 noch unter dem Kyoto-Protokoll abgedeckt, bisher gab es dazu nur eine nicht bindende Entscheidung der EU. Grund dafür waren bisher begrenzte technische Möglichkeiten. Nun liegt es an Parlament und Rat, während der Verhandlungen eine weitere Verwässerung der Vorschläge zu verhindern und sich für eine ambitioniertere Ausgestaltung der Gesetzentwürfe einzusetzen. [lr]

- ▶ [www.kurzlink.de/ESD](http://www.kurzlink.de/ESD)
- ▶ [www.kurzlink.de/LULUCF](http://www.kurzlink.de/LULUCF)

## DNR-Factsheet II

### Klimaziele der EU-Länder

■ Der seit Mitte Juli 2016 vorliegende Vorschlag der EU-Kommission (siehe oben) zur Festlegung nationaler Klimaziele bis 2030 (Effort Sharing Regulation) wird

in einem neuen DNR-Factsheet übersichtlich zusammengefasst. Es zeigt die wichtigsten Punkte des Vorschlags, auch dessen Schwächen, und erläutert die Forderungen von Umweltverbänden. Durch mehrere Schlupflöcher und einen wenig ambitionierten Startpunkt wird das ohnehin schon niedrige EU-weite Einsparziel von 30 Prozent bis 2030 stark verwässert. Nun kommt es darauf an, dass der Vorschlag im Zuge der Verhandlungen im EU-Ministerrat und im EU-Parlament verbessert wird. [ck]

- ▶ [www.eu-koordination.de/PDF/esr-factsheet.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/esr-factsheet.pdf)

## Erneuerbare-Energien-Gesetz

### Industrierabatte bleiben

■ Die EU-Kommission und das Bundeswirtschaftsministerium haben im Sommer ihren Streit über Industrierabatte bei der Ökostromumlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) beigelegt. Industriebetriebe können weiter hohe Rabatte erhalten.

So bleiben bereits bestehende Anlagen, mit denen Industriebetriebe ihren eigenen Strom produzieren, von der Ökostromumlage komplett befreit. Auch für modernisierte und neue Anlagen muss nur eine geringe Ökostromumlage erbracht werden. Zweck der Erleichterungen ist

# Nachhaltigkeit

## A-Z



## L wie Lebensgrundlagen

Die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Ausgehend von der Frage: »Was können Unternehmen zur positiven Entwicklung unserer Welt beitragen – wie werden sie zu Leuchttürmen?« werden Strategie-Entwicklung, Produktdesign, Führung, Zusammenarbeit und operative Exzellenz in der täglichen Arbeit untersucht. Praxiserprobte Vorschläge ermutigen zur Weiterentwicklung hin zu sinnstiftenden Organisationen, die erfolgreich im Einklang mit ihrer Umwelt wirtschaften.

E. Oberleiter, G. Reifer, H.-U. Streit

### Sustainable Companies

Wie Sie den Aufbruch zum Unternehmen der Zukunft wirksam gestalten – ein Leitfaden

252 Seiten, broschiert, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-795-2

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft



die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und die Verringerung von Produktionskosten in Branchen, deren Stromverbrauch besonders hoch ist. Die Rabatte werden schon seit Langem kritisiert, da sie zu einer ungerechten Verteilung der Kosten der Energiewende führen.

Die Wettbewerbshüter der EU-Kommission hatten die Sonderregelung für Industriebetriebe als wettbewerbsverzerrend eingestuft. Mit der Einigung zwischen EU-Kommission und Wirtschaftsministerium hat sich Sigmar Gabriel erneut für die Industrie starkgemacht. [ck]

► [www.kurzlink.de/Industrierabatte](http://www.kurzlink.de/Industrierabatte)

#### Energieeffizienz EU

### EU-Energieverbrauch schon jetzt unter 2020-Ziel

■ Das Ziel der Energieeffizienzrichtlinie zur Senkung des Endenergieverbrauchs ist 2014 bereits sechs Jahre früher als geplant erreicht worden. Dies geht aus einem neuen Bericht der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) der EU-Kommission hervor.

Seit 1994 ist demnach 2014 am wenigsten Energie verbraucht worden. Auch die Indikatoren Pro-Kopf-Verbrauch und Energieintensität zeigen eine positive Entwicklung. Eine große Rolle spielen aber nicht nur Verbesserungen der Energieeffizienz, sondern auch die Folgen der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise.

Der Bericht unterscheidet die vier Sektoren Industrie, Gebäude, Transport und Dienstleistungen. Zwischen 2000 und 2014 ist der Endenergieverbrauch vor allem im Industrie- und im Gebäudesektor gefallen. Im Transport- und im Dienstleistungsbereich ist die Energieeffizienz zwar gesteigert worden, der jeweilige Endenergieverbrauch lag 2014 jedoch höher als noch 2000. Dies wird mit dem starken Wachstum in beiden Bereichen erklärt. Mit knapp über 33 Prozent ist der Transportsektor auch der größte Energieverbraucher der vier Sektoren. [ck]

► [www.kurzlink.de/GFS](http://www.kurzlink.de/GFS)

#### Energieeffizienz Deutschland

### Umsetzung mangelhaft

■ Die Umweltorganisationen Deutsche Umwelthilfe (DUH) und BUND haben im August eine Beschwerde gegen Deutschland bei der EU-Kommission eingereicht. Die Energieeffizienzrichtlinie der EU werde von Deutschland nur unzureichend umgesetzt.

Ziel der Einleitung des Beschwerdeverfahrens ist die Eröffnung eines Vertragsverletzungsverfahrens der EU gegen Deutschland. Die Bundesregierung versäume es, die europäischen Energieeffizienzvorgaben in nationales Recht umzusetzen, kritisieren DUH und BUND. Deutschlands derzeitige Maßnahmen reichten nicht aus, um das vorgegebene Ziel von 1,5 Prozent Energieeinsparung pro Jahr zu erreichen. Bei vielen angeführten Maßnahmen falle es schwer, überhaupt einen Bezug zur Energieeffizienz zu erkennen. „Lkw-Maut, Luftverkehrssteuer und Emissionshandel werden derzeit als Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz ausgegeben. Das ist mehr als fragwürdig“, sagt DUH-Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner. Außerdem sei die Berechnung der angenommenen Energieeinsparung zu hoch angesetzt, heißt es in der Beschwerde. Die Bundesregierung kann nun im Laufe der nächsten Monate Stellung zu der Beschwerde nehmen. [ck]

► [www.duh.de/uploads/media/Complaint\\_EED\\_Art\\_7\\_Germany\\_01.pdf](http://www.duh.de/uploads/media/Complaint_EED_Art_7_Germany_01.pdf)

#### Energieeffizienz national

### Onlinekonsultation gestartet

■ Das Bundeswirtschaftsministerium hat im August das Grünbuch Energieeffizienz vorgelegt. Zu den Leitlinien gehören eine sektorübergreifende Senkung des Energiebedarfs, eine direkte und prioritäre Nutzung erneuerbarer Energien sowie die Kopplung von Energiesektoren. Das Grünbuch leitet eine Konsultation der Öffentlichkeit ein, durch die geklärt werden soll, wie der Primärenergieverbrauch bis 2050 halbiert werden kann. Um dies zu errei-

chen, müsste der Primärenergieverbrauch deutlich schneller reduziert werden als bisher. Insbesondere im Verkehrssektor bleibt die Bundesregierung hinter dem selbst gesteckten Ziel zurück: Der Energieverbrauch steigt derzeit, obwohl er bis 2020 um zehn Prozent gegenüber 2005 gesenkt werden soll. Anders sieht es im Gebäude- und Stromsektor aus: Hier zeigt der Trend in Richtung Ziellinie 2020.

Auf Basis des Konsultationsprozesses wird das Wirtschaftsministerium Schlüsse und Empfehlungen in ein neues Weißbuch zur Energieeffizienz einarbeiten. Das Weißbuch soll dann die mittel- und langfristige Effizienzstrategie darlegen und könnte möglicherweise den Grundstein für ein Energieeffizienzgesetz bilden. BürgerInnen und zivilgesellschaftliche Organisationen haben die Möglichkeit, sich bis zum 31. Oktober zu beteiligen. [ck]

► [www.gruenbuch-energieeffizienz.de](http://www.gruenbuch-energieeffizienz.de)

► [www.kurzlink.de/Energieeffizienz-Gr](http://www.kurzlink.de/Energieeffizienz-Gr)

#### KONSUM, GESUNDHEIT & VERBRAUCHERSCHUTZ

#### Kennzeichnung I

### „Zweites Preisschild“ soll über Umweltkosten informieren

■ Bundesumweltministerin Barbara Hendricks plant ein neues Etikett, das aufzeigt, wie die Herstellung eines Produkts die Umwelt belastet. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen dadurch die „wahren Kosten“ erfahren, die ein Produkt verursacht.

So könnte auf dem zweiten Preisschild etwa stehen, ob Rohstoffe aus Konfliktregionen verwendet worden sind, ob Kinderarbeit darin steckt oder ob die Ware leicht zu reparieren ist. Der Vorschlag steht im Integrierten Umweltprogramm 2030, das Hendricks Mitte September beim Festival der Zukunft anlässlich des 30. Geburtstags des Umweltministeriums präsentierte (siehe Interview S. 23). Um den ökologischen Wandel zu gestalten, soll ein Konzept entwickelt

werden, „das Umweltschäden und Ressourcenverbrauch von besonders umweltrelevanten Produkten und Dienstleistungen“ zeigt. Dabei geht es vor allem um Elektrogeräte, aber auch um Textilien. Dafür will Hendricks die EU-Ökodesignrichtlinie reformieren, die etwa die Effizienz von Staubsaugern oder Kühlschränken regelt. [mbu]

- Integriertes Umweltprogramm 2030 (PDF): [www.kurzlink.de/bmub-iup-2030](http://www.kurzlink.de/bmub-iup-2030)

## Kennzeichnung II

### 15 Jahre Biosiegel

■ Seit der Einführung des sechseckigen Labels, mit dem ökologisch erzeugte Produkte gekennzeichnet werden, hat der Biomarkt einen Boom erlebt. Laut Verbraucher-Initiative steht das Biosiegel, das 2001 vom Bundeslandwirtschaftsministerium eingeführt worden war, derzeit auf der Verpackung von rund 75.000 Waren – und es werden immer mehr. Das Zeichen hilft Kundinnen und Kunden bei ihrer Kaufentscheidung. Es weist aus, dass die Produkte nach den EU-Rechtsvorschriften für den ökologischen Landbau hergestellt und kontrolliert wurden. Das heißt, mindestens 95 Prozent der Zutaten stammen aus ökologischer Bewirtschaftung und es gibt keine gentechnisch veränderten Bestandteile.

Neben dem sechseckigen Biosiegel gibt es zahlreiche andere, die teilweise über den EU-Mindeststandard hinausgehen. [mbu]

- [www.label-online.de](http://www.label-online.de)

## Industrielle Tierhaltung

### Antibiotika schaden Tieren und Menschen

■ Verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen haben im September in einem offenen Brief Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt aufgefordert, sogenannte Reserveantibiotika aus der industriellen Fleisch- und Milcherzeugung zu verbannen.

Diese Antibiotika enthalten Wirkstoffe, die für die Behandlung von resistenten Keimen bei Menschen zurückgehalten werden. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft etwa den Wirkstoff Fluorchinolon als besonders wichtig für den Menschen ein.

Im August hatte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) die Abgabemengen von Antibiotika an Tiermedizinerinnen und Tiermediziner für die Jahre 2011–2015 veröffentlicht. Demnach sanken zwar die Gesamtmenge dieser Arznei und der Anteil der „für den Menschen besonders relevanten Antibiotika“ im Erfassungszeitraum.

Dennoch bleibt der übermäßige Einsatz von Antibiotika in der Intensivtierhaltung ist verantwortlich für die Entstehung resistenter Keime, die etwa über die Nahrungskette auch in den menschlichen Körper gelangen können. Die unterzeichnenden Verbände, darunter die Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) und Germanwatch, sehen deshalb dringenden Nachbesserungsbedarf bei der Regelung der Antibiotikaaanwendung in der Tierhaltung. Die Verabreichung von Reserveantibiotika als Ausgleich von Haltungs- oder Hygienemängeln in Ställen widerspreche dem One-Health-Ansatz, der die systemischen Zusammenhänge von Mensch, Tier, Umwelt und Gesundheit berücksichtigt. Unter anderem sei die Verbesserung des Tierschutzes durch die Nutztierhaltungsverordnung notwendig. [mbu]

- Offener Brief: [www.germanwatch.org/en/download/16003.pdf](http://www.germanwatch.org/en/download/16003.pdf)
- BVL-Daten: [www.kurzlink.de/bvl-antibiot-tiere16](http://www.kurzlink.de/bvl-antibiot-tiere16)

## LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

### EU-Agrarpolitik

### Ziele neu definieren

■ Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Umwelt- und Erzeugerverbänden haben im September in Berlin eine grundlegende Reform der Gemeinsa-

## zoll+

die österreichische  
Schriftenreihe  
für Landschaft  
und Freiraum



nächste Ausgabe:  
**bunt** (zoll+ 2/2016)  
erscheint im  
Dezember 2016

zoll+ bietet ein Forum für Planungsthemen und steht für die konstruktive Auseinandersetzung mit Fragen urbaner und ruraler Freiräume und Landschaften. Die Inhalte schlagen eine Brücke zwischen Forschung, Studium, Verwaltung, Praxis und NGOs. Zusätzlich beziehen Fotoessays, im Rahmen eines Tableaus, zu aktuellen Phänomenen Stellung. Umfang: ca. 100 Seiten, 2x jährlich.

### Jetzt günstiges **PROBEABO** für die Schweiz und für Deutschland

Zwei Ausgaben im Jahr 2017 zum  
Preis von 40€ statt 45€ (inkl. Versand)

Mehr Infos: [www.foruml.at](http://www.foruml.at)  
Bestellung: [office@foruml.at](mailto:office@foruml.at)

Inhalt zoll+ 2/2016 *regional*:  
Klima- und Modellregionen in Österreich, Let the rivers be, Alpenkonvention und Alpenstädte, Stadtregionen auf die politische Agenda, etc.

Forum Landschaftsplanung (forumL hrsg.)  
zoll+ Österreichische Schriftenreihe für  
Landschaft und Freiraum | Wiedner Haupt-  
straße 54/12A, 1040 Wien, Österreich |  
[www.foruml.at](http://www.foruml.at) | fb: Netzwerk forumL

men Agrarpolitik der Europäischen Union gefordert. Ein alternatives System müsse sich am ökologischen Landbau mit seiner positiven Umweltwirkung orientieren.

Die derzeitige Krise der Landwirtschaft in Europa zeige, dass das Modell einer einseitigen Export- und Wachstumsausrichtung der Landwirtschaft korrigiert werden müsse, heißt es im Positionspapier der Agrarpolitiker Robert Habeck und Martin Häusling von den Grünen.

„Europas gemeinsame Agrarpolitik verfehlt in wachsendem Maße die Anforderungen an eine zeitgemäße Politik: Sie vernachlässigt den Schutz von Umwelt und Ressourcen, gesellschaftliche Erwartungen und gefährdet durch ihre zunehmende agroindustrielle Ausrichtung und Exportorientierung die Existenz bäuerlicher Betriebe in und außerhalb Europas“, sagte der agrarpolitische Sprecher der Grünen/EFA im Europäischen Parlament Häusling auf der Tagung „Lieber heute als morgen, nur nicht von gestern: Mit visionärer Politik aus der Agrarkrise“. Um neue finanzielle Grundlagen für eine tier- und umweltschutzgerechte Erzeugung zu schaffen und sich auf die Stärke regionaler Strukturen und Märkte zu besinnen, sei eine nachhaltige Ökologisierung der Landwirtschaft notwendig.

Der Präsident des Thünen-Institutes Folkhard Isermeyer schlug vor, die deutsche Politik solle verstärkt darauf setzen, kraftvolle nationale Strategien zu entwickeln und die EU-Agrarpolitik als eine Finanzierungsquelle zu nutzen, um wichtige agrarpolitische Herausforderungen zu bewältigen. Dafür müsste aus Sicht der Tagungsteilnehmer auch der bürokratische Aufwand für Landwirte zum Erhalt von Geld für Umweltdienstleistungen verringert werden. Zudem sollten umweltgerecht wirtschaftende Höfe so gefördert werden, dass ihre Existenz gesichert ist.

Reinhild Benning von Germanwatch plädierte für „eine Konzentration auf unseren europäischen Binnenmarkt und transparente erkennbare Qualitätsproduktion. Für Bauern, Umwelt, Tiere und Verbraucher.“ [mbu]

- Positionspapier Habeck und Häusling (PDF): [www.kurzlink.de/eugapreform-h-h-2016](http://www.kurzlink.de/eugapreform-h-h-2016)

## Insektizide

### Neuer bienenschädlicher Stoff in der EU zugelassen

■ Trotz Warnungen der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA hat die EU-Kommission das Insektenbekämpfungsmittel Cyantraniliprol für den EU-Markt genehmigt. Die Konzerne DuPont und Syngenta hatten vor fünf Jahren die Zulassung für Großbritannien beantragt.

Ab Mitte September darf die Chemikalie zehn Jahre lang in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Zwar erklärte die EFSA die Substanz grundsätzlich für unbedenklich, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass Gefahren für Honigbienen nicht ausgeschlossen werden können. Es seien nicht alle potenziellen Folgen wissenschaftlich erfasst worden. Wenn die Bienen etwa Apfelblüten anfliegen, bestehe ein hohes Risiko für die Gesundheit der Bienen. Zudem könnten Rückstände von Cyantraniliprol die Qualität des Grundwassers beeinträchtigen.

Sollten die Mitgliedstaaten während der Genehmigungszeit negative Auswirkungen auf Bienen feststellen, seien Maßnahmen zur Schadensbegrenzung einzuleiten, hieß es seitens der EU-Kommission. Dass solche Maßnahmen wirksam sind, bezweifelt das britische Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN UK). Der Direktor der NGO Keith Tyrell bezeichnete gegenüber dem europäischen Infodienst ENDS die Zulassung der Chemikalie als äußerst verantwortungslos. [mbu]

- EU-Verordnung über Pflanzenschutzmittel: [www.kurzlink.de/eu-vo-pflanzschutz](http://www.kurzlink.de/eu-vo-pflanzschutz)
- EFSA-Bericht über Cyantraniliprol: [www.onlinelibrary.wiley.com/doi/10.2903/j.efsa.2014.3814/epdf](http://www.onlinelibrary.wiley.com/doi/10.2903/j.efsa.2014.3814/epdf)
- PAN UK: [www.pan-uk.org](http://www.pan-uk.org)

## Pflanzengift

### Schwarze Liste warnt

■ Greenpeace hat im Sommer eine Liste mit 209 Pestiziden veröffentlicht, die der menschlichen Gesundheit und der Umwelt

schaden und trotzdem in der europäischen Land- und Lebensmittelwirtschaft eingesetzt werden. Die Umweltschutzorganisation forderte die Bundesregierung auf, sich für ein EU-weites Verbot der gefährlichsten Pestizide einzusetzen.

Immer mehr Pestizide kommen in der konventionellen Landwirtschaft zum Einsatz. Die Studie untersucht die Pestizide auf ihre Gesundheitsgefahren, die Umweltgefährlichkeit, hormonelle Eigenschaften und ihr Verhalten in der Umwelt. 209 Wirkstoffe schneiden besonders schlecht ab. Darunter sind auch die bienengefährdenden Neonicotinoide und das umstrittene Herbizid Glyphosat.

„Mehr als ein Drittel der in Europa verwendeten Pestizide sollten verboten werden. Der Einsatz dieser Pestizide in der Produktion von Obst, Gemüse und Getreide gefährdet unsere Gesundheit und die Umwelt. Wir brauchen dringend einen Wandel in der Landwirtschaft. Die schwarze Liste von Greenpeace kann dazu beitragen, die Lebensmittelproduktion schrittweise zu verbessern“, sagte Christiane Huxdorff von Greenpeace. [ej]

- Schwarze Liste: [www.kurzlink.de/s-pestizidliste-2016](http://www.kurzlink.de/s-pestizidliste-2016)

## Agrarministerkonferenz

### Überleben von kleinen und mittleren Höfen garantieren

■ „Vielen Bäuerinnen und Bauern steht das Wasser bis zum Hals. Stoppt das Höfesterben!“. Mit dieser Botschaft haben die Kampagne „Meine Landwirtschaft“, Aktion Agrar und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) anlässlich der Bund-Länder-Agrarministerkonferenz im September in Warnemünde auf die existenzbedrohende Lage vieler Landwirte hingewiesen.

In den vergangenen zehn Jahren schlossen 40.000 Milchvieh- und 64.000 Schweinehaltende Betriebe die Höftore – und 2016 setzt sich das Höfesterben fort. Die Landwirte und ihre Unterstützer appellierten an



Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt und die Landesminister, die Milchmenge zu reduzieren, kleinere und mittlere Betriebe zu fördern und 500 Millionen Euro für artgerechte Tierhaltung und Ökolandbau bereitzustellen.

Um weitere Überschüsse in der Landwirtschaft zu vermeiden, seien sowohl ein Marktverantwortungsprogramm als auch ein Programm der Milchqualitätsinitiative notwendig, forderte das Bündnis aus Zivilgesellschaft und Landwirten. Für das Milchpreisdumping macht Jochen Fritz, der Sprecher der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ auch die Agrarindustrie verantwortlich. So betreibe etwa das Deutsche Milchkontor (DMK) Kapitalvernichtung in Millionenhöhe und zerstöre mit Exportdumping die Projekte kleinbäuerlicher Milchwirtschaft in den ärmeren Ländern der Welt.

Der Bundesgeschäftsführer der AbL Georg Janßen betonte, dass die Länderagrarminister im Gegensatz zur Bundesregierung einen verantwortungsvollen Kurs mit vernünftigen Forderungen zur Mengenreduzierung eingebracht hätten, die das Bündnis unterstützt. Die Erzeugung müsse auf die Regionen und den EU-Binnenmarkt statt auf den Weltmarkt ausgerichtet werden, ergänzte Jutta Sundermann von der Aktion Agrar. [mbu]

► [www.meine-landwirtschaft.de/presse](http://www.meine-landwirtschaft.de/presse)

## Erfindungen

### Weniger Gentechnikpatente auf Pflanzen und Tiere

■ Das Europäische Patentamt hat 2015 nicht so viele Patentanmeldungen für gentechnisch veränderte Nutzpflanzen und -tiere bearbeitet wie im Jahr zuvor. Auch die Zahl veröffentlichter Patente für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) sank 2015 auf 167. Das geht aus dem zweiten Biopatentbericht der Bundesregierung hervor, der im Sommer veröffentlicht wurde.

Die 167 erteilten GVO-Patente gelten für 135 Pflanzen und 32 Tiere. Damit geht es bei rund 80 Prozent aller angemeldeten und erteilten Patente für Nutzpflanzen darum, genmodifizierte Organismen herzustellen oder zu verwenden. Bei den Tierpatenten sind es etwa 50 Prozent. Insgesamt wurden im Jahr 2015 laut Biopatentbericht 244 landwirtschaftlich relevante Patente erteilt. Das waren 54 mehr als im Jahr 2014.

Nach wie vor werden also auch konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere patentiert. Hier sehen die Autoren des Berichts aus den zuständigen Ministerien für Landwirtschaft und Justiz politischen Handlungsbedarf. Denn nach dem deutschen Patentgesetz gilt Patentschutz zwar für gentechnisch veränderte, aber nicht

für konventionelle Züchtungen. Die große Beschwerdekammer des Europäischen Patentamts hatte jedoch Patente auf Pflanzen bestätigt, die durch „im Wesentlichen biologische Verfahren“ geschaffen worden sind. Dazu gehören Patente auf konventionell gezüchteten Brokkoli sowie eine Tomatensorte, die weniger schnell schrumpelt.

Die Bundesregierung will nach eigenen Angaben für Klärung in dieser Grauzone sorgen. [mbu]

► Bericht der Bundesregierung über Patente in der Biotechnologie (06.2016): [www.kurzlink.de/biotech-patente2016](http://www.kurzlink.de/biotech-patente2016)

## NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

### Naturschutz international

#### Hawaii-Vereinbarungen

■ Mehrere Tausend Regierungs- und NichtregierungsvertreterInnen haben im September über die Zukunft des weltweiten Naturschutzes diskutiert. Die Delegierten der Weltnaturschutzunion (IUCN) einigten sich unter anderem auf ein Verbot des Elfenbeinhandels auch in Binnenmärkten sowie neue Meeres- und Landgebiete mit

## Der Restaurantguide für regionale Küche

Über 500 Lokale, über 130 Neueinträge, dazu das »ABC der regionalen Köstlichkeiten« – der Genussführer von Slow Food präsentiert sich mehr denn je als Restaurantguide für all diejenigen, denen die Bewahrung regionaler Geschmacksvielfalt am Herzen liegt.

### Slow Food Deutschland e.V. (Hrsg.) Slow Food Genussführer Deutschland 2017/18



oekom verlag, München  
616 Seiten, gebunden, Lesebändchen  
24,95 Euro  
ISBN: 978-3-86581-809-6  
Im Handel ab dem: 26.09.2016  
Auch als E-Book erhältlich



oekom.de

DIE GUTEN SEITEN DER ZUKUNFT



## politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

### Erdverbunden

Eine neue Politik für unsere Böden



Ausgebeutet, übernutzt, zubetoniert: Um öffentlichkeitswirksam auf die Probleme unseres Umgangs mit Böden aufmerksam zu machen und das Thema stärker auf der politischen Agenda zu verankern, haben die Vereinten Nationen 2015 zum „Internationalen Jahr der Böden“ erklärt. Die politische ökologie zieht Bilanz: Was hat das Jahr der Böden zum Schutz unserer Lebensgrundlage beigetragen? Haben Gesetzgeber und Gesellschaft den akuten Handlungsbedarf erkannt? Die Autor(inn)en entwerfen eine neue, zukunftsfähige Bodenschutzpolitik, die den Herausforderungen Flächenfraß, Versteppung und Klimawandel wirksam begegnet.

Mit Beiträgen von Frank Glante, Franz Makeschin, Robert Habeck, Gabriele Broll, Knut Ehlers, Christine Chemnitz u.v.m.



**Erdverbunden**  
politische ökologie (Band 146)  
144 Seiten, 17,95 EUR (zzgl. Versand),  
ISBN 978-3-86581-761-7

**Erhältlich im Buchhandel**  
oder bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de).  
Auch als E-Book erhältlich.

**oekom**  
verlag

hohem Schutzstatus, in denen industrielle Tätigkeiten verboten sind. Die neue Rote Liste wurde veröffentlicht, sie enthält knapp 83.000 Arten, von denen fast 24.000 vom Aussterben bedroht sind.

In den „Hawaii-Vereinbarungen“ stehen konkrete Empfehlungen der IUCN etwa zum illegalen Tierhandel. Neben der umstrittenen Entscheidung für ein nationales Elfenbeinhandelsverbot soll die besonders in Südafrika verbreitete Zucht von Löwen in Gefangenschaft als Jagdbeute ab 2020 verboten werden. Die Delegierten stimmten auch für ein Verbot der Waljagd zu wissenschaftlichen Zwecken.

Die IUCN-Mitglieder forderten außerdem bindende Gesetze für den Schutz der hohen See: Bis 2030 sollen 30 Prozent aller Meeresgebiete außerhalb von Hoheitsgebieten der Länder unter Schutz gestellt werden. Auch Urwälder und intakte Waldlandschaften sollen zukünftig besser geschützt werden. Die IUCN-Mitglieder wollen sich dafür einsetzen, dass noch mehr Gebiete zu „No-go-areas“ erklärt werden, in denen schädliche industrielle Tätigkeiten wie Bergbau, Öl- und Gasförderung oder Infrastrukturentwicklungen verboten sind. Bisher sind nur Weltnaturerbestätten offiziell anerkannt. Die IUCN-Mitglieder wollen intakte Wälder und Ökosysteme vor der industriellen Nutzung als Ölpalmenplantage schützen.

IUCN-Entscheidungen und -Empfehlungen sind zwar rechtlich nicht bindend, gelten aber als richtungsweisende Signale an die Weltgemeinschaft für andere Übereinkommen und auch nationale Entscheidungen im Naturschutzbereich. Denn nicht nur Nichtregierungsorganisationen, sondern auch Regierungen sind Mitglieder bei der IUCN. [jg]

► [www.iucnworldconservationcongress.org](http://www.iucnworldconservationcongress.org)

### EU-Studie

## Landwirtschaft contra Vogelschutz

■ Den Feldvögeln in Europa geht es immer schlechter und das liegt an der Intensivlandwirtschaft. Das geht aus einer

Studie verschiedener Forschungseinrichtungen und Umweltverbände hervor, die Mitte August in der Fachzeitschrift Conservation Letters erschien. Die Wissenschaftler untersuchten den Rückgang von Feldvögeln in Europa und die Auswirkungen der EU-Naturschutz- und Agrarpolitik. Sie kamen zu dem Schluss, dass die Vogelschutzrichtlinie und die Agrarumweltprogramme einen wichtigen Beitrag zum Erhalt vieler Vogelarten leisten. Sie könnten den Artenschwund aber nicht stoppen, da die Landwirtschaft durch die EU-Agrarförderung immer intensiver werde. Umweltverbände fordern deshalb eine Wende in der Agrarpolitik.

„Die EU setzt mit ihrer Agrarpolitik des ‚Immer mehr und immer größer‘ die falschen Signale. Europa braucht dringend einen Richtungswechsel, hin zu einer Agrarpolitik, die Naturschutzleistungen der Landwirte fördert und angemessen honoriert. Nicht die erfolgreichen Naturschutzrichtlinien brauchen einen grundlegenden Fitness-Check, sondern die EU-Agrarpolitik“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. [ej]

► Studie: [www.kurzlink.de/wfPAkus0x](http://www.kurzlink.de/wfPAkus0x)

► Stellungnahme NABU:  
[www.sachsen.nabu.de/news/2016/21120.html](http://www.sachsen.nabu.de/news/2016/21120.html)

### Brutvögel

## Massiver Rückgang

■ Ende August ist die neue Rote Liste der Brutvögel Deutschlands veröffentlicht worden. Darin wurde die Gefährdung der 248 heimischen Brutvogelarten wissenschaftlich bewertet. 118 Arten sind in einer der Gefährdungsstufen der Roten Liste gelandet, weitere 18 Arten in einer Vorwarnliste. Die Bilanz der neuen Roten Liste ist im Vergleich zu den vorherigen Fassungen negativ. Beispielsweise hat sich die Anzahl der in der Kategorie „gefährdet“ stehenden Arten von 14 auf nun 27 fast verdoppelt.

Deutscher Rat für Vogelschutz (DRV), Naturschutzbund Deutschland (NABU) und Landesbund für Vogelschutz (LBV) in Bayern sehen mit Sorge, dass gerade bisherige „Allerweltsarten“ wie Rauch-

und Mehlschwalbe oder auch der Hausperling immer seltener werden. Ehemals häufige Arten wie Mauersegler, Feldlerche und Kiebitz würden in vielen Regionen Deutschlands immer weniger. Dafür haben sich dank umfassender Schutzbemühungen die Bestände von Weißstorch und Seeadler deutlich erholt. Besonders betroffen seien die im Offenland brütenden Arten – bezieht man die Vorwarnliste mit ein, seien 87 Prozent dieser Arten gefährdet oder bereits ausgestorben. Braunkehlchen und Wiesenpieper gelten inzwischen als stark gefährdet, Goldammer und Wachtel stehen in der Vorwarnliste. Es fehle den Vögeln durch intensive Landnutzung und Zersplitterung der Lebensräume an geeigneten Brutplätzen und auch an Nahrung, da es außerdem dramatische Rückgänge bei den Insektenarten gibt.

Die Verbände fordern erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen wie extensive Landnutzung, abwechslungsreiche Landschaften mit Hecken, Weg- und Grabenränder sowie Brachen. „Natur- und Vogelschutz darf sich nicht nur auf Schutzgebiete beschränken, sondern muss auch in sogenannten Normallandschaften stattfinden. Die deutsche und die EU-Agrarpolitik müssen sich endlich dieser Verantwortung stellen“, mahnen die Verbände. [jg]

- [www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/artenschutz/rote-listen/21034.html](http://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/artenschutz/rote-listen/21034.html)

## Meeresvögel

### Bedrohlicher Schwund

■ Die Schutzstation Wattenmeer hat ein neues Projekt für bedrohte Meeresvögel gestartet. Denn viele Brutvögel an Nord- und Ostsee werden immer seltener. Brand- und Küstenseeschwalben sind laut Roter Liste ebenso wie die Zwergseeschwalben in Deutschland vom Aussterben bedroht.

Auf Föhr, Sylt und in Sankt Peter-Ording errichteten die Naturschützer in diesem Jahr flexible Ruhezonon, um die Neststandorte verschiedener Küstenvogelarten zu schützen. An anderer Stelle wird

zur Abwehr von Beutegreifern der Einsatz von Elektrozäunen erprobt. Der Erfolg dieser Maßnahmen wird dokumentiert. [jg]

- [www.kurzlink.de/sw-vogelschutz16](http://www.kurzlink.de/sw-vogelschutz16)

## EU-Bodenschutz

### EBI gestartet

■ Seit dem 12. September können sich Bürgerinnen und Bürger der EU für einen EU-weiten Bodenschutz einsetzen. Der feierliche Startschuss für die Europäische Bürgerinitiative (EBI) People4Soil wurde zehn Tage später bei Terra Madre del Gusto in Turin, dem wichtigsten internationalen Event für Nahrungsmittel und Gastronomie gesetzt. Die Bürgerinitiative unterstützen europaweit 300 Organisationen, unter anderem auch der Deutsche Naturschutzring. Nun gilt es, innerhalb eines Jahres eine Million Unterschriften innerhalb der EU zu sammeln. Ist die EBI erfolgreich, werden die Forderungen der EU-Kommission vorgelegt. So könnte eine EU-weite Gesetzgebung zum Bodenschutz wieder Fahrt aufnehmen. [lr]

- [www.people4soil.eu/index-de.php](http://www.people4soil.eu/index-de.php)
- [www.salonedelgusto.com/en/140821event/?ev=304](http://www.salonedelgusto.com/en/140821event/?ev=304)

## Flüchtlingspolitik

### Abschottung gefährdet Tierwanderrouten

■ Bären, Wölfe, Luchse und andere wandernde Tierarten sind durch die Flüchtlingspolitik und die Errichtung neuer Grenzzäune an den EU-Außengrenzen stärker gefährdet als zuvor. Das ist das Ergebnis einer länderübergreifenden Studie, die im Sommer im Wissenschaftsjournal Plos Biology erschien und Anfang September in der Tageszeitung taz aufgegriffen wurde. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Durchlässigkeit der Grenzen als wichtige Instrumente zum

Schutz wandernder Tierarten würden stark eingeschränkt – mit negativen Folgen auch für Wildtiere und grenznahe Natura-2000-Gebiete. Lebensräume würden zerstückelt, Tiere blieben in Nato-Stacheldrahtzäunen hängen, eine genetische Durchmischung finde nicht mehr statt. Auch die Grenze zwischen China und der Mongolei habe fatale Auswirkungen. [jg]

- [www.dx.doi.org/10.1371/journal.pbio.1002483](http://www.dx.doi.org/10.1371/journal.pbio.1002483)
- [www.taz.de/!5325329/](http://www.taz.de/!5325329/)

## Nationales Naturmonument

### Ivenacker Eichen

■ Mecklenburg-Vorpommern ist das erste Bundesland mit einem Nationalen Naturmonument. Diese Schutzkategorie wurde mit der Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes von 2010 in Deutschland eingeführt. Seit Anfang August sind die fast 1000-jährigen Eichen im Tiergarten der Stadt Ivenack mit diesem Titel ausgezeichnet. „Landschaftsausschnitte oder flächenhafte Naturerscheinungen von gesamtstaatlich herausragender Bedeutung“ können mit der Kategorie nationales Naturmonument einem „herausgehobenen Schutz“ unterstellt werden. Umwelt-Staatssekretär Jochen Flasbarth lobte beim Festakt das Engagement der Landesregierung für das Naturerbe und die Engagierten vor Ort für den Schutz der Ivenacker Eichen. Einer der Bäume ist die volumenreichste Eiche Europas. [jg]

- [www.bmub.bund.de](http://www.bmub.bund.de) (Pressemitteilungen, Nr. 186/16)

## TIERSCHUTZ & ETHIK

## Tiertransporte

### Zu eng und zu heiß

■ Die Anzahl von Verstößen bei der Beförderung von Tieren ist 2015 enorm gestiegen. Trotz rückläufiger Kontrollen gab

## Nachhaltigkeit

## A-Z



## W wie Weckruf

Unsere Gesellschaft hat im Zeichen der digitalen Revolution den Weg des Technizismus eingeschlagen. Die Risiken werden oft unterschätzt oder klein geredet. Diese Streitschrift plädiert für eine ganzheitliche Wahrnehmung der Risiken der Digitalisierung. Sie macht deutlich, dass es bei der digitalen Revolution nicht nur um technische, sondern auch um kulturelle Veränderungen und gravierende ethische Probleme geht.

W. Thiede  
**Digitaler Turmbau zu Babel**  
 Der Technikwahn und seine Folgen

238 Seiten, broschiert, 19,95 Euro,  
 ISBN 978-3-86581-727-3

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

  
 Die guten Seiten der Zukunft

es bei Schweinen 230 Prozent mehr Verstöße, bei Rindern sogar 312 Prozent mehr. Das geht aus einem Bericht der Bundesregierung an die EU-Kommission hervor. Der Deutsche Tierschutzbund und Vier Pfoten riefen die Politik dazu auf, endlich dagegen einzugreifen.

Die Tierschutzorganisationen sehen den Grund für die Steigerung in schwachen Gesetzen, zu wenigen Kontrollen und der inkonsequenten Ahndung von Verstößen. Die Mehrheit der Sanktionen bestehe nur aus Belehrungen oder Empfehlungen, Strafen gebe es so gut wie gar nicht, sagte Denise Schmidt von Vier Pfoten.

Die meisten Verstöße betrafen den Platz, der den Tieren zur Verfügung steht. Bei den Fahrten sind die Tiere oft bis zu 29 Stunden extremen Temperaturen und verletzungsbedingten Schmerzen ausgesetzt. Ruhe- und Melkzeiten werden nicht eingehalten, die Tiere sind gesundheitsbedingt dann nicht mehr transportfähig. Trotz Verbots gelangen einer Studie zufolge auch immer wieder hochträgliche Tiere in die Transporter, was den Tod von Jung- und Muttertier bedeuten kann.

Um das zu ändern, fordern die Tierschutzverbände intensivere Kontrollen sowie einheitliche und effiziente Sanktionen durch Polizei und Veterinärbehörden. Langfristig wollen sie die Lebetiertransporte reduzieren und durch den Transport von Kühlwaren und Zuchtmaterial ersetzen. [akm]

- ▶ Tierschutzbund: [www.kurzlink.de/sch\\_rind](http://www.kurzlink.de/sch_rind)
- ▶ Petition für ein Ende von Langstreckentransporten lebender Tiere: [www.kurzlink.de/4paws](http://www.kurzlink.de/4paws)

### Massentieranlagen

## Artgerechte Haltung gefordert

■ Bundesumweltministerin Barbara Hendricks plant eine Initiative zur stärkeren Regulierung der Massentierhaltung in Deutschland. Eine Allianz aus verschiedenen Tierschutz- und Umweltorganisationen fordert mehr Tierschutz in Ställen und eine Erschwerung der Massentierhaltung.

Auch müsse Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt Hendricks unterstützen, um gesetzliche Rahmenbedingungen für den Tierschutz schaffen zu können.

Medizinische Eingriffe bei Tieren wie das Kupieren von Schwänzen bei Schweinen oder das Schnabelkürzen bei Geflügel sollen gesetzlich verboten werden. Des Weiteren fordern die Verbände, dass die Kommunen mehr Mitbestimmungsrechte bei der Vergabe von Baugenehmigungen von landwirtschaftlichen Betrieben bekommen sollen, damit die Landwirtschaft eine höhere Akzeptanz in der Gesellschaft bekommt. Eine grundlegende Agrarreform auf nationaler und europäischer Ebene sei ebenfalls notwendig, damit ökologische Betriebe stärker gefördert werden können.

Der BUND fordert, dass Betriebe verpflichtet werden, das Futter für ihre Tiere selbst anzubauen. Um Umwelt und Grundwasser zu schützen, braucht es regionale und betriebliche Obergrenzen für die Anzahl der gehaltenen Tiere. Der Deutsche Tierschutzbund bekräftigt seine Forderung, verschärfte Tierhaltungsvorschriften einzuführen, um die nicht tiergerechte Haltung zu erschweren. EuroNatur kritisiert, dass die Massentierhaltung durch den Futtermittelanbau die Biodiversität negativ beeinträchtigt. Der Erzeugerverband Neuland bemängelt, dass der Staat noch immer Ställe finanziell unterstützt, die so eng seien, dass unter den Tieren Kannibalismus stattfindet. [mf]

- ▶ [www.kurzlink.de/tiere-stall-08.2016](http://www.kurzlink.de/tiere-stall-08.2016)

### UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

### Eurobarometer zu Umweltschutz

## Zweidrittelmehrheit

■ Der Umweltschutz gehört zu einem der Hauptanliegen der Europäerinnen und Europäer, so eine Anfang Juli veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage. Nur sieben Prozent wünschen sich demnach weniger EU-Beteiligung im Umweltbereich. Die 28.000 Befragten aus 28 Mitgliedstaaten sprechen

## Stellungnahme: Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie mit erheblichem Nachbesserungsbedarf

Mit ihrer 2030-Agenda haben die Vereinten Nationen 17 globale Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG – Sustainable Development Goals) beschlossen. Ein Regierungsentwurf für eine Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie liegt seit Sommer vor. Aus Sicht des Deutschen Naturschutzinges und seiner Mitgliedsorganisationen gibt es noch Optimierungspotenzial, sagt Florian Schöne.

Das Nachhaltigkeitsverständnis der Bundesregierung beruht nach wie vor auf dem überholten Konzept des Dreiecks aus ökologischen, sozialen und ökonomischen Belangen. Der immerhin vorhandene Ansatz, die planetaren Grenzen zu beachten, bleibt vage. Sämtliches Wirtschaften des Menschen muss aber innerhalb der Grenzen der Belastbarkeit der Ökosysteme erfolgen, denn intakte Ökosysteme sind die Grundlage zur Erreichung zahlreicher Nachhaltigkeitsziele und das Fundament einer Nachhaltigkeitsstrategie (NHS). Der notwendigen langfristigen Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen wird der Entwurf nicht gerecht.

In Deutschland sind der ökologische Fußabdruck sowie der Rohstoff- und Energieverbrauch viel zu groß. Der Verlust an Artenvielfalt, hohe Stickstoff- und Phosphateinträge, unzureichende Fortschritte im Klimaschutz sowie nicht nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster belegen dies. Wir brauchen eine ehrliche Bestandsaufnahme der Defizite. Eine kritische Betrachtung des Status quo ist aber im Entwurf nur punktuell enthalten. Die bestehende Nachhaltigkeitsarchitektur zeigt eklatante Schwächen und schafft es nicht, aktuellen Fehlentwicklungen entgegenzutreten: Der Kohleausstieg wird vertagt, die erneuerbaren Energien werden geschwächt, die Verkehrswende wird durch eine überholte Autopolitik sowie einen straßenlastigen Bundesverkehrswegeplan ausgebremst und die Agrarpolitik bleibt mit ihren undifferenzierten Direktzahlungen bei einer umweltschädlichen Subventionierung. Der Entwurf liefert nur wenige Anregungen, um diese schädlichen Politikmaßnahmen zu beenden. Der DNR fordert mehr Mut und Ehrgeiz zur Bewältigung der Herausforderungen. Dazu gehören ein Fahrplan zum Ausstieg aus der Kohle und eine nachhaltige Mobilität, die Agrarwende und die Beendigung umweltschädlicher Subventionen.

Zur Realisierung der 2030-Agenda ist ein umfassender und verbindlicher nationaler Umsetzungsplan erforderlich. Diesen muss die Zivilgesellschaft diskutieren und der Bundestag beraten und beschlie-

ßen. Sämtliche Gesetzesvorhaben und Sektorpolitikmaßnahmen müssen künftig auf Kohärenz mit der 2030-Agenda beziehungsweise der NHS geprüft und gegebenenfalls korrigiert werden. Ohne eine Abkehr vom Paradigma des quantitativen Wirtschaftswachstums sowie die Transformation hin zu einem nachhaltigen und gerechten Wirtschaftssystem wird die Erreichung zentraler Nachhaltigkeitsziele allerdings nicht möglich sein. Dazu gehört auch, alternative Messinstrumente und Indikatoren für Wohlstand und Entwicklung jenseits des Bruttoinlandsprodukts zu erarbeiten. Der Indikator „BIP je Einwohner“ eignet sich nicht, um eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land zu beschreiben. Eine systematische Umsetzung der SDGs braucht darüber hinaus durchsetzungsfähige Strukturen und institutionelle Reformen: Der Parlamentarische Beirat für Nachhaltige Entwicklung sollte aufgewertet und anderen Ausschüssen gleichgestellt werden. Es sollte eine/n Staatsminister/in für Nachhaltigkeit im Kanzleramt und Nachhaltigkeitsbeauftragte auf Abteilungsleiterbene in allen Ressorts geben. In Bund, Ländern, Kommunen, Zivilgesellschaft, Fachbehörden müssen ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden. Auch die Kapazitäten im Statistischen Bundesamt sind auszubauen. Alle Ziele und Indikatoren des Umsetzungsplans sollten – mit Beteiligung der Zivilgesellschaft – regelmäßig nachjustiert werden.

Die für den Entwurf der NHS ausgesuchten Indikatoren müssen erklärt und in einen plausiblen Zusammenhang gebracht werden, um ein kohärentes Nachhaltigkeitskonzept entlang von Wirkungsketten zu erhalten. Ein Großteil der Indikatoren wurde lediglich aus der alten NHS übernommen, obwohl deren bisherige Umsetzungsbewertung durch das Statistische Bundesamt durchweg schlecht beurteilt wurde – ohne eine Analyse der Gründe. Die getroffene Auswahl für Indikatoren ist zudem intransparent, sehr begrenzt und selektiv. Auffällig ist, dass insbesondere auch jene Bereiche, in denen Deutschland besonders große Defizite aufweist, im Bericht keine Erwähnung finden. Dazu gehören

zum Beispiel: der Einfluss der Landwirtschaft auf Biodiversität, Schadstoffbelastungen in Umwelt, im Boden und im Wasserkreislauf. Deutschland muss sich verpflichten, zu allen SDGs und globalen Indikatoren ausführlich und aufgeschlüsselt zu berichten.

Zudem werden Maßnahmen angeführt, die keinesfalls als nachhaltig angesehen werden können und von den Umweltverbänden zum Teil explizit abgelehnt werden wie die Ausrichtung der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik auf immer mehr Wachstum.

Es ist zu begrüßen, dass die Überlastung der natürlichen Lebensgrundlagen mit neuen Indikatoren zu den Bereichen Wasser, Ozeane, Feinstaub und Phosphor verstärkt thematisiert wird. Allerdings bleibt völlig unklar, wie die existierenden Probleme und Vollzugsdefizite bewältigt werden sollen. Begrüßenswert ist auch der geplante Bodenindikator, der aber noch besser ausgearbeitet werden muss. Klare Ziele im Bodenschutz mit Zeitrahmen fehlen bisher.

Schon in den internationalen Verhandlungen zur 2030-Agenda hat sich die Bundesregierung für die Aufnahme eines Bodenziels eingesetzt. Eine Ausarbeitung des bisher vage gehaltenen Indikators ist dringend erforderlich. Beim Flächenverbrauch sollte als Ziel eine Netto-Null-Bilanz bis 2030 ergänzt werden. Außerdem muss der durch Importe verlagerte globale Flächenverbrauch dargelegt und gesenkt werden, um die konsum- und handelsgetriebene Beeinträchtigung und Degradation von Ökosystemen in anderen Ländern zu stoppen.

Schließlich ist das Ziel für den Ökolandbau von 20 Prozent Flächenanteil an der deutschen Landwirtschaft für das Jahr 2030 anzustreben.

Vollständige Stellungnahme:  
[www.kurzlink.de/dnr-nhsentwurf2016](http://www.kurzlink.de/dnr-nhsentwurf2016)

**Florian Schöne ist Generalsekretär des Deutschen Naturschutzinges.**

sich in allen Politikbereichen mehrheitlich für mehr EU-Maßnahmen aus. Hauptprioritäten sind dabei Terrorismusbekämpfung und Arbeitslosigkeit. Neben dem Umweltbereich, in dem sich rund 67 Prozent der Befragten ein größeres Engagement der EU wünschen, sind 53 Prozent der Befragten für mehr Eingriffe durch die EU im Energiebereich. [ck]

- [www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/3808](http://www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/3808)

### EU-Ratspräsidentschaften

## Vorsitze bis 2030

■ Durch den geplanten EU-Austritt Großbritanniens („Brexit“) hat sich die Reihenfolge der EU-Ratspräsidentschaften verschoben. Kroatien wird 2020 erstmals den Vorsitz über die Ratssitzungen übernehmen. Damit verschiebt sich die bisherige Abfolge. Deutschland übernimmt im zweiten Halbjahr 2020. Immer drei aufeinanderfolgende Staaten arbeiten als Trio-Präsidentschaft zusammen. Der derzeitigen Dreiergruppe, bestehend aus den Niederlanden, der Slowakei und Malta, werden im zweiten Halbjahr 2017 und 2018 Estland, Bulgarien und Österreich folgen. Rumänien, Finnland und Kroatien übernehmen dann 2019 bis zum ersten Halbjahr 2020 den Ratsvorsitz. Deutschland bildet anschließend eine Dreiergruppe mit Portugal und Slowenien. [bv]

- [www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/3840](http://www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/3840)

### Nachhaltigkeit

## EU-Zukunftsvision

■ Das Nachhaltigkeitskonzept muss langfristig gesehen in jeden einzelnen Politikbereich der EU Eingang finden. Dies geht aus einem neuen Bericht von Karl Falkenberg, dem ehemaligen Direktor der Generaldirektion Umwelt und heutigem Berater für nachhaltige Entwicklung des

kommissionseigenen Thinktanks European Political Strategy Centre hervor.

In seinem als Impuls gedachten Bericht beschreibt Falkenberg Nachhaltigkeitsdefizite innerhalb einzelner Politikbereiche der EU und wie diesen entgegengewirkt werden könnte. So geht es beispielsweise um die Frage, wie man das heutige nicht nachhaltige Finanzsystem reformieren könnte oder welche Schritte zu einer nachhaltigen Landwirtschaft führen würden. In der Landwirtschaft spielen Ressourceneffizienz und -schutz, eine Verbesserung der „grünen Infrastruktur“ und der Ausbau von Agro-Ökologie eine zentrale Rolle. Nachhaltigkeit in den Bereichen internationaler Handel, Fischerei und Stadtplanung sind weitere Themenschwerpunkte des Berichts. Die Kommission hat angekündigt, im Oktober dieses Jahres einen noch ausführlicheren, auf jedes einzelne Nachhaltigkeitsziel eingehenden Bericht vorzulegen. [lg]

- Falkenbergbericht [engl.]: [www.kurzlink.de/sustainability-now](http://www.kurzlink.de/sustainability-now)

### Brexit-Gipfel

## Umweltforderungen

■ Am 16. September haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU in Bratislava, Slowakei, über die Zukunft der EU beraten. Die Erklärung „Europa eine Zukunft geben – Nachhaltigkeit zum Leitbild der EU machen!“ der Umwelt- und Entwicklungsdachverbände DNR und VENRO fordert die 27 in der EU verbleibenden Regierungen dazu auf, Europas Bürgerinnen und Bürger wieder in den Mittelpunkt einer Politik zu stellen, die einen ehrlichen Wandel hin zu einer nachhaltigen Entwicklung innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten einleitet. Auch die Green 10, der Zusammenschluss der zehn größten Umweltdachverbände in Brüssel, haben vor dem informellen Treffen in Bratislava den Präsidenten der EU-Institutionen ihre Prioritäten unterbreitet. In ihrem offenen Brief fordert der NGO-Zusammenschluss, dass als Konsequenz vom Brexit-Votum die EU einen

Transformationsprozess anstoßen müsse. Dieser solle die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Europas und die planetaren Grenzen in den Mittelpunkt stellen – geleitet von der globalen 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung und dem Klimadeal von Paris. Laut einer aktuellen EU-Umfrage gehört Umwelt zu den Bereichen, in denen sich die Europäerinnen und Europäer mehr EU wünschen. [bv, ck]

- Erklärung von DNR und VENRO: [www.dnr.de/aktuell/europa-eine-zukunft-geben](http://www.dnr.de/aktuell/europa-eine-zukunft-geben)
- Brief Green 10 (engl.): [www.kurzlink.de/Green10-prioritaeten](http://www.kurzlink.de/Green10-prioritaeten)

### Brexit-Steckbrief

## Ein Überblick aus Umweltsicht

■ Auch nach dem informellen Treffen der verbleibenden 27 EU-Staats- und Regierungschefs in Bratislava, Slowakei, bleiben die Unklarheiten über den Brexit sehr groß. Der neue DNR-Steckbrief „Ein Brexit für die Umwelt? Großbritanniens planloser EU-Austritt“ fasst den aktuellen Stand aus Umweltperspektive zusammen.

Der kompakte Überblick zu den Folgen des Brexit-Referendums erläutert allgemeine und umweltbezogene Konsequenzen auf europäischer sowie britischer und deutscher Ebene. Nach jetzigem Stand kann der Brexit sowohl negative als auch positive Auswirkungen auf die künftige Umwelt-, Klima- und Energiepolitik der EU haben. Offiziell wird Großbritannien den Austritt wohl erst zwischen Frühjahr und Herbst 2017 beantragen. [ck]

- [www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-brexit.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-brexit.pdf)

### Umweltverträglichkeitsprüfung

## Neue Leitlinien

■ Die EU-Kommission hat Ende Juli eine Mitteilung mit neuen Leitlinien für die Straffung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) veröffentlicht. Sie konzentriert sich auf bestimmte Phasen des UVP- ▶

## „Wir fordern eine neue Umweltpolitik“

**30 Jahre Umweltpolitik haben Deutschland verändert. Was müssen Politik und Gesellschaft leisten, damit auch künftige Generationen sozial und ökologisch verträglich leben können? Beim Festival zur Zukunft der Umwelt präsentierte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks mit dem Integrierten Umweltprogramm 2030 (IUP) ihre Pläne dazu.**

### **Frau Ministerin, in was für einer Umwelt werden die Menschen in Deutschland in 30 Jahren leben?**

Meine Vision ist, dass wir gut leben – innerhalb der ökologischen Belastbarkeitsgrenzen. Deutschland wird nach meinen Vorstellungen in 30 Jahren eine landestypische Vielfalt von Kulturlandschaften haben, in denen auch Platz für wild lebende Arten wie Wölfe oder Luchse ist. Dazu brauchen wir weiterhin Naturschutzgebiete und auch einige Wildnisgebiete. Die Menschen sollen auch 2050 in unserem dicht besiedelten Land viele Möglichkeiten haben, großflächige Wildnis zu erleben. Die Gewässer sind in einem guten Zustand und – wo immer möglich – gibt es wieder naturnahe und intakte Auen. Um diese Vision zu erreichen, ist allerdings ambitioniertes Handeln nötig. Grundsätzlich wünsche ich mir, dass unsere Ökosysteme auch widerstandsfähiger gegen die Auswirkungen des Klimawandels werden und der Flächenverbrauch gegen null tendiert.

### **Eine neue Umweltpolitik soll die Transformation vorantreiben. Mit welchen Rezepten und Instrumenten soll dies geschehen?**

Wir brauchen einen tief greifenden Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft, in unseren Lebensentwürfen – und auch in der Politik. Im BMUB denken wir derzeit darüber nach, wie eine „transformative Umweltpolitik“ aussehen könnte. Wie kann ein tief greifender Wandel, ein beschleunigter Übergang hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft gelingen? Auf diese Frage des „Wie?“ sind viele Antworten erst noch zu erarbeiten. Klar ist aber: Das BMUB kann diesen Wandel nicht allein herbeiführen. Dazu braucht es eine breite Allianz von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Mit meinem Umweltprogramm werbe ich dafür, die Notwendigkeit dieses Wandels und vor allem auch seine Chancen für unser Land, für eine lebenswerte Zukunft zu erkennen.

### **Wie wollen Sie die Umweltpolitik des Bundes stärken?**

Mir ist zum einen eine institutionelle Stärkung wichtig. Beispielsweise sollte mein Haus ein Initiativrecht in anderen Geschäftsbereichen erhalten. Das bedeutet, dass das BMUB in Angelegenheiten von umweltpolitischer Bedeutung Gesetzentwürfe in die Ressortabstimmung einbringen kann, wenn sie zum Beispiel ökologische

Aspekte der Landwirtschaft oder des Verkehrs betreffen. Damit bin ich schon beim nächsten Punkt: Wir müssen uns in der Bundesregierung verständigen, wie wir eine zukunftsfähige Landwirtschaft, eine nachhaltige Mobilität oder auch umweltverträglichen Konsum organisieren. Hier gibt es großen Handlungsbedarf. Um dabei wirklich voranzukommen, führt mein Programm eine Vielzahl konkreter Maßnahmen auf.

### **Auf welche Art soll die Zivilgesellschaft in den Prozess des ökologischen Wandels eingebunden werden?**

Ohne eine aktive Teilhabe der Zivilgesellschaft ist der ökologische Wandel nicht denkbar. Das BMUB wird daher Initiativen, die die gesellschaftlichen Veränderungen in Richtung Nachhaltigkeit vorantreiben, stärker als bisher unterstützen. Mein Haus beteiligt schon jetzt Bürgerinnen und Bürger intensiv an der Erarbeitung seiner Programme und Strategien – ob beim Klimaschutzplan 2050 oder beim Integrierten Umweltprogramm selbst. Unsere Position als Vorreiterressort wollen wir hierbei noch ausbauen. Auch wird sich mein Haus im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung dafür einsetzen, in der schulischen, außerschulischen und beruflichen Bildung Wissen und Kompetenzen zur aktiven Gestaltung gesellschaftlichen Wandels zu vermitteln. Wir wollen die Menschen dazu befähigen, Ideen für eine nachhaltige Entwicklung einzubringen und Umsetzungsstrategien zu entwickeln.

### **2015 startete die Naturschutzoffensive, um den Verlust der Artenvielfalt einzudämmen – was hat diese bisher erreicht und was sind die nächsten Schritte?**

Seit der Vorstellung der Naturschutzoffensive 2020 arbeitet das BMUB intensiv und auf verschiedenen Ebenen an ihrer Umsetzung. Lassen Sie mich einige wichtige Aktivitäten nennen: Im Bereich der Gewässer- und Auenentwicklung wird mit dem Bundesprogramm „Blaues Band Deutschland“ eine neue Qualität erreicht. Noch in diesem Jahr soll der Entwurf dem Bundeskabinett zur Billigung vorgelegt werden. Ich habe in der Umweltministerkonferenz, wie in der Naturschutzoffensive 2020 angekündigt, eine Wildnisinitiative ge-

startet. Die Länder beteiligen sich ganz überwiegend sehr engagiert daran. Wir müssen aber auch mehr über den Zustand der biologischen Vielfalt in Deutschland wissen – deshalb wurde vor Kurzem ein sehr aufwändiges Vorhaben zum Aufbau eines umfassenden Biodiversitätsmonitorings begonnen. Ein großer Erfolg ist es schließlich, dass der Naturschutz in der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz mit der Novellierung des GAK-Gesetzes deutlich gestärkt werden konnte – hier war der Rückenwind durch die Naturschutz-Offensive ein entscheidender Faktor.

### **Ein Großteil der Umweltgesetze wird in Brüssel angestoßen. Umweltpolitik hat bei der derzeitigen EU-Kommission aber nicht die höchste Priorität. Was kann Deutschland hier verbessern?**

Durch das EU-Umweltrecht sind Luft, Wasser und Böden jetzt in einem deutlich besseren Zustand. Aber längst nicht überall sind wir dort, wo wir im Interesse von Umwelt und Gesundheit sein wollen. Die Umsetzung des bestehenden Rechts muss noch viel besser werden. In Einzelfällen muss auch das Recht noch besser werden. Dies gilt insbesondere, aber nicht nur für den Klimabereich, um die in Paris verabredeten Ziele zu erreichen. Für die EU gilt noch mehr als für die nationale Ebene, dass wir Verbündete brauchen, um unsere politischen Ziele zu erreichen. Dafür und für die damit verbundenen Vorteile müssen wir noch besser bei der EU-Kommission, dem EU-Parlament und anderen Mitgliedstaaten, aber auch in Wirtschaft und Gesellschaft werben. Die beste Werbung ist natürlich, wenn man am eigenen Beispiel zeigen kann, dass es funktioniert. Ich wünsche mir sehr, dass wir wieder öfter Vorbild sind.

[Interview: Marion Busch]

**Die SPD-Politikerin Dr. Barbara Hendricks ist Bundesumweltministerin. Seit 1994 hat sie ein Bundestagsmandat.**

**Kontakt:**  
Tel. +49 (0)30 / 18305-2010, E-Mail: [presse@bmub.bund.de](mailto:presse@bmub.bund.de),  
[www.bmub.bund.de](http://www.bmub.bund.de)



Verfahrens und soll Umweltprüfungen im Rahmen gemeinsamer und/oder koordinierter Verfahren vereinfachen.

Die Mitteilung ist nicht verbindlich und lässt die Frage unberührt, ob die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, zwischen dem koordinierten und dem gemeinsamen Verfahren zu wählen oder beide miteinander zu kombinieren. Letztlich entscheidet der Gerichtshof der Europäischen Union über die endgültige Auslegung von EU-Rechtsvorschriften. **[Quelle: UDW]**

► [www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/3849](http://www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/3849)

### Brüsseler Umweltverbände

## „Heißer Draht“ aktualisiert

■ Wer arbeitet auf europäischer Ebene zu Agrarpolitik, Nanotechnologie, Tierversuchen oder Zugvogelschutz? Schnelle Antwort auf diese Fragen bietet die überarbeitete Neuauflage der Onlinepublikation „Die europäischen Umweltverbände: Der heiße Draht nach Brüssel“, herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring. Der „heiße Draht“ bietet ausführliche Informationen, Kontaktdaten und Ansprechpartner zu wichtigen Natur- und Umweltschutzorganisationen sowie Organisationszusammenschlüssen in Brüssel. Damit lässt sich die Zusammenarbeit zwischen Brüsseler Umweltorganisationen und den jeweiligen Mitgliedsorganisationen in den EU-Mitgliedstaaten leicht organisieren. **[lg]**

► [www.eu-koordination.de/PDF/heisser-draht-nach-bruessel-2016.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/heisser-draht-nach-bruessel-2016.pdf)

### Europäisches Semester

## Ökologisieren – sinnvoll, aber ineffektiv?

■ Für ein nachhaltiges Wachstum in Europa gilt das Europäische Semester als Hilfsmittel, um die wirtschafts- und währungspolitische Koordinierung der EU zu

verbessern. Doch wie steht es um die Umsetzung der Reformkonzepte mit Umweltbezug in den Mitgliedstaaten? Was schlägt die EU-Kommission den Mitgliedstaaten in den länderspezifischen Empfehlungen vor, wenn es um umwelt- und klimarelevante Themen geht? Der neue DNR-Steckbrief zum Greening des Europäischen Semesters bringt Licht in die Wirren des jährlichen Semesterprozesses. Es geht insbesondere um die neuen Prioritäten der Juncker-Kommission sowie um die weitreichende Kritik an der Umsetzung des Europäischen Semesters im Allgemeinen und der Ökologisierung des Semesters im Speziellen. **[es]**

► [www.eu-koordination.de/PDF/2016-sb-greening-europae-semester.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/2016-sb-greening-europae-semester.pdf)

### Umwelt- und Sozialstandards

## Weltbank bestimmt neuen Rahmen

■ Ein neuer Umwelt- und Sozialrahmen soll zukünftig den Schutz von Menschen und Umwelt in von der Weltbank finanzierten Projekten erhöhen. Dies hat Anfang August das Präsidium der Weltbank nach einer vierjährigen Evaluierung beschlossen. Der Rahmen umfasst auch zehn Umwelt- und Sozialstandards, die aus einer Konsultation mit fast 8.000 Interessenträgern wie Regierungen, Entwicklungsexperten und Gruppen der Zivilgesellschaft aus 63 Ländern umfassen. **[bv]**

► [www.kurzlink.de/weltbank-env-frame](http://www.kurzlink.de/weltbank-env-frame)

### Drehtüreffekt

## Regierung setzt Gremium ein

■ Die Bundesregierung hat Ende Juli die Mitglieder des Beratergremiums zum Wechsel von Kabinettsmitgliedern in Posten außerhalb des Öffentlichen Diensts benannt. Das soll den Seitenwechsel zwischen Politik und Wirtschaft reglementieren. Denn häufig wechseln Personen „auf die andere Seite des

Verhandlungstisches“. Seit 2015 müssen Kabinettsmitglieder einen solchen Berufswechsel vorher schriftlich melden. Sollte eine Prüfung der Aufgabengebiete problematische Überschneidungen ergeben, kann das Gremium eine entsprechende Karenzzeit von bis zu 18 Monaten empfehlen. Transparency International und Lobbycontrol drängen jetzt auf eine schnelle Einrichtung des Gremiums, da die ersten Entscheidungen bereits zur Bundestagswahl 2017 anstehen. Die Berufung der Mitglieder durch den Bundespräsidenten steht noch aus. **[akm]**

► Kieler Nachrichten: [www.kurzlink.de/bergre](http://www.kurzlink.de/bergre)

### Aarhus-Konvention I

## UN-Ausschuss wirft EU Rechtsbruch vor

■ Der Gerichtshof der EU hat falsche Urteile zum Klagerecht von Verbänden in Umweltangelegenheiten gefällt. Dies geht aus einem Ende Juni veröffentlichten Entscheidungsentwurf des Compliance-Ausschusses des Aarhus-Übereinkommens hervor. Der Ausschuss mahnt die Umsetzung der Konvention in der EU an.

Bereits 2011 bemängelte das Aarhus Compliance Committee, dass aufgrund von Fehlinterpretationen der Konvention durch den Europäischen Gerichtshof der Zugang zu Gerichten blockiert werde und somit ein Rechtsbruch bestehe. Seitdem hat sich daran wenig geändert. Dies veranlasst den Ausschuss nun dazu, offiziell einen Rechtsbruch der EU bei der Aarhus-Konvention festzustellen und eine Gesetzesänderung einzufordern. Eigentlich wollte die EU-Kommission noch dieses Jahr einen Vorschlag präsentieren, wie der Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten verbessert werden könnte. Dieser Vorschlag bleibt bisher jedoch aus. Die offizielle, aber nicht rechtsverbindliche Entscheidung des Compliance-Ausschusses wird bis Ende September erwartet. Die sowohl von allen EU-Mitgliedern als auch von der Europäischen Union selbst unterzeichnete Aarhus-Konvention trat im Oktober 2001



in Kraft und soll den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten sicherstellen. Insbesondere eine Erleichterung beim Zugang zu Gerichten in der EU ist bisher jedoch nicht erkennbar. [lg]

► [www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/3837](http://www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/3837)

## Aarhus-Konvention II

### Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz im Bundestag

■ Die Bundesregierung hat das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz (UmwRG) überarbeitet und Anfang September dem Deutschen Bundestag zur Entscheidung vorgelegt. Bisher entsprechen das deutsche Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz und das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nicht vollständig den europä- und völkerrechtlichen Vorgaben. So stimmen die Regelungen über den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten nur teilweise mit der Aarhus-Konvention der UN-Unterorganisation für Europa UNECE überein. Auch mehrere Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union erfor-

dern eine Anpassung des UmwRG. Geht es nach der Bundesregierung, sollen die europä- und völkerrechtlichen Vorgaben nun durch eine 1:1-Umsetzung ins UmwRG übernommen werden. Unter anderem soll in Zulassungsverfahren die Frist für die Öffentlichkeit zur Erhebung von Einwänden um zwei Wochen verlängert werden. Im Fall von komplexen Zulassungsverfahren soll auch eine weitere Verlängerung der Frist möglich sein. Umweltverbände könnten damit in Zukunft außerdem „Entscheidungen über die Annahme von Plänen und Programmen“ per Gericht überprüfen lassen. [ck]

► Gesetzentwurf: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/095/1809526.pdf>

## VERKEHR & TOURISMUS

### Pkw-Emissionen EU

#### Aufklärung geht weiter

■ Mitte September hat das Europäische Parlament einen Zwischenbericht des Untersuchungsausschusses zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (EMIS) verabschiedet. Im Plenum kritisierten

mehrere Abgeordnete, dass die EU-Kommission nicht ausreichend Informationen bereitstelle und somit die Klärung des Abgaskandals behindere.

Vor dem EMIS sagten zuvor die amtierende Kommissarin für den Binnenmarkt Elżbieta Bieńkowska und die früheren EU-Kommissare (2010 – 2014) für Umwelt Janez Potočnik sowie für Industrie und Unternehmertum Antonio Tajani aus. Der derzeitige Kommissar für Umwelt Karmenu Vella äußerte sich nur schriftlich. Alle vier haben nach eigenen Angaben nichts von den Betrügereien bei Abgastests durch Automobilhersteller gewusst. Potočnik betonte, er habe seit 2011 Fahrzeugherstellern Fragen gestellt, warum sich Messwerte unter Laborbedingungen stark von denen auf der Straße unterscheiden. Der Verdacht der Manipulation sei jedoch nie aufgekommen.

„Es entsteht das Bild einer Europäischen Kommission, die entweder unfähig oder nicht gewillt war, etwas gegen die zunehmende Diskrepanz zwischen realen Emissionen auf der Straße und den Emissionen im Labortest zu unternehmen. Zweitens sehen wir, dass die Mitgliedstaaten bei der Einführung und Durchsetzung der Emissionsrichtlinien nicht streng genug waren“, sagte Gerben-Jan Gerbrandy (ALDE), Ko-Berichtersteller des EMIS.

EMIS-Mitglied Ismail Ertug (S&D) ergänzte: „Die Kommission beantwortet un-

## Anders reisen leicht gemacht

»Individuell, sauber, fair« – nach dieser Devise ist Frank Herrmann unterwegs. Wie das geht, zeigt er in seinem Handbuch FAIRreisen. Neben vielen Tipps und Adressen informiert das Buch umfassend über die Umweltauswirkungen des Tourismusbooms.

Frank Herrmann

### FAIRreisen

Das Handbuch für alle, die umweltbewusst unterwegs sein wollen



oekom verlag, München  
328 Seiten, Paperback  
19,95 Euro  
ISBN: 978-3-86581-808-9  
Im Handel ab dem: 25.07.2016  
Auch als E-Book erhältlich



oekom.de

DIE GUTEN SEITEN DER ZUKUNFT

 oekom

sere Fragen nur ausweichend oder gar nicht. Keine schriftliche Anfrage wird innerhalb der Frist beantwortet. Im Ausschuss werden uns Dokumente nur zögerlich und teilweise lückenhaft bereitgestellt.“ [aw]

- EMIS: [www.europarl.europa.eu/news/de/top-stories/20160909TST41703/abgasskandal](http://www.europarl.europa.eu/news/de/top-stories/20160909TST41703/abgasskandal)

## Verkehrsinfrastruktur

### Letzte Ausfahrt Umweltdesaster 2030

■ Führende Umweltorganisationen in Deutschland haben den – von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt erarbeiteten und vom Bundeskabinett verabschiedeten – Entwurf zum Bundesverkehrswegeplan (BVWP) aufgrund fehlender Umweltschutzmaßnahmen kritisiert.

Anfang September erklärten der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Germanwatch, der Naturschutzbund Deutschland (NABU) und der Verkehrsclub Deutschland (VCD), dass alle zwölf im Umweltbericht des BVWP genannten Zielvorgaben für den Umweltschutz nicht erfüllt seien. „Das gesamte Verfahren ist damit zu einer völligen Farce verkommen“, sagte Ludwig Wucherpfenig, Präsidiumsmitglied des DNR. Die Organisationen fordern deshalb substanzielle Nachbesserungen durch Bundestag und Bundesrat. Vor allem kritisierten sie, dass das Bundesverkehrsministerium (BMVI) umweltschonenden und preiswerteren Alternativen keinen Vorrang einräume.

Der BVWP sieht den Bau von 1.281 neuen Fernstraßen vor. Als überdimensioniert und überflüssig bewertet der Leiter Verkehrspolitik des BUND Werner Reh die geplanten Autobahnen und Ortsumgehungen. Es bestehe die Gefahr, dass dadurch etwa Brückenerneuerungen vernachlässigt würden. Es geht um viel Geld. Bundesländer würden hohe Summen aus dem Bundeshaushalt erhalten, die bei umweltverträglichen und kostengünstigen Alternativen geringer ausfallen würden, so Reh weiter.

Den Umweltverbänden zufolge hat der BVWP nicht allein die Zerstörung der Umwelt zur Folge. Der Entwurf ignoriere auch die Bedeutung von Verkehrsinfrastruktur im Kampf gegen den Klimawandel. Lediglich auf Elektromobilität und effizientere Motoren zu setzen, reiche nicht aus, machte Christoph Bals, politischer Geschäftsführer von Germanwatch deutlich.

Ein weiteres Problem ist die hohe Flächenbeanspruchung. 170 Natura-2000-Gebiete würden in Mitleidenschaft gezogen sowie 250 noch zusammenhängende Flächen zerschnitten, schätzte Dietmar Oeliger, Leiter des Ressorts Verkehrspolitik beim NABU.

Enormer Nachholbedarf besteht im Bereich des Schienenverkehrs. 26 Baumaßnahmen seien im BVWP als vorrangig eingestuft, 40 weitere Projekte dagegen noch nicht einmal bewertet, monierte der VCD-Bundesvorsitzende Michael Ziesak. Er verlangt daher langfristig mehr Investitionen in den Schienenverkehr, um die Netzkapazität zu erhöhen und um letztlich Klimaschutzziele zu realisieren. [aw]

- Gemeinsame Stellungnahme: [www.dnr.de/presse/presseinformation-01092016](http://www.dnr.de/presse/presseinformation-01092016)

## Pkw-Emissionen national

### Neue Studie, alte Probleme

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat 36 Dieselfahrzeuge verschiedener Automobilhersteller getestet. Das Ergebnis: Nur drei Modelle halten die Grenzwerte von Stickoxid- und Kohlendioxidemissionen ein. Ein Ford Mondeo überschreitet die Grenzwerte um mehr als das Neunfache und ist somit das umweltschädlichste Modell. Zwei weitere Modelle von Ford, aber auch Fahrzeugtypen der Hersteller Opel, Renault/Nissan, Mercedes, BMW, Jeep und Volvo finden sich ganz oben auf der Liste der dreckigsten Euro 6-Diesel-Pkw.

Drei Modelle erfüllen die Vorgaben, was beweist, dass eine effektive Abgasfilterung machbar ist. Dazu gehören ein Audi Q3, ein Mercedes E220d und ein VW T6. Die im September veröffentlichte Studie beruht auf Messergebnissen des im Früh-

jahr 2016 gegründeten Emissions-Kontroll-Instituts (EKI) der DUH. Die Abgasuntersuchungen hat das EKI unter realen Bedingungen auf der Straße zwischen Mai und September dieses Jahres bei vorwiegend warmen Temperaturen durchgeführt.

Man könne davon ausgehen, dass bei niedrigeren Außentemperaturen die Messwerte von Stickoxid und Kohlendioxid noch schlechter ausfielen. Die DUH kündigte eine Wiederholung des Abgastests für die Wintermonate an. [aw]

- EKI-Bericht: [www.duh.de/uploads/media/EKI-Bericht\\_NOx\\_und\\_CO2-PEMS-Messungen\\_DUH.pdf](http://www.duh.de/uploads/media/EKI-Bericht_NOx_und_CO2-PEMS-Messungen_DUH.pdf)

## Urbane Mobilität

### Einfach zu Fuß gehen

■ In deutschen Städten soll der Verkehr per pedes attraktiver gemacht werden. Dafür setzt sich Fuß e.V. – Fachverband Fußverkehr Deutschland ein. Ein Expertengremium soll bis März 2018 einen Leitfaden für eine nationale Fußverkehrsstrategie entwickeln.

Zur Auftaktveranstaltung im September in Berlin wurden die Vorteile des Zufußgehens in der Stadt aufgezeigt. Im Vergleich zu motorisierten Fortbewegungsmitteln verursache ein Fußgänger weniger Lärm, emittiere keine Schadstoffe und benötige weniger Platz, erläuterte Bernd Herzog-Schlagk vom Verband Fuß. Fußgänger trügen wesentlich dazu bei, drängende urbane Mobilitätsprobleme zu lösen. Daher sei die Förderung des Fußverkehrs so wichtig.

Nach Aussage des Expertengremiums ist dies in Deutschland durch die Politik bislang vernachlässigt worden. Die Nachbarländer Schweiz und Österreich seien mit nationalen Konzepten fortschrittlicher. Und auch Großstädte wie London, Kopenhagen oder San Francisco entdeckten Fußgänger für sich und für eine strategische Neuausrichtung ihrer Verkehrsplanung.

Unterstützt wird das Projekt vom Umweltbundesamt, vom Bundesumweltministerium sowie durch Spenden. [aw]

- [www.fussverkehrsstrategie.de](http://www.fussverkehrsstrategie.de)

## WASSER &amp; MEERE

## Nordsee

## Erster EU-Mehrjahresplan

■ Mindestens sieben verschiedene Küstenstaaten der EU und Norwegen betreiben in der Nordsee Fischerei. Anfang August hat die EU-Kommission dafür erstmals einen Mehrjahresplan vorgeschlagen. Laut Kommission werden Fanggrenzen auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse festgelegt.

EU-Umweltkommissar Karmenu Vella will mit diesem Instrument Entscheidungsbefugnisse auf die regionale Ebene verlagern. Er sagte: „Das langfristig angelegte Konzept dient nicht nur dazu, den Erhaltungszustand von Beständen zu verbessern, sondern auch den Fischern langfristig mehr Planungssicherheit zu geben.“

Der vorgesehene Nordsee-Mehrjahresplan regelt die Bewirtschaftung für Grundfischarten, die in diesem Gewässer über 70 Prozent des gesamten Fischereisektors ausmachen. Der Vorschlag würde den derzeitigen Wiederauffüllungsplan für Kabeljau und den Plan für Scholle und Seezunge ersetzen. EU-Mehrjahrespläne müssen die Standards zum höchstmöglichen Dauerertrag und zum guten Zustand der Fischbestände beachten.

Der gute Zustand der Fischbestände ist in der Nordsee durch langjährige Überfischung gefährdet. Die Meeresschutzorganisation Oceana sammelt auf Expeditionen Daten zu den zurückgegangenen Fischbeständen und deren Habitaten. Diese sollen der künftigen Ausweisung von Meeresschutzgebieten dienen. [ab]

- ▶ [www.kurzlink.de/eunordsee16](http://www.kurzlink.de/eunordsee16)
- ▶ Oceana: [www.kurzlink.de/oceananorthsee16](http://www.kurzlink.de/oceananorthsee16)

## Ostsee

## EU-Vorschlag für Fangquoten

■ Die EU-Kommission hat Ende August ihren Vorschlag zu den jährlichen Fangquoten für die Ostsee im Jahr 2017 vorgelegt. Für sechs der zehn Fischbestände gelten größere Fangmengen. Dank der Erholung der Bestände dürfen 95 Prozent mehr Schollen gefangen werden als im laufenden Jahr. Für die gefährdeten Dorschbestände gibt es dagegen bisher keine konkreten Angaben, hier will die Behörde weitere Daten erheben.

Ab 2017 gilt, dass Fischer alle Fänge von Scholle an Land bringen müssen, was dazu beitragen soll, die verschwenderische Rückwurfpraxis kleinerer Fische zu beenden. Bei zwei Fischarten – Hering im Golf von Riga und Lachs im finnischen Meerbu-

sen – sollen die Fangmengen eingeschränkt werden. Laut EU-Kommission könnten sich durch die größeren erlaubten Fangmengen die sozioökonomische Gewinne im Ostseefischereisektor insgesamt um 13 Millionen Euro erhöhen, allerdings mit erheblichen Unterschieden zwischen den einzelnen Schiffsflotten.

Die Meeresschutzorganisation Oceana kritisiert, dass die EU-Kommission bisher keine Fanggrenzen für die Ostseedorschbestände vorgeschlagen hat, obwohl wissenschaftliche Gutachten des Internationalen Rates für Meeresforschung (ICES) vorliegen. Die EU-Kommission habe „bewusst den alarmierenden Zustand des schwindenden Dorschs ignoriert“. Zum Schutz der Dorschbestände bestehe ein dringender Bedarf für strengere Maßnahmen, die EU-Kommission weigere sich aber bisher, Gesamtfangmengen oder ein Ende der Fischerei vorzuschlagen. Lasse Gustavsson, geschäftsführender Direktor von Oceana in Europa, betonte, es könne nicht von der sozioökonomischen Nachhaltigkeit der Fischereiindustrie gesprochen werden, solange es eine Misswirtschaft bei den natürlichen Ressourcen gebe. „Es gibt keine Fischerei in einem leeren Meer“, sagte Gustavsson. [jj]

- ▶ [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP/16/2849)
- ▶ Kritik OCEANA: [www.kurzlink.de/oceanaostsee16](http://www.kurzlink.de/oceanaostsee16)



**Forum**  
Nachhaltig Wirtschaften

## Zukunft gestalten

Top informiert mit dem Entscheider-Magazin für nachhaltiges Wirtschaften und Corporate Social Responsibility!

Jetzt für 7,50 EUR am Kiosk oder unter [www.forum-csr.net/Abo](http://www.forum-csr.net/Abo).  
Auch als e-Magazin oder PDF.  
Tel.: +49 (0)89 / 74 66 11 - 10  
Mail: [abo@forum-csr.net](mailto:abo@forum-csr.net)



Ölunfälle in Deutschland**Chemische Bekämpfung bewertet**

■ Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hat Nutzen und Risiken sogenannter Dispergatoren untersucht. Dispergatoren sind Stoffgemische, die beispielsweise nach einem Tankerunfall den Ölfilm auf der Wasseroberfläche in kleine Tröpfchen zerlegen können.

Neben mechanischen Methoden wie Ölsperren und Absaugen können die Folgen von Ölkatastrophen auch mit Dispergatoren bekämpft werden, damit Küsten und Seevögel möglichst nicht in Kontakt mit dem Öl kommen. Dies kann aber negative Folgen für wasser- und sedimentbewohnende Organismen haben. Außerdem entstehen bei aufgewühlter See gesundheitsschädliche Aerosole in der Luft, sodass die Küstenbevölkerung betroffen sein könnte. Eine Risikobewertung für den Einsatz vor deutschen Küsten lag bisher nicht vor. [jg]

- ▶ [www.bfr.bund.de/cm/350/the-use-of-dispersants-to-combat-oil-spills-in-germany-at-sea.pdf](http://www.bfr.bund.de/cm/350/the-use-of-dispersants-to-combat-oil-spills-in-germany-at-sea.pdf)

Küstensäuberungsaktionen**Plastikpiraten und Wasserretter**

■ Der 17. September ist weltweiter Küstensäuberungsaktionstag. Der Deutsche Kanu-Verband (DKV), der Deutsche Segler-Verband (DSV), der Verband Deutscher Sporttaucher (VDST) und der NABU riefen zur Beteiligung auf und starteten eine neue Internetseite. Wassersportler und Naturliebhaber können als Gewässerretter entdeckten Müll dokumentieren und melden. Die gesammelten Daten werden in einer interaktiven Karte dargestellt und liefern Informationen über die Abfallbelastung der deutschen Gewässer.

In einer ähnlichen Aktion können sich im Rahmen des Wissenschaftsjahres 2016/17 zum Meeresschutz Jugendliche zwischen 10 und 16 Jahren an einer deutschlandweiten Untersuchung beteiligen. Sie sollen Daten zu Kunststoffvorkom-

men an und in deutschen Fließgewässern erheben. Diese werden anschließend weiterverarbeitet. Die Aktion läuft bis 18. November, die Daten sollen bis 4. Dezember übermittelt werden. [jg]

- ▶ [www.gewaesserretter.de](http://www.gewaesserretter.de)
- ▶ [www.wissenschaftsjahr.de/2016-17/?id=326](http://www.wissenschaftsjahr.de/2016-17/?id=326)

## WIRTSCHAFT &amp; RESSOURCEN

CETA-Abkommen**Beschwerde eingereicht**

■ Ein Bündnis aus den Organisationen Campact, Foodwatch und Mehr Demokratie hat 100.000 Vollmachten für eine Verfassungsbeschwerde gegen das umstrittene Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) gesammelt. Somit ist „Nein zu CETA“ schon jetzt die größte Bürgerklage in der Geschichte der Bundesrepublik. Mit der Klage will das Bündnis prüfen lassen, ob das CETA-Abkommen und seine „vorläufige Anwendung“ mit dem Grundgesetz vereinbar sind.

„CETA ist nicht nur demokratiepolitisch gefährlich, sondern auch verfassungsrechtlich bedenklich. Die bisherige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts lässt nur den Schluss zu, dass völkerrechtliche Verträge eines solchen Inhalts nicht mit dem Grundgesetz übereinstimmen“, sagte Bernhard Kemper, Direktor des Instituts für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht an der Universität Köln, der das Bündnis als Prozessbevollmächtigter vertritt.

Ende September sprach sich die SPD auf ihrem Parteikonvent mit einer deutlichen Mehrheit von rund zwei Dritteln dafür aus, dass CETA unterzeichnet werden soll. Deutschland kann die umstrittene Übereinkunft laut einem Beschluss des Kleinen Parteitags im Handelsministerrat beider Regionen Ende Oktober befürworten. [lr, mbu]

- ▶ [www.ceta-verfassungsbeschwerde.de](http://www.ceta-verfassungsbeschwerde.de)
- ▶ [www.kurzlink.de/spdkonvent-pro-ceta](http://www.kurzlink.de/spdkonvent-pro-ceta)

EU-Freihandelsabkommen**TTIP ungewiss**

■ Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel räumt dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) kaum Chancen ein. Die Unstimmigkeiten seien zu groß: „Die Verhandlungen mit den USA sind de facto gescheitert, weil wir uns den amerikanischen Forderungen nicht unterwerfen dürfen“, sagte Gabriel. Die EU-Kommission widersprach dem und gab an, dass die TTIP-Verhandlungen noch in diesem Jahr abgeschlossen würden. [lr]

- ▶ [www.euractiv.de/section/finanzen-und-wirtschaft/news/gabriel-ceta-ja-ttip-nein](http://www.euractiv.de/section/finanzen-und-wirtschaft/news/gabriel-ceta-ja-ttip-nein)

Ressourcen**Earth Overshoot Day früher**

■ Dieses Jahr ist bereits der 8. August der Tag, an dem die Weltbevölkerung die ihr zur Verfügung stehenden erneuerbaren Ressourcen verbraucht hat. Deshalb muss weltweit, insbesondere in der EU, mehr für den Ressourcenschutz getan werden, finden Umwelt- und Entsorgungsverbände.

Durch die Übernutzung von Rohstoffen wie Holz, Acker- und Weideflächen oder Fischgründen können sich die Ökosysteme nicht vollständig regenerieren. Dadurch wird auch die Aufnahmekapazität der Atmosphäre für Treibhausgase zum Zeitpunkt des Welterschöpfungstags überschritten. Mit zunehmendem Ressourcenverbrauch fällt dieser Tag jedes Jahr auf ein etwas früheres Datum. 2010 lag er noch am 21. August.

Das Umweltbundesamt sieht den Welterschöpfungstag als Mahnung, die Ressourceneffizienz vor allem auf europäischer Ebene zu fördern. Der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) regte an, im Kreislaufwirtschaftspaket auf höhere Recyclingquoten zu setzen und gegen die Deponierung von Abfällen vorzugehen. [es]

- ▶ [www.overshootday.org](http://www.overshootday.org)
- ▶ [www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de)
- ▶ [www.bde.de](http://www.bde.de)

## 33. DNT

## Magdeburger Erklärung: EU-Naturschutzfonds schaffen

■ Die rund 750 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 33. Deutschen Naturschutztags haben Mitte September die „Magdeburger Erklärung“ verabschiedet. In dem Positionspapier fordern sie vor allem eine Neuausrichtung der Landwirtschaft, eine konsequentere Sicherung der Schutzgebiete und ein Zusammendenken von Naturschutz und sozialen Fragen. Es wurde erneut deutlich, dass Naturschutz nicht isoliert, sondern als übergreifende gesellschaftliche Aufgabe zu betrachten und der Blick über den nationalen Tellerrand zu richten ist.

Die Forderungen und Positionen im Einzelnen:

- ▶ Landwirtschaft neu ausrichten: EU, Bund und Länder sollen die Naturschutzfinanzierung und die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) grundlegend reformieren, um die nationalen und internationalen Biodiversitätsziele zu erreichen. Zur Integration von Naturschutzbelangen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen ist ein EU-Naturschutz-Fonds zu entwickeln.
- ▶ Natura 2000 konsequent umsetzen: Die für die Umsetzung der EU-Richtlinien und das Netzwerk Natura 2000 zuständigen Bundesländer und der Bund sind aufgefordert, eine rasche Umsetzung des erforderlichen rechtlichen Schutzes für die Natura-2000-Gebiete voranzutreiben. Die EU-Kommission soll den „Fitness-Check“ der EU-Naturschutzrichtlinien gemäß der Evaluierungsstudie nutzen, einen umfassenden und konkreten Aktionsplan zur Behebung der Umsetzungsdefizite der Richtlinien und von Natura 2000 entwickeln und gemeinsam mit den Mitgliedstaaten verwirklichen.
- ▶ Schutzgebiete sichern, grüne und blaue Verbundachsen schaffen: Bund und

Länder sollen das Schutzgebietssystem in Deutschland stärken und ergänzen. Bestehende Schutzgebiete seien qualitativ fortzuentwickeln und aufzuwerten. Zudem seien die Lücken im Schutzgebietssystem zügig zu identifizieren und durch die konsequente Ausweisung weiterer Schutzgebiete sowie durch die Realisierung des länderübergreifenden Biotopverbundsystems zu schließen.

- ▶ Biologische Vielfalt und ökologische Leistungen in der Kulturlandschaft stärken: Bund, Länder und Kommunen mögen die Erhaltung der Biodiversität und ökologischer Leistungen als Querschnittsaufgabe in alle Politikbereiche aufnehmen und als strategisches Ziel festschreiben.
- ▶ Naturschutz und soziale Fragen zusammendenken: Bund und Länder mögen integrative Strategien für Natur und Umwelt, Gesundheit, Bildung, Sport, Soziales und Stadtentwicklung erarbeiten. Außerdem sollen alle gesellschaftlichen Gruppen Zugang zu Naturerleben erhalten und an der Ausgestaltung von Naturschutz teilhaben können.
- ▶ Jugendengagement nachhaltig unterstützen: Ehrenamtliches Engagement braucht mehr Wertschätzung und die Freiwilligendienste in Bund und Ländern, etwa das Freiwillige Ökologische Jahr, müssen gestärkt werden. Schulen und Hochschulen sollen (wieder) eine fundierte Vermittlung von Artenkenntnissen in die Lehrpläne aufnehmen.

Der 33. Deutsche Naturschutztag appelliert an die politischen Repräsentanten und alle gesellschaftspolitischen Gruppen, ihre Potenziale und Stärken einzubringen, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden, adäquate personelle und finanzielle Ressourcen bereitzustellen und die Forderungen des DNT zu unterstützen und umzusetzen. [mbu]

- ▶ DNR, Geschäftsführerin Helga Inden-Heinrich, Tel. + 49 (0)30 / 6781775-98, E-Mail: helga.indenheinrich@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ www.deutscher-naturschutztag.de
- ▶ Vollständiger Text der Magdeburger Erklärung: www.kurzlink.de/magdeburger-erkl2016

### DNR-Projekt

## Rohstoffpolitik 2.0

■ Die industrialisierte Wirtschaft ist in hohem Maß auf Rohstoffe angewiesen. Weltweit werden jährlich rund 70 Milliarden Tonnen Rohstoffe eingesetzt – mit steigender Tendenz. Allein in Deutschland hat sich der Rohstoffverbrauch in den vergangenen 35 Jahren mehr als verfünffacht. Durchschnittlich 20 Tonnen Rohstoffe konsumiert jeder Deutsche pro Jahr. Um dem entgegenzuwirken, will die Bundesregierung die Ressourceneffizienz in Deutschland steigern und hat hierzu mit ProgRes I und II zwei Regierungsprogramme vorgelegt. Hauptziel ist, die Rohstoffproduktivität – also die Menge der eingesetzten Rohstoffe im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt – zu steigern.

Dieses Ziel ist löblich, aus Sicht des Deutschen Naturschutzrings (DNR) aber nicht zielführend, solange es nicht durch Maßnahmen zur Senkung des absoluten Rohstoffverbrauchs begleitet wird. Mit der Fragestellung, wie eine alternative, umwelt- und klimagerechte Rohstoffpolitik aussehen müsste, hat der DNR daher ein Verbändeförderungsprojekt unter dem Titel „Rohstoffpolitik 2.0 – Instrumente für eine umwelt- und klimagerechte Ressourcennutzung“ gestartet. Ziel des Projektes ist, ordnungsrechtliche und ökonomische Instrumente zur Steuerung von Rohstoffabbau und -verbrauch in Deutschland mit den Umweltverbänden zu diskutieren und einen Leitfaden für eine alternative Rohstoffpolitik zu entwickeln. Das Projekt läuft bis Juni 2018. [dh]

- ▶ DNR, Daniel Hiß, Projektleiter, Tel. +49 (0)30 / 6781775-72, E-Mail: daniel.hiss@dnr.de, rohstoffe-zweinnul.de

### Weiterbildung

## Zukunftspiloten fliegen neue Runde

■ Ende Oktober beginnt ein neuer „Kurs Zukunftspiloten“. Ein Jahr lang haben junge Aktive die Möglichkeit, ihre Kenntnisse über Umweltpolitik, Lobbyarbeit, Gruppen-

management, Kampagnen-, Projekt- und Öffentlichkeitsarbeit zu erweitern. Im Kurs geht es vor allem um die Weiterentwicklung methodischer, analytisch-strategischer und kommunikativer Kompetenzen für erfolgreiche umweltpolitische Arbeit. Fünf Seminare in Verden und Berlin sowie Teamwork und Online-Informationen sind geplant.

Der Kurs ZukunftsPiloten ist ein Weiterbildungsprogramm für junge Umweltengagierte im Alter von 21 bis 30 Jahren. Träger ist der DNR in Kooperation mit der Bewegungsakademie. [jg]

- ▶ Rasmus Grobe, Leiter Kurs ZukunftsPiloten, Bewegungsakademie, Tel. +49 (0)4231 / 957516, E-Mail: info@bewegungsakademie.de, www.bewegungsakademie.de

#### AUS DEN VERBÄNDEN

#### Wirtschaft und Umweltschutz

### B.A.U.M.: Ausgezeichnetes betriebliches Engagement

■ Sechs Unternehmen sind für ihre innovativen Ideen zur betrieblichen Mobilität ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks im September bei der IHK in Dortmund gelobt worden. Die Vorschläge wurden im Rahmen der bundesweiten Initiative Mobil.Pro.Fit des Bundesdeutschen Arbeitskreises für umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) entwickelt und eingereicht.

Die Gewinner präsentierten Maßnahmen, wie sie ihre Belegschaft für den Umstieg vom Individualverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel und auf Fahrräder motivieren können. Auch setzen sie sich dafür ein, die Anzahl von Dienst- und Geschäftsreisen zu verringern sowie den Fuhrpark zu verkleinern. Somit sparen diese Betriebe nicht nur Kosten und Ressourcen, sondern leisten einen wesentlichen Beitrag für den Umwelt- und Klimaschutz.

Das B.A.U.M.-Projekt wurde 2014 ins Leben gerufen. Es unterstützt mithilfe von

Beratern mittlerweile 70 Unternehmen aus ganz Deutschland dabei, Konzepte für nachhaltige und umweltgerechte Transportmöglichkeiten zu erarbeiten. Mehr als 600 umweltfördernde Maßnahmen sind in Planung oder bereits umgesetzt. [aw]

- ▶ B.A.U.M.-Projekt: [www.mobilprofit.de](http://www.mobilprofit.de)

#### Alpenschutz

### Skischaukel polarisiert weiter

■ Der Deutsche Alpenverein (DAV) und der Bund Naturschutz (BN) haben an die bayerische Staatsregierung appelliert, den Alpenplan nicht aufzuweichen. Wenn sich das Münchener Kabinett nicht an geltendes bayerisches, nationales und europäisches Recht halte, wollen die Umweltverbände vor Gericht ziehen. Hintergrund ist ein Votum von Mitte September, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger zweier betroffener Gemeinden mit deutlicher Mehrheit (68 beziehungsweise 85 Prozent) für die sogenannte Skischaukel – eine Verbindung zwischen zwei Skigebieten – am Riedberger Horn ausgesprochen haben. Ein ausführlicher Bericht zum Thema folgt in der Novemberausgabe der umwelt aktuell. [mbu]

- ▶ Appell zum Bürgervotum Riedberger Horn: [www.kurzlink.de/skischaukel-2016.09](http://www.kurzlink.de/skischaukel-2016.09)

#### Müllbeseitigung

### Aufräumaktion am Berliner Landwehrkanal

■ Freiwillige des Naturschutzbunds Deutschland (NABU), des Verbands Deutscher Sporttaucher (VDST), des Tauchsportklubs Adlershof und vom Müllsammelfloß Panther Ray haben im September den Urbanhafen in Berlin Kreuzberg gereinigt. In zwei Stunden kam auf dem etwa 70 Meter langen Kanalabschnitt eine Tonne Müll zusammen: Einkaufswagen, Fahrräder, Straßenschilder, Gartenstühle, Tausende Flaschen, Kronkorken, Zigaret-

tenkippen und Reste von Tüten und Plastikverpackungen. Eine traurige Bilanz, wie die 40 Freiwilligen finden.

Jedes Jahr gelangen allein von Land zehn Millionen Tonnen Müll in die Ozeane. Millionen Seevögel, Delfine und Fische sterben an den Folgen der Meeresvermüllung. Sie verfassen sich in weggeworfenen Folien oder Netzen oder verwechseln Schraubverschlüsse mit Nahrung und verhungern mit einem Magen voll Plastik. Das Gleiche passiert tausendfach in Seen und Flüssen. „Dieses Problem fängt vor unserer Haustür an, denn ein Großteil des Mülls gelangt über Flüsse ins Meer“, sagt Leif Miller, Bundesgeschäftsführer des NABU. „Gemeinsam anzupacken, das war eine richtig gute Aktion. Aber aufräumen allein reicht nicht. Ziel muss es sein, Müll gar nicht erst entstehen zu lassen.“

Ralph Schill vom VDST: „Für die Umwelt springen unsere VDST-Taucher in jedes Gewässer. Unsere Sportler engagieren sich gerne zusammen mit dem NABU für eine bessere Umwelt.“

Die Aufräumaktion am Urbanhafen war der Startschuss für weitere Aktionen zum diesjährigen International Coastal Cleanup Day am 17. September. Deutschlandweit reinigten Freiwillige an diesem Tag Flüsse, Seen und Strände. [mbu]

- ▶ [www.nabu.de](http://www.nabu.de)
- ▶ [www.vdst.de](http://www.vdst.de)
- ▶ [www.meere-ohne-plastik.de](http://www.meere-ohne-plastik.de)

#### Infos für Landschaftsarchitekten

### Neues Handbuch erschienen

■ Der Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla) hat das aktuelle Handbuch (2016–2017) für den Berufsverband herausgegeben. Auf 240 Seiten im handlichen A5-Format sind alle Fakten und Daten zusammengefasst, die für Landschaftsarchitekten relevant sind. So wird etwa die veränderte Bedeutung der Freiräume in der Stadt beleuchtet. „Die grüne Infrastruktur verdient eine höhere Beachtung. Aufgrund ihrer vielfältigen positiven Leistungen bei der Anpassung an den Klimawandel, dem Schutz der Biodiversität, der Gestaltqualität und Bau-

kultur in Stadt und Land, für den Tourismus und die wirtschaftliche Entwicklung, muss das Stadtgrün künftig eine angemessene Würdigung erfahren“, heißt es in Verbandsempfehlungen für das Weißbuch Stadtgrün.

Zudem liefert das Handbuch eine Übersicht über die rund 1.300 im bdla engagierten Mitglieder sowie die Sachverständigen im Verband. Auch Informationen über Ausbildungsstätten in Deutschland und international sind aufgelistet. Das Handbuch 2016–2017 ist im Patzer Verlag, Berlin/Hannover erschienen. Es kostet 17 Euro und kann auch online bezogen werden. [mbu]

- ▶ Onlinebestellung des Handbuchs:  
[www.bdla.de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/bestellen](http://www.bdla.de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/bestellen)
- ▶ [www.bdla.de](http://www.bdla.de)

## EHRENAMT

Gesellschaftliche Teilhabe

## Innovation nur zusammen mit Zivilgesellschaft

■ Wie kann die Partizipation der Zivilgesellschaft in der Forschungs- und In-

novationspolitik gestaltet werden? Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat dazu im Sommer ein Grundsatzpapier verabschiedet.

Der NABU lobte zwar, dass das BMBF erstmals umfassend beschreibt, wie zukünftig zivilgesellschaftliche Partizipation in Wissenschaft und Forschung strukturiert werden kann. Aber aus Sicht des Umweltverbandes müsste die Partizipation in einigen Bereichen über die Vorschläge des Ministeriums hinausgehen. Um soziale, technologische und ökonomische Innovationen zu beschleunigen, sei ein transdisziplinärer Ansatz in der Wissenschaft, der das gesellschaftliche Wissen mit einbezieht, unverzichtbar, heißt es etwa.

Zivilgesellschaftliche Akteure vertreten gemeinwohlorientierte Interessen wie den Schutz von Umwelt und Natur, grundlegende Normen wie Gerechtigkeit und Menschenwürde sowie Schutz und Förderung sozial benachteiligter Menschen. Diese Interessen müssten in einer zukunftsfähigen Gesellschaft unbedingt mitgedacht werden.

Die Kriterien der Auswahl der Interessenvertreter und die Grundlagen der Prozesse sollten klar, transparent und zielgruppengerecht kommuniziert werden. Sie sollten deutlich machen, was mit Partizipation – von Informieren über Konsultieren bis Mitentscheiden – konkret für den jeweiligen Prozess gemeint ist. [mbu]

- ▶ Grundsatzpapier des BMBF (PDF):  
[www.kurzlink.de/bmbf-partizip08.2016](http://www.kurzlink.de/bmbf-partizip08.2016)
- ▶ NABU zum Grundsatzpapier des BMBF (PDF):  
[www.kurzlink.de/nabu-partizip08.2016](http://www.kurzlink.de/nabu-partizip08.2016)

## PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Journalistenpreis

## Klartext für Wölfe

■ 15 Jahre frei lebende Wölfe in Deutschland, zehn Jahre „Willkommen Wolf!“-Projekt im NABU: Aus diesem Anlass hat die Naturschutzorganisation ihren ersten Journalistenpreis für Werke zum Thema Wolf ausgeschrieben. Die Berichterstattung über den tierischen Einwanderer ist auch 15 Jahre nach dessen Rückkehr eine Herausforderung. Deshalb würdigt der NABU am 13. Oktober in Berlin journalistische Arbeiten, die in ihrer Sprache, im Spannungsaufbau und in ihrer Rechercheleistung zum Wildtier Wolf herausragend sind. Bis 6. Oktober können sich Interessierte für dieses Netzwerktreffen der Natur- und Umweltkommunikationsbranche anmelden. [mbu]

- ▶ [www.nabu.de/klartext-preisverleihung](http://www.nabu.de/klartext-preisverleihung)

## Briefe zur Interdisziplinarität

Geistes-, Natur-, Ingenieur- und Sozialwissenschaften, Kunst & Handwerk im Dialog

im oekom verlag, München. Mehr Informationen unter [www.oekom.de/briefe-zur-interdisziplinaritaet](http://www.oekom.de/briefe-zur-interdisziplinaritaet)



17  
Juli 2016

Schwerpunkt Heft 17:  
Erdwissenschaften



Andrea von Braun Stiftung

voneinander wissen

oekom  
verlag

Briefe zur Interdisziplinarität ist eine Publikation der Andrea von Braun Stiftung, Düsseldorf. Mehr Informationen zur Stiftung und ihren Zielen finden Sie unter [www.avbstiftung.de](http://www.avbstiftung.de)

## TERMINE

## OKTOBER

07.10., Braunschweig  
 10.10., Berlin  
 25.10., Stuttgart  
**Grün. Sozial. Wertvoll.  
 Natur ins urbane  
 Quartier holen!**

Fortbildungsreihe mit Exkursionen

► [www.duh.de/5522.html](http://www.duh.de/5522.html)

07.–09.10., Hainich (D)

### Jugendworkshop zur Zukunft des Waldes

► Schutzgemeinschaft Deutscher Wald  
 Bundesverband, Sabine Krömer-Butz, Tel. +49 (0)228  
 / 9459835, E-Mail: [info@sdw.de](mailto:info@sdw.de), [www.sdw.de](http://www.sdw.de)

10.–11.10., Tutzing (D)

### Nachhaltigkeit – eine Vision – verschiedene Strategien. Tagung

► Evangelische Akademie Tutzing, Tel. +49 (0)8158  
 / 251-0, Fax: -137, E-Mail: [info@ev-akademie-tutzing.de](mailto:info@ev-akademie-tutzing.de),  
[www.ev-akademie-tutzing.de](http://www.ev-akademie-tutzing.de)

12.–13.10., Tutzing (D)

### Moralagency in der Beziehung von Mensch, Tier und Maschine. Tagung

► Evangelische Akademie Tutzing, Tel. +49 (0)8158 /  
 251-0, Fax: -137, E-Mail: [info@ev-akademie-tutzing.de](mailto:info@ev-akademie-tutzing.de),  
[www.ev-akademie-tutzing.de](http://www.ev-akademie-tutzing.de)

13.10., Essen (D)

### Kick-Off Grüne Infrastruktur. Fachtagung

► Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla),  
 Regionalverband Ruhr, Berlin, Tel. +49 (0)30 /  
 278715-0, Fax: -55, E-Mail: [info@bdla.de](mailto:info@bdla.de),  
[www.bdla.de](http://www.bdla.de)

14.–16.10., Kassel-Wilhelmshöhe (D)

### Naturgucker-Kongress

► E-Mail: [kongress@naturgucker.de](mailto:kongress@naturgucker.de),  
[www.naturgucker-kongress.de](http://www.naturgucker-kongress.de)

15.10., Köln (D)

### Wissenschaft statt Tierversuche (WIST). Kongress

► Ärzte gegen Tierversuche, Köln, Tel. +49 (0)2203/  
 904099-0, Fax: -1, E-Mail: [info@aerzte-gegen-tierversuche.de](mailto:info@aerzte-gegen-tierversuche.de),  
[www.aerzte-gegen-tierversuche.de](http://www.aerzte-gegen-tierversuche.de)

18.–19.10., Berlin (D)

### Wald – Klimaschützer und Multitalent. Waldtag

► Bundesministerium für Ernährung und  
 Landwirtschaft, Fachagentur Nachwachsende

Rohstoffe, Christiane Maack, Tel. +49 (0)3843 / 6930-  
 111, E-Mail: [c.maack@fnr.de](mailto:c.maack@fnr.de), [www.waldtag.de](http://www.waldtag.de)

26.–28.10., Freiburg und Basel (D)

### Local Renewables Conference 2016 – Energising The Smart City And Region. Konferenz

► Local Governments For Sustainability, Freiburg,  
 Tel. +49 (0)761 / 36892-0, E-Mail: [iclei-europe@iclei.org](mailto:iclei-europe@iclei.org),  
[www.local-renewables-conference.org](http://www.local-renewables-conference.org)

## NOVEMBER

04.11., Berlin (D)

### Erfordernisse des Umweltschutzes im Anthropozän – Rechtskonzepte für eine Große Transformation. Fachgespräch

► Verein für Umweltrecht, Martina Schloter, Tel. +49  
 (0)421 / 3354158, E-Mail: [vur@zur-redaktion.de](mailto:vur@zur-redaktion.de)

04.–06.11. Werbellinsee (D)

### Bewegt Was. Jugendkongress

► Valentum Kommunikation, Anke Gruber,  
 E-Mail: [JuKo2016@valentum.de](mailto:JuKo2016@valentum.de), [www.bpb.de/jugendkongress2016](http://www.bpb.de/jugendkongress2016)

09.–10.11., Berlin (D)

### 3. Europäisches Ressourcen-Forum. Konferenz

► Umweltbundesamt (UBA), Dessau-Roßlau,  
 Tel. +49 (0)340 / 2103-0, Fax: -2285, E-Mail:  
[buergerservice@uba.de](mailto:buergerservice@uba.de), [www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de)

11.–13.11., Tutzing (D)

### Herbsttagung des Politischen Clubs. Tagung

► Evangelische Akademie Tutzing, Tel. +49 (0)8158 /  
 251-0, Fax: -137, E-Mail: [info@ev-akademie-tutzing.de](mailto:info@ev-akademie-tutzing.de),  
[www.ev-akademie-tutzing.de](http://www.ev-akademie-tutzing.de)

19.11., Berlin (D)

### Agriculture please! Warum die Klimakrise nicht ohne die Landwirtschaft gelöst werden kann. Tagung.

► Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft  
 (BÖLW), Joyce Moewius, Tel. +49 (0)30 / 28482-307,  
 Fax: -309, E-Mail: [moewius@boelw.de](mailto:moewius@boelw.de),  
[www.boelw.de](http://www.boelw.de)

26.11., Berlin (D)

### Jährliche Mitgliederversammlung des Deutschen Naturschutzrings

► E-Mail: [helga.inden-heinrich@dnr.de](mailto:helga.inden-heinrich@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 36

Weitere Termine: [www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine)

## Impressum

umwelt aktuell Oktober 2016

ISSN 1865-3901

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring,  
 Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und  
 Umweltschutzorganisationen (DNR) e. V., Marienstr. 19–  
 20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570,  
 E-Mail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kom-  
 munikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München,  
 Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de),  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)

**Chefredaktion:** Helga Inden-Heinrich [hieh] (gesamt-  
 verantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Interna-  
 tionales, verantw.), **Redaktion:** Marion Busch [mbu],  
 Juliane Grüning [jg], Eric Janáček [ej], Clemens Küp-  
 per [ck], Antje Mensen [am], Lavinia Roveran [lr], Elena  
 Schägg [es], Anne Balzer [ab]. **Redaktionelle Mitar-  
 beit:** Alexandra Müller [akm], Max Ferber [mf], Louisa  
 Geismann [lg], EU-Umweltbüro des Umweltdachverban-  
 des [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 33

**Kontakt/Probehefte:** Redaktion umwelt aktuell, Marien-  
 str. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581,  
 E-Mail: [redaktion@dnr.de](mailto:redaktion@dnr.de), [www.umwelt-aktuell.eu](http://www.umwelt-aktuell.eu)

**Schlusskorrektur:** Gotlind Blechschmidt, Augsburg.

**Fotos:** DLR (Titel), Fotos: S. 7 © Stephanie Leisten,  
 S. 23 © BMUB/Thomas Imo. **Grafik/DTP:** Marion Busch,  
 Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH &  
 Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf 100% FSC-  
 Recyclingpapier, Circleoffset White, von Arjowiggins/Igepa  
 group, zertifiziert mit dem Blauen Engel (RAL-UZ 14).

**Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang  
**Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:** InTime  
 Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen,  
 Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail:  
[oekom@intime-media-services.de](mailto:oekom@intime-media-services.de), [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

**Anzeigen:** oekom verlag, Tabea Köster, München,  
 Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: [anzeigen@oekom.de](mailto:anzeigen@oekom.de)

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von  
 Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesand-  
 tes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben  
 nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Heraus-  
 gebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltminis-  
 terium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Ge-  
 währ für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit  
 der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter.  
 Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht  
 mit denen der Förderer übereinstimmen.





## Littering und Plastikmüll

# Aktiv gegen To-go-Konsum und Müll, der bleibt

Müllinseln im Meer, Müllberge im Stadtpark: Die Bilder von schwimmenden Plastikinseln auf den Ozeanen und vermüllten öffentlichen Flächen sind präsent und leider schon Normalität. Beides sind keine neuen Phänomene, aber die Müllmengen haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Woran liegt es und was kann die Umweltbildung ausrichten?

□ Abfalleimer gibt es genügend in unseren Parks, auf Schulhöfen und an Straßen. Oft wird Müll aber dort fallen gelassen, wo der Imbiss aufgegessen oder die Flasche leer getrunken wurde. Littering ist der englische Begriff für dieses Phänomen. Obwohl das Umweltbewusstsein in der Bevölkerung sich laut den regelmäßigen, repräsentativen Umfragen des Umweltbundesamtes kontinuierlich weiterentwickelt, nimmt das Littering zu. In der Schweiz wird die Vermüllung öffentlicher Räume schon länger und intensiv untersucht. Im „Handbuch Littering“ wird erläutert, dass die veränderten Lebensstile ein Grund sind. Mobilität und mit ihr der Konsum von Lebensmitteln unterwegs haben stark zugenommen. Essen und Trinken „to go“, zum Mitnehmen, bedeutet Zeitersparnis und weniger Organisation als selbst gemachte Verpflegung für unterwegs oder Einkehr in ein Restaurant. Ein weiterer Grund ist die „Mediterranisierung“ des öffentlichen Raums. Parkanlagen oder Plätze sind für viele Aktivitäten zum zweiten Wohnzimmer geworden. Während das eigene Wohnzimmer aufgeräumt ist, wird im öffentlichen Raum „gelittert“. Besonders auffällig ist dies bei Großveranstaltungen. In der Anonymität großer Gruppen sind die Hemmungen, Abfall einfach liegen zu lassen, geringer. Auch an Orten, die bereits vermüllt oder durch Vandalismus gekennzeichnet sind, wird mehr Abfall außerhalb der Sammelbehälter hinterlassen.

## Konsum to go – Müll to stay

Die Abfallmengen der kurzlebigen Essens- und Getränkeverpackungen hat die Deutsche Umwelthilfe (DUH) am Beispiel der Becher für Kaffee und andere Getränke „to go“ errechnet. Durchschnittlich fallen mit 34 Bechern pro Bundesbürger im Jahr

## LITTERING, PLASTIKMÜLL

insgesamt 2,8 Milliarden Becher an. Die Lebensdauer eines To-go-Bechers beträgt etwa 15 Minuten. So landet rund 320.000 Mal pro Stunde ein Becher im Mülleimer – oder irgendwo im öffentlichen Raum. Für diese Menge Becher müssen 64.000 Tonnen Holz und 11.000 Tonnen Kunststoff eingesetzt werden. Um das Bewusstsein für die Ressourcenverschwendung zu bilden und dem Littering vorzubeugen, führt die DUH die Kampagne „Sei ein/e BecherheldIn“ durch, die dazu aufruft, Mehrwegbecher für den Kaffee zum Mitnehmen zu nutzen. Die DUH hat neben den für alle nutzbaren Kampagnenmaterialien auch Faktenblätter erstellt. Dazu gehört zum Beispiel ein Hygieneleitfaden zur Wiederbefüllung von mitgebrachten Mehrwegbechern. Das ist rechtlich erlaubt und bereits gelebte Praxis. Ein Mehrwegbecher-Pfandsystem könnte eine neue Ökoutine ermöglichen: Becher, die am Startbahnhof gekauft wurden, können am Zielbahnhof wieder abgegeben werden.

## Müllbewusstsein schaffen

Um Schülerinnen und Schüler für ihr Abfallverhalten zu sensibilisieren, bietet die ANU in Kooperation mit dem Zeitbildverlag bundesweit Unterrichtseinheiten und Schulaktionen zum Thema Littering an. Seit drei Jahren führen ANU-UmweltpädagogInnen im Projekt „Gib Abfall einen Korb“ zum Beispiel „Müll-Frühstücke“ durch, bei denen über die Reduzierung von Lebensmittelverpackungen diskutiert wird. Ein Schulweg-Check zu Abfällen im persönlichen Lebensumfeld der SchülerInnen führt vor Augen, wie Littering das Wohlbefinden beeinträchtigt. Ein Flashmob auf dem Schulhof, eine kurze,

überraschende Gruppenaktion im öffentlichen Raum, wirbt für eine saubere Schule und macht Spaß. Interessierte Schulen und UmweltpädagogInnen können sich bei der ANU melden.

Im Wissenschaftsjahr 2016/2017 des Bundesbildungsministeriums zum Thema Meere und Ozeane startete Mitte September die Aktion „Die Plastikpiraten“. Bis Mitte November 2016 sammeln Jugendliche zwischen 10 und 16 Jahren bundesweit Daten zu Kunststoffvorkommen an und in Fließgewässern. Das Projekt folgt dem Citizen-Science-Ansatz, bei dem BürgerInnen ihre Beobachtungen und Datensammlungen der Wissenschaft zur Verfügung stellen. Die Plastikpiraten erforschen mit wissenschaftlichen Methoden Plastikmengen und -arten, die auf einer digitalen Deutschlandkarte dokumentiert werden. Sie unterstützen damit Forschungsprozesse zu Makro- und Mikroplastik und Plastikzersetzung in deutschen Flüssen. Auch die Naturschutzjugend NAJU ruft mit ihrer bundesweiten „Trashbusters H2O-Kampagne“ junge MülljägerInnen auf, Gewässer plastikfrei zu halten.

Die Wertschätzung von Ressourcen und von Abfällen als Rohstoffe für Neues ist die Grundlage des Upcycling-Trends, der bei jungen Menschen populärer wird. Portemonnaies aus Milchtüten, Taschen aus alten Jeans, Mehrwegbehältnisse selbst machen – das ist cool und macht Spaß. Im Netz gibt es dazu beispielsweise bei der Jugend-Community der WWF Tipps und Tricks und eine Plattform zum Austauschen.

Angelika Schichtel, ANU Bundesverband,  
E-Mail: [abfallprojekt@anu.de](mailto:abfallprojekt@anu.de),  
[www.umweltbildung.de/abfallprojekt.html](http://www.umweltbildung.de/abfallprojekt.html),  
Handbuch Littering:  
[www.kurzlink.de/handbuch-littering](http://www.kurzlink.de/handbuch-littering)

## BLICKPUNKT

### Gib Abfall einen Korb!

**Es ist erschreckend, wie viel Müll am Wegesrand zu entdecken ist, schaut man genauer hin. Dieses „Littering“ findet sich leider überall. Um der Vermüllung so früh wie möglich etwas entgegenzusetzen, gibt es seit Juni 2013 bundesweit das Programm „Gib Abfall einen Korb“.**

Das Projekt „Gib Abfall einen Korb“ ist eine Kooperation der ANU und dem Zeitbild-Verlag, bei dem eine Materialmappe mit Arbeitsblättern und Lehrerhandreichung in Schulen zum Einsatz kommt. Das Phänomen „Littering“ kennt jeder. Aber jeder reagiert auch anders darauf. Die meisten lediglich kopfschüttelnd. Und wie lässt sich das ändern? Durch ein Sensibilisieren schon im Kindesalter. In den Schulen zum Beispiel.

„Igitt, da liegt ja noch mehr Müll!“ Der Aufschrei hallte quer über den gesamten Innenhof der Mittelschule in Füssen, als Schülerinnen und Schüler ihren Schulhof intensiver anschauten. Anlässlich des Programms „Gib Abfall einen Korb“ war nach einer vierwöchigen Sammelaktion ein immenser Müllberg entstanden. „Aus Unachtsamkeit“, „Weil es dem anderen egal ist“ oder „Um den Ordnungsdienst zu ärgern, der muss es ja aufheben“ sind Gründe, die Fünft- bis Siebtklässler für liegen gelassene Getränkepackungen und Co. nennen. Und die formulierte Konsequenz: „Wir gehen wohl mal öfter zum Mülleimer.“ Aber mit dem Weg zum Mülleimer ist ja noch nicht der Müll vermieden. Wie viel Verpackung wir im Alltag produzieren, lässt sich mit einem gemeinsamen Frühstück zeigen. Jeder brachte sein Essen mit – auch die Lehrer. So auch geschehen am Lise-Meitner-Gymnasium in Unterhaching. Mittels Arbeitsblatt haben die Schüler sehr schnell herausgefunden, was an Verpackung wirklich notwendig ist, was hilfreich – und was komplett überflüssig. Was kann man recyceln, wie kann man vielleicht andere Verpackungsarten nutzen? Erstaunlich schnell kommen die Kinder darauf, dass die Erwachsenen oft die wahren „Litterer“ sind. Und sie reagieren oft – durch starke Moralität – hochemotional. Genau zu diesem Zeitpunkt droht dann häufig die Stimmung zu kippen, Hilflosigkeit und Verzweiflung, teilweise echter Zorn machen sich breit. „Was können wir Kinder denn dann überhaupt tun?“

Dies kann der so wichtige Anknüpfungspunkt für Bildung für nachhaltige Entwicklung sein.

#### Handeln im eigenen Lebensumfeld

Genau jetzt ist es möglich, die Kinder zum eigenen Handeln zu motivieren. Dank des Arbeitsmaterials vom Zeitbild-Verlag bieten sich verschiedene gute Möglichkeiten, sie dies kreativ tun zu lassen. Als Verbindung zu ihrer Lebenswelt kann die Werbung dienen, die mit Plakaten und TV-Spots großen Einfluss auf uns ausübt. Markige Sprüche und deutliche Bilder bleiben im Kopf. Gemeinsam entwickeln die Schülerinnen und Schüler eigene Sprüche. In Kleingruppen erstellen sie sogar eigene Werbeanzeigen. Und auf die Ergebnisse können die Kids dann wirklich stolz sein: „Müll trennen nicht verpennen!“ In der gesamten 6. Klassenstufe des Lise-Meitner-Gymnasiums entstanden weitgehend selbst organisiert kleine Filmclips, die im Prinzip alle eine Botschaft hatten: Ändert euer Verhalten in Bezug auf Littering. Krönender Abschluss war eine gemeinsame Filmvorführung mit Anmoderation, Ehrung der Filmemacher und Abschlusspräsent. Zu Recht waren alle stolz auf sich und ihr kleines Kunstwerk.

Egal ob Videofilm oder Werbeanzeige: Durch diesen umweltpädagogisch geprägten Tag sind alle Schülerinnen und Schüler ohne Druck ein bisschen stärker sensibilisiert worden in Bezug auf Müll und dessen Vermeidung.

#### Der Einstieg ist alles

Die Erfahrung zeigt, dass am Beginn einer solchen Unterrichtseinheit etwas Konkretes stehen muss. Möglich wäre zum Beispiel, dass man vorher mit den LehrerInnen der Schule abspricht, dass am Vortag der Mülleimer im Klassenraum nicht geleert wird. Mit Handschuhen ausgestattet, kann man den Inhalt vor der Klasse auf einer Folie ausbreiten. Denkbar ist auch der von Schülern über einen längeren Zeitraum gesammelte Müll vom Pausenhof. Besteht diese Möglichkeit nicht, so ist eine Bilderserie eine Alternative. Abfall im Meer und dessen Folgen zum Beispiel für Tiere sind gut zu zeigen. Das Foto einer verendeten Möwe mit dem Kopf in einer Bierdosen-Halterung aus Plastik ist natürlich nicht für jeden geeignet. Aber ein solch eindrückliches Bild bietet einen sofortigen Einstieg zum Thema. Der nicht ordentlich verlassene Grillplatz oder leere Chipstüten am Badestrand sind unverfänglicher und ebenso geeignet.

Und schon ist man mitten im Thema. Im offenen Gespräch kann man klären, wo der ganze Müll herkommt und warum viele Dinge nicht einfach von selbst verschwinden. Zum Ende der Diskussion kommen meist von allein Begriffe „Recycling“, „Entsorgung“ oder „Vermeidung“. Und: Der Müll räumt sich nicht von selbst weg. An dieser Stelle lässt sich gut eine aktive Phase anschließen, an der die Kinder mit Begeisterung teilnehmen, wie zum Beispiel beim Texten für Werbung. Dafür sind Recherchen im Internet und in Printmedien notwendig. Falls nichts gefunden wird, hilft das Suchstichwort „Kampagnen BSR“ der Berliner Stadtreinigung oder anderer städtischer Abfallentsorgungsunternehmen. Das anschließende eigene Texten bringt viel Spaß, das Präsentieren der Ergebnisse ebenso, vor allem in Form einer kleinen Ausstellung.

Etwas Besonderes für die Schülerinnen und Schüler und mit vielen positiven Rückmeldungen seitens Schule und auch Eltern verbunden ist es, wenn über die gelungene Aktion ein Artikel in der Presse erscheint.

Anne Berk Müller  
Umweltpädagogin

E-Mail: [info@anne-umweltbildung.de](mailto:info@anne-umweltbildung.de),  
[www.anne-umweltbildung.de](http://www.anne-umweltbildung.de),  
[www.umweltbildung.de/abfallprojekt.html](http://www.umweltbildung.de/abfallprojekt.html)

## ZUM THEMA

## Aktionstipps

## Plastik-Pause

□ Junge Menschen im Worldwide Fund for Nature (WWF) geben Tipps zur Vermeidung von Plastik im Alltag und berichten von ihren Aktionen. Bei Zahnbürsten nur die Köpfe wechseln, aus alten T-Shirts coole neue Stoffbeutel machen oder Schulbücher lustig selbst einbinden – solche Tipps machen Lust aufs Ausprobieren. Zahlreiche Informationsmaterialien von Jugendlichen für Jugendliche, ein Plastik-Alternativen-Memory und Kampagnen-Materialien finden sich im Internet.

▷ [www.wwf-jugend.de/durchstarten/stoppt-den-plastikmuell](http://www.wwf-jugend.de/durchstarten/stoppt-den-plastikmuell)

## Elementarbereich

## Die Müll-Detektive

□ Im Projekt „Die Müll-Detektive – Kinder werden aktiv“ hat die Stiftung Save Our Future Bildungsmaterialien und Praxistipps zum Thema Abfall für den Elementarbereich zusammengestellt. Rund 700 Kitas haben bundesweit an einem Aktionstag im Juni 2016 teilgenommen und einige haben ihre Erlebnisse und Ergebnisse im projekteigenen Facebookauftritt dokumentiert. Ausführliche Dokumentationen zu pädagogischen Aktivitäten erscheinen demnächst als Ergebnis eines Wettbewerbes. Dazu gehören auch Veränderungen der Beschaffung und Bewirtschaftung in Kitas. Das Projekt wird finanziell gefördert von der Tchibo GmbH.

▷ [www.save-our-future.de/muelldetektive.html](http://www.save-our-future.de/muelldetektive.html)

## Kunstprojekt

## Parlament der Fische

□ Das Kurtheater Bitterfeld e.V. Dessau-Roßlau und die Küstenunion Deutschland

(EUCC-D) gestalten ein internationales Kunstprojekt zur Reduzierung des Mülls in Gewässern. Bis September 2018 entsteht unter anderem ein komödiantisch-groteskes bis bitterernstes Umwelt-Theaterprojekt für SchülerInnen von acht bis zwölf Jahren mit umweltpädagogischer Begleitung. Über die künstlerische Annäherung sollen Bewusstseinswandel und Verhaltensänderungen angeregt werden. Die Kreativen möchten Menschen motivieren, in ihrer Region mit bürgerschaftlichem Engagement gegen die fortschreitende Gewässerverschmutzung durch Plastikmüll zu wirken. Das von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderte Projekt wird in Deutschland, Montenegro, Bosnien und Herzegowina sowie Serbien umgesetzt.

▷ [www.eucc-d.de/aktuelle-projekte/articles/Das-Parlament-der-Fische.html](http://www.eucc-d.de/aktuelle-projekte/articles/Das-Parlament-der-Fische.html)

## AUS ANU UND UMWELTZENTREN

## Nachruf

## Trauer um Caroline Fischer

□ Im August verstarb Caroline Fischer im Alter von 55 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit. Die freiberufliche Umweltpädagogin gehörte seit 1994 dem Vorstand der ANU Bayern an und wirkte mit ihren Impulsen für Umweltbildung und nachhaltige Entwicklung auch deutschlandweit und international. Caroline Fischer war Trägerin des Bundesverdienstkreuzes am Bande.

Einer ihrer vielen Schwerpunkte waren die Anliegen Freiberuflicher in der Umweltbildung. Sie brachte einen Rahmenvertrag für Haftpflichtversicherungen auf den Weg, von dem die ANU-Mitglieder heute bundesweit profitieren. 2015 entschied sich die ANU Bayern auf ihre Initiative hin für den Schwerpunkt der Umweltbildung mit Geflüchteten. Seitdem sind viele Projekte entstanden, auch auf der ANU-Bundesebene.

Die KollegInnen der ANU werden ihre unendlich scheinende Energie und ihre Fantasie, in positiver und motivierender Weise Herausforderungen der Nachhal-

tigkeit aufzugreifen und Menschen zu verbinden, sehr vermissen.

▷ [www.kurzlink.de/anunews-cfischer](http://www.kurzlink.de/anunews-cfischer)

## ANU-Coaching

## Kollegiale Beratung zur Integration Geflüchteter

□ Ab September bietet die ANU für UmweltpädagogInnen, die mit Geflüchteten arbeiten, ein Coaching an. In der Umweltbildungsarbeit mit Geflüchteten tauchen gelegentlich schwierige Lernsituationen auf. Um diese zu verstehen und Lösungsansätze zu finden, kann es hilfreich sein, mit KollegInnen darüber zu reflektieren. Die ANU finanziert interessierten Gruppen von bis zu neun Personen Coachings in der Methode der kollegialen Beratung. Dabei werden nach einem festen Ablauf im systematischen Gruppenberatungsgespräch Probleme reflektiert und gemeinsam nach Lösungen gesucht. Durch das Coaching wird die Gruppe für weitere Problemlösungen und Methodenweiterentwicklung im eigenen Kreis qualifiziert und kann sie daraufhin in Eigenregie bei weiteren Treffen anwenden. Das Angebot wird von der DBU gefördert.

▷ [www.umweltbildung.de/7679.html](http://www.umweltbildung.de/7679.html)

## ANU Meck-Pomm und BaWü

## Tagungen: Umweltbildung mit Geflüchteten

□ Fachtagungen am 17. November in Rostock und am 22. November in Freiburg richten sich an Akteure aus Umweltbildung, BNE und Flüchtlingsarbeit. Neben Vorträgen von ExpertInnen aus dem Umwelt- und Sozialbereich bieten Workshops Raum für den Austausch über Hintergründe, Anforderungen und konkrete Praxiserfahrungen in der Arbeit mit Geflüchteten. Die Fachtage finden in Kooperation des

ANU-Bundesverbandes mit den jeweiligen Landesverbänden Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg statt.

▷ [www.umweltbildung.de/7678.html](http://www.umweltbildung.de/7678.html)

ANU Brandenburg

## BNE-Qualitätsworkshops

□ Die Brandenburger BNE-AG bietet AkteurInnen der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zwei eintägige Praxis-Workshops zur Qualitätssicherung ihrer Bildungsangebote an. Am 5. Oktober in Potsdam und am 13. Oktober in Eberswalde können BNE-MultiplikatorInnen ihre Konzepte vorstellen, um ein qualifiziertes Feedback von den DozentInnen zur Optimierung ihrer Konzepte zu erhalten. Die Brandenburger BNE-AG ist ein Zusammenschluss von Dachverbänden wie der ANU Brandenburg, BildungsakteurInnen und der Hochschule Eberswalde. Sie widmet sich seit vielen Jahren der Qualitätsentwicklung der BNE in Brandenburg.

▷ [www.anu-brandenburg.de/7534.html](http://www.anu-brandenburg.de/7534.html)

### WISSENSWERT

Bildungsmaterialien

## Lernplattform zu den 17 SDGs

□ Für die kritische Auseinandersetzung mit den 17 Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen in Schule und außerschulischer Bildung hat das Welthaus Bielefeld zusammen mit dem Portal Globales Lernen und sechs weiteren entwicklungspolitischen Partnern eine Lernplattform eingerichtet. Neben SDG-Postern, einem Kartenspiel und Powerpoint-Präsentationen stehen didaktische Materialien und pädagogische Angebote für die Sekundarstufe I und II und für außerschulische Bildungsangebote zur Verfügung. Das Welthaus Bielefeld bietet auch schulinterne oder regionale LehrerInnen-Fortbildungen an, die didaktische

Bezugspunkte der SDGs zu gesellschaftswissenschaftlichen Schulfächern verdeutlichen und Materialien für den Unterricht vorstellen.

▷ [www.lernplattform-nachhaltige-entwicklungsziele.de](http://www.lernplattform-nachhaltige-entwicklungsziele.de)

Beteiligungsblog

## Mehr Partizipation

□ Der Beteiligungsblog BBLOG der Deutschen Umweltstiftung bietet Partizipations-Interessierten eine große Zahl an spannenden Artikeln aus der Beteiligungspraxis und -theorie. Neben aktuellen Projekten werden thematische Literatur, Interviews und Gastbeiträge sowie eine Methodenbank bereitgestellt. Darin sind Methoden wie Bürgerpanel, das partizipative Reallabor oder die Open-Space-Konferenz erläutert. Das Branchenverzeichnis des Blogs stellt Akteure und Institutionen der Bürgerbeteiligung vor und erleichtert die Vernetzung.

▷ [www.bblogin.de](http://www.bblogin.de)

Naturerlebnisprojekt

## „Se(h)en“ für Blinde

□ Die Umweltorganisationen Bodensee-Stiftung und Global Nature Fund (GNF) haben zusammen mit Partnerorganisationen aus dem Netzwerk „Lebendige Seen Deutschland“ pädagogische Materialien entwickelt, die Umweltbildnern an Seen und anderswo Veranstaltungen zum Naturerleben für blinde und sehbehinderte Menschen erleichtern. Die Materialien entstanden in einem kürzlich durch das BMUB und BfN geförderten Projekt.

Die durch den US-Autor Joseph Cornell geprägte Herangehensweise des Erlebens mit allen Sinnen wurde in diesem Kontext mit Blinden und Sehbehinderten Menschen untersucht. Die entwickelte Handreichung gibt Tipps zur naturpädagogischen Arbeit. Für den Schweriner See, Steinhuder

Meer, Bodensee und Bergener See (Lausitz) wurden zudem 3-D-Informationskarten entwickelt. Ihre kontrastreiche Gestaltung kommt sehbehinderten Menschen entgegen. Für Blinde wurde der Text in Brailleschrift übersetzt. Informationen wie der Umriss des Sees, Städte oder Hinweise auf Naturschutzgebiete sind zusätzlich erhoben dargestellt. Handreichung und Karten sind im Internet erhältlich.

▷ [www.globalnature.org/Naturerleben-fuer-Blinde](http://www.globalnature.org/Naturerleben-fuer-Blinde)

### UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de).

7. Oktober, Brandenburgische Akademie Schloss Criewen bei Schwedt

**Lebendige Auen im Spiegel von Naturerlebnis und Umweltbildung. Deutsch-Polnische Fachtagung**

▷ [www.brandenburgische-akademie.de](http://www.brandenburgische-akademie.de)

11.–13. Oktober, Seminarhotel Odenwald, Hassenroth

**Gemeinsam Nachhaltigkeit begreifen – Bildung für Nachhaltige Entwicklung in den Freiwilligendiensten. Fortbildungs- und Vernetzungs-Workshop für Bildungsakteurinnen und Bildungsakteure im Bereich Freiwilligendienste. Weitere Termine 2016/2017 in Bielefeld, Nürnberg, Berlin/Brandenburg, Papenburg und Weimar**

▷ <http://bne-freiwilligendienste.de>

Impressum

ökopädNEWS

Herausgeber

**ANU**

Arbeitsgemeinschaft  
NATUR- UND UMWELTBILDUNG  
Bundesverband e.V.

Redaktion

Annette Dieckmann (verantwortl.), [dieckmann@anu.de](mailto:dieckmann@anu.de),  
Angelika Schichtel, [schichtel@anu.de](mailto:schichtel@anu.de)

ANU-Bundesverband e. V.,  
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,  
Tel. +49(0)69/716 73329 - 21, Fax -10,  
[bundesverband@anu.de](mailto:bundesverband@anu.de),  
[www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)